

# Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

## Statistische Monatshefte

1991

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

**August**

September

Oktober

November

Dezember

## Inhalt

---

<b>Mädchen und Frauen im Bildungsbereich</b>	175	Die Bildungsbeteiligung ist stark angestiegen. Im schulischen Bereich waren Mädchen an dieser Entwicklung überproportional beteiligt. Bei Berufsausbildung und Studium, aber auch im Lehrbereich bestehen zwischen Männern und Frauen jedoch gravierende Unterschiede.
<hr/>		
<b>Wohnungsbau 1990</b>	185	Der Beitrag informiert über die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit in den Jahren 1980 bis 1990 und bringt aktuelle Ergebnisse aus verschiedenen Statistiken der Bautätigkeit.
<hr/>		
<b>Ernteerträge und -aussichten 1991</b>	193	Es wird ein Überblick über die Ergebnisse der bisherigen Ernteermittlungen und die Anfang August bestehenden Ertragsaussichten bei Feldfrüchten, Obst, Gemüse und Wein gegeben.
<hr/>		
<b>Kostenrechnung für die automatische Datenverarbeitung</b>	197	Mit der Einführung einer betriebswirtschaftlichen Kostenrechnung für die automatische Datenverarbeitung im Statistischen Landesamt sollen Kostentransparenz und Kostenkontrolle in diesem Bereich verbessert werden.
<hr/>		
<b>Anhang</b>	57*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

---

## Beilagen

<b>Der Landkreis Mainz-Bingen</b>	Die Verwaltungsbezirke werden unter sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten beschrieben.
<b>Die kreisfreie Stadt Neustadt a. d. Weinstr.</b>	
<b>Die kreisfreie Stadt Landau</b>	

# **Band 341: Die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz am 18. Juni 1989**

In dem jetzt vorliegenden Band werden die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 18. Juni 1989 ausführlich dargestellt. Zu Vergleichszwecken sind zum Teil die Daten der Wahlen von 1984 ausgewiesen.

Eine detaillierte Kommentierung der Ergebnisse sowie das Verhalten der Wahlberechtigten, Wählerinnen und Wähler und die Auswirkungen des Wahlsystems auf die Zusammensetzung der Vertretungsorgane vervollständigen das Werk.



**Umfang:** 267 Seiten, Format DIN A 4  
**Preis:** DM 18,50

Bestellung beim Statistischen Landesamt, Postfach, 5427 Bad Ems  
Telefon: Durchwahl (0 26 03) 7 12 45



Absender:

---

---

---

---

Bitte  
frei-  
machen

Postkarte

**An das  
Statistische Landesamt  
Rheinland-Pfalz  
Postfach**

**5427 Bad Ems**

Ich/Wir bestelle(n) ..... Exemplar(e)

**Band 341: Die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz  
am 18. Juni 1989**

**Umfang:** 267 Seiten, Format DIN A 4

**Preis:** DM 18,50 (zuzüglich Porto)

Anschrift:

---

---

---

\_\_\_\_\_  
Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



## Mehr Abiturientinnen als Abiturienten

Die Bildungsbeteiligung hat sich in den 70er Jahren stark zugunsten höher bewerteter Schulabschlüsse verändert. Die Zahl der zwanzigjährigen Schüler und Studenten an den Schulen und Hochschulen in Rheinland-Pfalz entsprach 1971 einem Anteil von 11 % der Zwanzigjährigen in der Bevölkerung, 1980 waren es 21 %, 1989 bereits 34 %.

Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen waren die Mädchen an dieser Entwicklung überproportional beteiligt. Hier erreichen inzwischen anteilmäßig mehr Mädchen als Jungen höhere Abschlüsse. So waren 1990 unter den Abgängern aus allgemeinbildenden Schulen mit Abitur 51,4 % Mädchen, mit einem qualifizierten Sekundarabschluß 53,3 %. Hier haben Mädchen die Jungen „überholt“.

Doch für die berufliche Erstausbildung, die berufliche Fortbildung und das Studium gilt dies nicht. Hier bestehen nach wie vor gravierende Unterschiede. Unter den Auszubildenden des Jahres 1990 waren nur 42 % Mädchen, bei den Teilnehmern an Meisterprüfungen lag die Frauenquote bei 9 %. Von den Studenten an den Hochschulen des Landes sind vier von zehn Frauen.

Mehr über dieses Thema auf Seite 175

## Ernteerträge und -aussichten 1991

Nach der kühlen Frühjahrswitterung bei vorherrschend negativer Wasserbilanz konnte sich das Getreide durch die ergiebigen Niederschläge in der zweiten Junihälfte bis Anfang Juli deutlich erholen. Überwiegend sind überdurchschnittliche Hektarerträge zu erwarten. Dabei wird der Hafer, seinen niedrigen Vorjahresertrag deutlich überschreiten und die Wintergerste ihren hohen Ertrag des Jahres 1990 wohl nicht erreichen. Insgesamt ist davon auszugehen, daß die diesjährige Getreideernte bei einem Rückgang der Anbaufläche von rund 2 % voraussichtlich bei 1,5 Mill. t liegen wird. Winterraps wird durchschnittliche Erträge liefern und damit die Vorjahresleistung übertreffen. Die Ertragsschätzungen bei Frühkartoffeln liegen witterungsbedingt deutlich niedriger als 1990.

Das zu kühle Frühjahr mit verspäteten Frosttagen richtete insbesondere im Obst- und Weinbau Schaden an. Zwar wurde im Landesdurchschnitt der Traubenan- satz durch die Ernteberichterstatte des Statistischen Landesamtes kaum schlechter als 1990 eingestuft. Dies ist jedoch vor allem auf die vergleichsweise gute Lage in der Rheinpfalz zurückzuführen, während besonders an der Ahr, an Mittelrhein und an Mosel-Saar-Ruwer die

Beurteilung aufgrund der spürbaren Frostschäden deutlich schlechter ausfällt. Insgesamt gesehen könnte damit die Weinmosternte im Land eher leicht unter- durchschnittlich ausfallen.

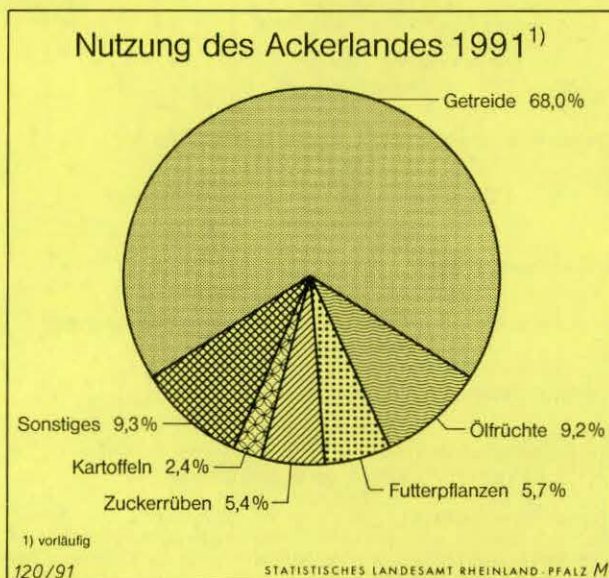
Die Kirschbäume trugen in diesem Jahr weniger als die Hälfte ihres üblichen Ertrages. Die derzeitigen Aus- sichten für die Apfel- und Birnenernte liegen durch die Blütenfröste, gemessen am Baumertrag, ebenso deut- lich unter dem mehrjährigen Vergleichswert.

Bei den meisten Gemüsearten hat die kühle Witte- rung, abgesehen von einer Ernteverzögerung, zu keinen größeren Einbußen bei den Flächenleistungen geführt. Die sehr guten Erträge des Vorjahres wurden bei den Frühgemüsearten jedoch überwiegend nicht erreicht. Der Wachstumsstand der mittelfrühen und späten Kultu- ren war Ende Juli weitgehend normal, da in der Regel die negative Wasserbilanz bei der ansonsten vorteilhaf- ten warmen Witterung durch Beregnung ausgeglichen werden konnte. Wo dies allerdings nicht der Fall war, machte sich die Trockenheit bemerkbar.

Mehr über dieses Thema auf Seite 193

## Getreideanbau erneut eingeschränkt

Die rheinland-pfälzischen Landwirte haben auch 1991 ihre Getreideanbauflächen weiter zugunsten der Flächenstilllegung eingeschränkt. Von den 427 000 ha Ackerland wurden nur noch 291 000 ha mit Getreide bestellt. Gegenüber 1990 bedeutet dies einen Rück- gang um 2,1 %.





## kurz + aktuell

Die einzelnen Getreidearten zeigen dabei eine unterschiedliche Entwicklung. So wird Sommergerste nun wieder auf über 100 000 ha (+ 4,6 %) angebaut. Mit 40 200 ha Anbaufläche bleibt die Wintergerste gegenüber dem Vorjahr (40 000 ha) nahezu unverändert.

Die zweite wichtige Getreideart in Rheinland-Pfalz, der Winterweizen (87 100 ha), verliert mit einem Rückgang um 3,8 % weiter an Bedeutung. Die seit Jahren zu beobachtende Einschränkung des Haferanbaus (25 600 ha) setzte sich auch 1991 fort (– 7,6 %). Die Anbaufläche von Roggen ist um über 25 % zurückgegangen. Hierfür dürfte die ungünstige Situation auf dem Brotroggenmarkt eine Rolle spielen.

Die mit Winterraps bestellte Fläche wurde nur geringfügig auf 28 600 ha ausgedehnt. Die erst seit 1989 stati-

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet <sup>1)</sup> im Juli 1991		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Juli 1990 in %
<b>Alle privaten Haushalte</b>		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	109,6	3,5
Bekleidung, Schuhe	110,0	2,5
Wohnungsmieten	117,8	4,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	89,0	7,7
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,6	2,9
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	113,9	3,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	114,9	9,6
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	108,1	2,3
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	119,4	2,8
Gesamtlebenshaltung	111,5	4,4
<b>4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen</b>		
Gesamtlebenshaltung	111,4	4,6
<b>4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen</b>		
Gesamtlebenshaltung	112,2	4,4
<b>2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen</b>		
Gesamtlebenshaltung	111,6	4,3

<sup>1)</sup> Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

## Nutzung des Ackerlandes 1990 und 1991

Fruchtart	1990	1991 vorläufig	Veränderung 1991 zu 1990
	1 000 ha		%
Ackerland insgesamt	427,2	427,6	0,1
Getreide	297,1	291,0	– 2,1
Weizen	96,3	93,2	– 3,3
Winterweizen	90,6	87,1	– 3,8
Sommerweizen	1,5	1,7	16,1
Hartweizen (Durum)	4,2	4,3	1,4
Roggen	24,8	18,5	– 25,2
Gerste	136,5	141,2	3,4
Wintergerste	40,0	40,2	0,6
Sommergerste	96,5	101,0	4,6
Hafer	27,7	25,6	– 7,6
Sommernummergetreide	4,4	4,4	1,0
Triticale	6,1	6,9	13,9
Hülsenfrüchte	3,3	2,5	– 24,4
Futtererbsen	2,3	1,8	– 22,2
Kartoffeln	10,7	10,4	– 3,1
Frühkartoffeln	3,8	3,5	– 8,4
Mittelfrühe u. späte Kartoffeln	7,0	6,9	– 0,3
Zuckerrüben	22,6	23,2	2,4
Ölfrüchte	38,3	39,2	2,4
Winterraps	28,5	28,6	0,5
Körner Sonnenblumen	8,1	9,3	15,0
Futterpflanzen	26,3	24,6	– 6,5
Klee, Klee gras, Klee-Luzerne-Gemisch	4,6	3,9	– 16,1
Grasanbau	4,1	3,4	– 16,7
Silomais	15,5	15,7	1,7

stisch erfaßten Körner Sonnenblumen wurden auch in diesem Jahr vermehrt angebaut (+ 15 %). Sie wachsen nun schon auf über 9 000 ha heran.

Gegenläufige Flächenveränderungen zeigen die Zuckerrüben und Kartoffeln mit + 2,4 % bzw. – 3,1 %. Der seit mehreren Jahren zu beobachtende Rückgang bei den Futterpflanzen beträgt gegenüber dem Vorjahr 6 %, wobei Silomais mit knapp 16 000 ha seine Vorjahresposition behaupten kann. Weiter abgenommen hat der Flächenanteil der Hülsenfrüchte auf 2 500 ha. bd

## Benzinpreise um mehr als ein Fünftel gestiegen

Die Erhöhung der Mineralölsteuer im Juli führte in Rheinland-Pfalz zu einer Benzinpreiserhöhung um durchschnittlich 22 %. Damit liegen die Benzinpreise um ein Drittel höher als im Juli des Vorjahres. Die Dieselmotoren verteuerte sich gegenüber dem Vormonat um 9 % und gegenüber Juli 1990 um 20 %. 100 l Heizöl kosteten Mitte Juli 49,28 DM (+ 4 % gegenüber Juni), im Jahr zuvor 39,02 DM. ht



## Mädchen und Frauen im Bildungsbereich

Die Bildungsbeteiligung hat sich nach der in den 60er Jahren einsetzenden Bildungsdiskussion und den darauffolgenden Reformen stark zugunsten höher bewerteter Schulabschlüsse verändert. Immer mehr Schüler verließen mit höheren Abschlüssen die Schulen, immer mehr Jugendliche strebten an die Hochschulen. Die Zunahme der Schüler- und Studentenzahlen hatte zum Teil demographische Ursachen, ist aber auch auf die wachsende Bildungsbeteiligung zurückzuführen: Gemessen an der gleichaltrigen Bevölkerung (unter Vernachlässigung von Pendlerbewegungen) waren 1971 beispielsweise 11 % der zwanzigjährigen Rheinland-Pfälzer an einer Schule oder Hochschule, 1980 waren es 21 % und 1989 bereits 34 %.

Bei diesem „Run auf Bildung“ haben Mädchen in der Beteiligung an höherer Allgemeinbildung die Jungen überholt<sup>1)</sup>. Doch in der beruflichen Erstausbildung und im Studium, insbesondere aber in der Berufstätigkeit bestehen nach wie vor gravierende Unterschiede. Die höhere Bildungsbeteiligung im allgemeinbildenden Bereich wurde nicht in entsprechendem Umfang in der beruflichen Ausbildung und im Beruf umgesetzt. Dies ist keine Besonderheit des Landes Rheinland-Pfalz. Die Feststellungen aus den Bildungsstatistiken dieses Bundeslandes werden auch in anderen Bundesländern (zumindest in den „alten“) ganz ähnlich zu treffen sein.

### Im Primarbereich noch ausgeglichenes Verhältnis

Der Anteil der Mädchen und Frauen an der Wohnbevölkerung im Alter von 6 bis 25 Jahren liegt zwischen 48 und 49 %. Verhielten sich Mädchen in bezug auf die Bildung ebenso wie Jungen, müßte ihr Anteil an den Schüler- und Studentenzahlen ebenso hoch sein. Dies trifft für den Primarbereich auch zu: In den Klassenstufen 1 bis 4 der Grundschulen und Freien Waldorfschulen (seit 1974) lag der Mädchenanteil in Rheinland-Pfalz seit 1950 stets bei Werten zwischen 48,5 und 48,9 %.

Entsprechend bewegte sich auch der Mädchenanteil in der Sekundarstufe I seit 1950 zwischen 48,3 und 49,5 %. Doch verschoben sich die Quoten an den einzelnen Schularten deutlich: In den Klassenstufen 5 bis 8 bzw. 9 der früheren Volksschulen wurden in den Jahren 1950/51 bis 1964/65 immer etwas mehr Mädchen als Jungen unterrichtet, bis 1968/69 war die Relation

dann ausgeglichen. Fast zeitgleich mit der Umwandlung der Volksschulen in Grundschulen und Hauptschulen im Jahre 1968 – wobei hier kein Kausalzusammenhang besteht – ging der Mädchenanteil in den Hauptschulen langsam zurück. 1969/70 lag er bei 49,7 %, 1989/90 noch bei 45 %.

Die Entwicklung in der Sekundarstufe I der Gymnasien verlief gegenläufig: Der Mädchenanteil von 43,8 % im Schuljahr 1950/51 sank in den Folgejahren; er erreichte 1961/62 mit 40,7 % einen Tiefstand und erst 1967/68 wieder das Niveau von 1950/51. Doch dann stieg er bis zum Jahr 1983/84 kontinuierlich. Ab dem Schuljahr 1976/77 wurden mehr Mädchen als Jungen in der Sekundarstufe I der Gymnasien unterrichtet. Seither stagniert die Quote weiblicher Schüler an dieser Schulart bei über 51 %, womit die Mädchen, gemessen an der Geschlechterrelation der gleichaltrigen Bevölkerung, in der Sekundarstufe I der Gymnasien überrepräsentiert sind.

Dies ist auch an den Realschulen der Fall, die der Sekundarstufe I zugeordnet sind. Mit Ausnahme des Schuljahres 1950/51 (Mädchenanteil: 49,8 %) besuchten diese Schulart stets mehr Mädchen als Jungen, wobei die höchste Quote im Schuljahr 1955/56 mit 59 % ermittelt wurde. Seit Mitte der 70er Jahre lag sie nie höher als 54,2 % und nie niedriger als 52,8 %.

### Trend zum Gymnasium hält an

Das heißt, beim Schulbesuch der Mädchen in der Sekundarstufe I hat sich eine deutliche Verschiebung insbesondere zugunsten der Gymnasien auf Kosten der Hauptschulen ergeben. Dies gilt zwar auch für Jungen, wenn man die Quote des relativen Schulbesuchs (Anteil der Schüler in der Klassenstufe 8 der einzelnen Schularten) betrachtet, doch war diese Entwicklung bei den Mädchen ausgeprägter als bei den Jungen. Im Schuljahr 1950/51 gingen noch 93 % aller Achtklässler in Rheinland-Pfalz auf eine Hauptschule, 6 % auf ein Gymnasium und 1 % auf eine Realschule. Der Realschulbereich spielte seinerzeit in Rheinland-Pfalz nur eine untergeordnete Rolle. Er wurde in den 70er Jahren bis in die 80er Jahre hinein ausgebaut, was sich auch auf die Verteilung der Schüler auf die Schularten auswirkte. 1960/61 waren von den Schülern der 8. Klassenstufe noch 80 % Hauptschüler, 4 % Realschüler und 16 % Gymnasiasten. Bis 1970/71 ging die Quote der Hauptschüler auf 65 % zurück, während die der Realschüler auf 11 %, die der Gymnasiasten auf 23 % anstieg. Diese

1) Bundestags-Drucksache 11/7820: Schlußbericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik – Bildung 2000“, Anhangsband S. 13 ff.



Entwicklung setzte sich weiter fort. 1980/81 wurden noch 52 von 100 Schülern der 8. Klassenstufe an Hauptschulen unterrichtet, 21 % an Realschulen und 26 % an Gymnasien, außerdem 1 von 100 an Integrierten Gesamtschulen oder Freien Waldorfschulen. Im Schuljahr 1990/91 schließlich betrug das Verhältnis 45:23:30:2. Dabei pendelte sich seit 1983/84 die Quote des relativen Schulbesuchs für Realschulen auf Werte zwischen 22,5 und 23,6 % ein, und auch die Quote für Hauptschulen veränderte sich in den vergangenen drei Jahren nur noch wenig (1988/89: 45 %, 1989/90: 44,7 %, 1990/91: 45,1 %), während der Trend zum Gymnasium noch ungebrochen ist.

Die relativen Verschiebungen beim Schulbesuch waren bei den Mädchen ausgeprägter als bei den Jungen: Bei den Jungen ging der Anteil der Hauptschüler an der Gesamtzahl der Schüler in Klassenstufe 8 von 1950/51 bis 1990/91 um 42 Prozentpunkte zurück, bei den Mädchen aber um 53 Prozentpunkte. Der Anteil der Realschüler an der Zahl der Achtklässler stieg im gleichen Zeitraum bei den männlichen Schülern um 21 Prozentpunkte, bei den weiblichen um 25 Prozentpunkte. Der Gymnasiastenanteil der Jungen erhöhte sich um 20, derjenige der Mädchen aber um 27 Prozentpunkte. Im Gegensatz zu früher sind Mädchen damit nicht mehr an Gymnasien, sondern an den Hauptschulen unterrepräsentiert.

Der überproportionale Anteil der Mädchen an Realschulen und Gymnasien in den Klassenstufen der Sekundarstufe I setzt sich – weniger stark – in der Sekundarstufe II fort, in der seit 1981/82 (mit Ausnahme der Jahre 1986/87 mit 49,9 %) mehr Mädchen als Jungen registriert werden. Hatte 1950/51 der Mädchenanteil in der gymnasialen Oberstufe noch bei 32 % gelegen, 1960/61 bei 38 % und 1970/71 bei 41 %, so stieg er in den 70er Jahren stark an und erreichte

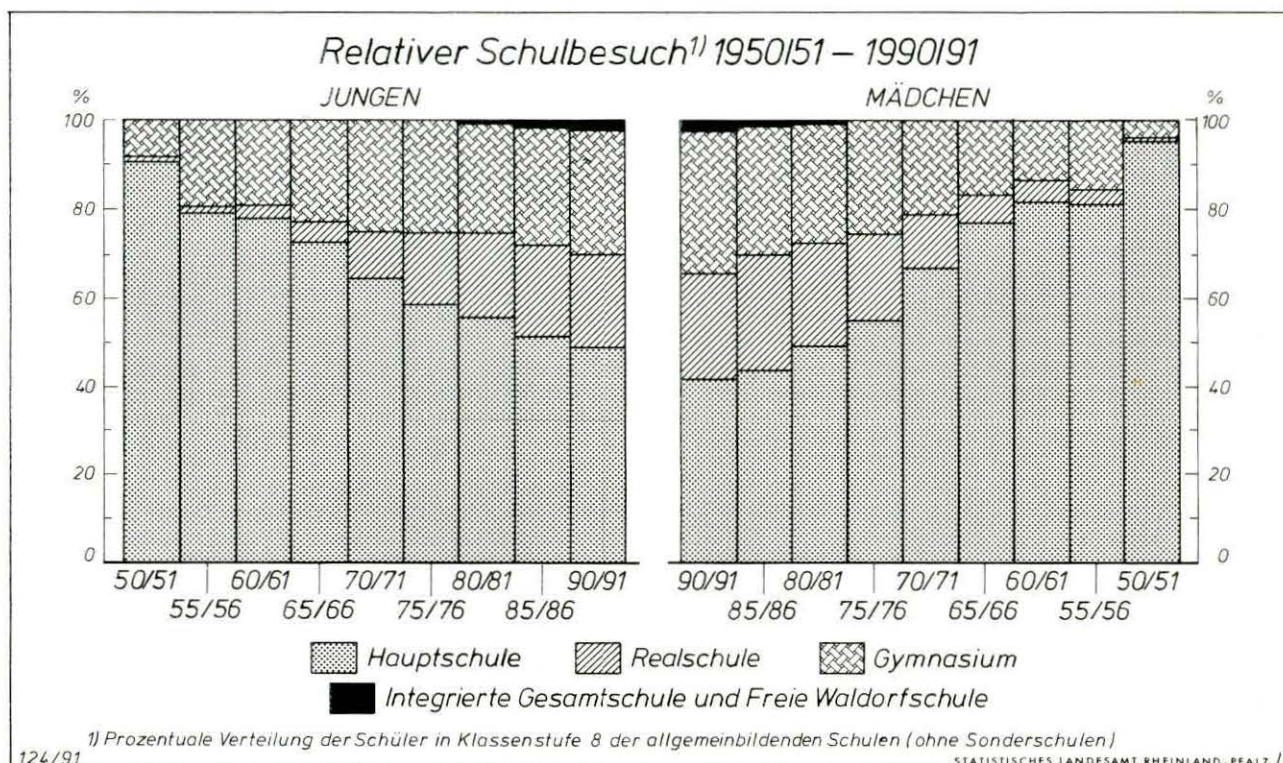
1980/81 knapp 50 %. Seither liegt der Wert mit leichten Schwankungen bei wenig über 50 %.

## Veränderungen auch bei Schulabschlüssen

Dieses veränderte Bildungsverhalten, das hier ausschließlich unter geschlechtsspezifischen Aspekten betrachtet wird, nicht aber unter Berücksichtigung demographischer Faktoren, wird auch bei den Schulabschlüssen deutlich: Zu Beginn der 50er Jahre waren nur drei von zehn Abiturienten Mädchen, in den 60er Jahren waren es dann vier von zehn. Seit Beginn der 80er Jahre ist das Verhältnis Jungen zu Mädchen bei den Abschlüssen allgemeinbildender Schulen ausgeglichen, in manchen Jahren gingen sogar mehr Mädchen als Jungen mit Abitur von der Schule ab. So lag beispielsweise der Mädchenanteil an den Abiturienten zum Ende des Schuljahres 1986/87 bei 50,7 %. 1988/89 allerdings ging er auf 49,3 % zurück. Unter den Schulabgängern mit mittlerer Reife waren stets mehr Mädchen als Jungen, die Quote lag in den vergangenen zehn Jahren zwischen 57 und 53 %. Zurückgegangen ist entsprechend der veränderten Schulbesuchsquote der Anteil weiblicher Schulabgänger bei den Entlassungen mit Hauptschulabschluß. Waren in den 60er Jahren noch mehr als die Hälfte dieser Abgänger Mädchen, so liegt ihr Anteil seit 1983/84 nur noch zwischen 45,6 und 45,9 %.

Bei den Schulabgängern, die ohne Abschluß von den allgemeinbildenden Schulen (ohne Sonderschulen) abgingen, waren die Mädchen mit Quoten um 40 % stets unterrepräsentiert. Allerdings liegen über diesen Personenkreis erst ab Mitte der 70er Jahre Daten vor.

Betrachtet man die Gesamtheit der Schulabgänger mit Hauptschulabschluß, mit Sekundarabschluß I und





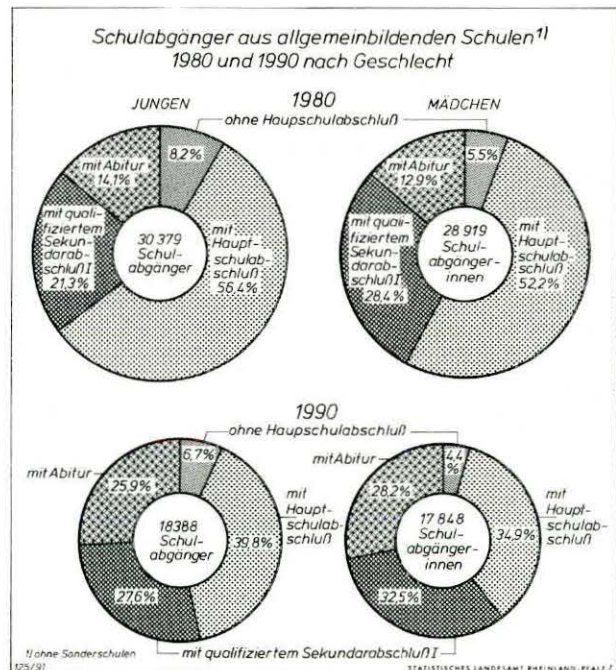
mit Abitur, so ist der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen unübersehbar: Im Schuljahr 1970/71 hatten von 100 erfolgreichen Schulabgängern aus allgemeinbildenden Schulen 70 den Hauptschulabschluß erreicht, 16 einen qualifizierten Sekundarabschluß I und 14 das Abitur. Zehn Jahre später gingen nur noch 54 von 100 mit einem Hauptschulabschluß ab, aber 26 mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I und 20 mit Abitur. Im Juli 1989 lag die Relation schließlich bei 40 Absolventen mit Hauptschulabschluß, 32 mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I und 28 mit Abitur.

An dieser Entwicklung waren Mädchen überproportional beteiligt. Über die Abgängerinnen des Schuljahres 1970/71 liegen keine Vergleichsdaten vor, doch die Daten aus späteren Jahren zeigen, daß sich diese Relationen bei den Mädchen wesentlich stärker zugunsten höher bewerteter Abschlüsse verschoben als bei den Jungen. 1980/81 hatten von 100 erfolgreichen Schulabgängerinnen 51 einen Hauptschulabschluß, 30 einen qualifizierten Sekundarabschluß I und 19 das Abitur. Bei den Jungen lagen die entsprechenden Werte bei 57:23:20. Zum Ende des Schuljahres 1988/89 schließlich standen 38 Schülerinnen mit Hauptschulabschluß 34 mit Sekundarabschluß I und 28 mit Abitur gegenüber, bei den Jungen 43 mit Hauptschulabschluß 29 mit Realschulabschluß und ebenfalls 28 mit Abitur.

#### Auch Nichtversetztenquote ist niedriger

Demnach gehen mehr Mädchen mit höher bewerteten Abschlüssen aus den allgemeinbildenden Schulen ab als Jungen. Und die Mädchen haben in aller Regel ihre Schulzeit „erfolgreicher“ durchlaufen: Mädchen haben weniger häufig den Vermerk „wird nicht versetzt“ in ihren Zeugnissen als Jungen, und zwar sowohl an Hauptschulen als auch an Realschulen und an Gymnasien. Bei den Abschlußprüfungen ist die Erfolgsquote bei den Mädchen höher als bei den Jungen. Beispielsweise haben 1971 98,6% der weiblichen, aber nur 95,2% der männlichen Teilnehmer das Abitur bestanden. Mit dem verstärkten Zustrom der Mädchen zum Abitur verringerte sich zwar der Unterschied in den Erfolgsquoten, etwas erfolgreicher sind die Mädchen aber nach wie vor. 1989 meisterten 98% der Gymnasialistinnen diese Prüfung mit Erfolg, von ihren männlichen Mitschülern waren es 97%.

Bedingt durch die niedrigeren Quoten bei Nichtversetzungen und die höhere Erfolgsquote bei der Abschlußprüfung liegt das Durchschnittsalter der Schulabgängerinnen auch etwas niedriger als das der männlichen Schulabgänger. So waren 1989 von den Abgängern aus Realschulen mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I 41% der Mädchen 16 Jahre alt, aber nur 34% der Jungen, bei den 17jährigen waren die Anteile bei Mädchen und Jungen mit 48% jeweils ausgeglichen, während bei den Mädchen 12% 18 Jahre oder älter waren, bei den Jungen dagegen 18%. Entsprechendes gilt auch für Abiturienten. 50% der Abiturientinnen aus Gymnasien des Abschlußjahrgangs 1989 waren bzw. wurden im Laufe dieses Abschlußjahres 19 Jahre alt, 43% 20 Jahre und 7% 21 Jahre oder älter. Von den Jungen waren nur 43% 19 Jahre, 45% 20 und 12% waren bereits 21 Jahre oder älter. Dieser Unterschied in



der Altersstruktur der Abiturienten bestand auch in früheren Jahren.

Unabhängig von der Altersstruktur ist eindeutig festzustellen, daß an allgemeinbildenden Schulen anteilmäßig mehr Mädchen als Jungen höhere Schulabschlüsse erreichen, aber seltener das Klassenziel nicht schaffen, insgesamt also im Bereich der allgemeinbildenden Schulen die Jungen „überholt“ haben.

#### In der beruflichen Ausbildung unterrepräsentiert

Eine ähnliche Entwicklung läßt sich jedoch weder im Bereich der beruflichen Erstausbildung noch in der Hochschulausbildung feststellen. An den Berufsschulen, an denen der schulische Teil der dualen Berufsbildung, also der Lehre, absolviert wird, lag der Mädchenanteil in den Jahren 1950/51 bis heute immer unter dem Anteil der Mädchen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung. Am stärksten waren Mädchen 1967/68 mit 46,1% an den Berufsschulen vertreten, am schwächsten mit 40% in den Jahren 1975/76 und 1976/77. Im Schuljahr 1990/91 lag der Mädchenanteil bei 43%.

Da in den Zahlen aus der Statistik der Berufsschulen auch diejenigen Schüler enthalten sind, die keine Ausbildung im dualen System absolvieren, sondern eine vollzeitschulische Ausbildung erhalten, geben für die berufliche Erstausbildung die erst seit 1977 vorliegenden Daten aus der Berufsbildungsstatistik einen besseren Überblick.

Von den Auszubildenden des Jahres 1977 waren 36,6% weiblichen Geschlechts. Dieser Anteil stieg langsam an und erreichte bis Ende des Jahres 1990 immerhin gut 42%. Auch wenn Mädchen demnach in zunehmendem Maße Ausbildungsgänge im dualen System, der klassischen Lehrlingsausbildung, anstreben, haben sie in der Berufsbildung bis heute nicht den ihrem an der



Schülerinnen an Berufsschulen, Berufsfachschulen,  
Fachoberschulen, beruflichen Gymnasien und  
Fachschulen in Prozent 1950 - 1990

Schuljahr	Berufs- schulen	Berufs- fach- schulen	Fachober- schulen	Berufliche Gymna- sien	Fach- schulen
1950/51	40,4	-	-	-	25,7
1951/52	41,8	67,1	-	-	26,0
1952/53	42,1	67,6	-	-	27,3
1953/54	43,5	68,1	-	-	25,4
1954/55	43,9	69,5	-	-	25,9
1955/56	44,5	70,4	-	-	26,4
1956/57	44,5	71,3	-	-	28,9
1957/58	44,1	71,1	-	-	28,6
1958/59	45,8	68,8	-	-	30,9
1959/60	45,7	68,2	-	-	30,8
1960/61	45,0	66,5	-	-	32,1
1961/62	44,5	63,6	-	-	31,1
1962/63	44,6	62,7	-	-	32,4
1963/64	45,4	62,8	-	20,9	31,3
1964/65	45,6	62,7	-	17,8	28,1
1965/66	45,5	62,6	-	16,2	28,6
1966/67	45,0	62,6	-	16,0	27,8
1967/68	46,1	62,0	-	16,8	27,4
1968/69	45,8	61,8	-	16,8	29,1
1969/70	45,1	60,3	13,8	24,0	29,5
1970/71	42,6	59,1	18,0	25,8	29,1
1971/72	42,9	57,9	21,1	26,8	33,4
1972/73	42,3	58,1	24,1	30,4	36,0
1973/74	41,6	60,2	25,5	31,6	39,5
1974/75	40,8	61,0	26,3	35,0	46,1
1975/76	40,0	60,6	27,8	36,5	49,0
1976/77	40,0	62,2	30,2	36,7	50,6
1977/78	40,4	64,7	26,3	35,7	53,8
1978/79	40,7	66,5	21,9	35,9	56,0
1979/80	40,4	67,2	24,9	35,6	57,5
1980/81	40,2	67,0	25,6	36,6	56,9
1981/82	40,1	67,5	25,5	35,8	54,6
1982/83	40,1	67,9	19,5	36,5	54,9
1983/84	40,2	68,7	19,4	36,0	54,2
1984/85	40,9	68,8	21,4	37,6	54,1
1985/86	41,8	67,1	20,2	39,1	52,9
1986/87	42,2	65,4	20,3	38,4	53,0
1987/88	42,4	63,9	20,6	37,9	51,6
1988/89	43,2	62,4	22,7	37,8	48,1
1989/90	42,9	61,3	25,1	37,9	46,1
1990/91	42,9	60,6	28,1	37,9	44,9

gleichaltrigen Wohnbevölkerung entsprechenden Anteil erreicht.

Fast unverändert konzentrieren sich die Mädchen in ihrer Berufswahl wesentlich stärker als Jungen auf nur wenige Ausbildungsberufe. Während sich seit Jahren etwas über 40 % der Jungen auf zehn Ausbildungsberufe verteilen, lassen sich bei den Mädchen immer noch 60 % in nur zehn Berufen ausbilden. Dominieren bei den Jungen Berufe wie Kraftfahrzeugmechaniker, Industriemechaniker, Elektroinstallateur, Energieelektroniker, Tischler und Kommunikationselektroniker, so sind es bei den Mädchen die Berufe Bürokauffrau, Friseurin, Arzthelferin, Kauffrau im Einzelhandel, Fachverkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk und Industriekauffrau, also im Vergleich zu den von Jungen gewählten Berufen Bereiche, in denen die Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten nach abgeschlossener Ausbildung relativ ungünstig sind.

Anders als bei der dualen Ausbildung lag und liegt der Mädchenanteil in den vollzeitschulischen Bildungsgängen der Berufsschule stets über dem Anteil der

Mädchen an der gleichaltrigen Wohnbevölkerung – im laufenden Schuljahr bei 56 %. Ebenso sind Mädchen unter den Schülern in einem Beschäftigungsverhältnis ohne Ausbildungsvertrag (Ungelernte) überrepräsentiert. Die Zahl dieser Ungelernten geht seit Jahren kontinuierlich zurück – von 13 000 im Jahre 1973 / 74 fiel die Zahl bis zum laufenden Schuljahr auf nur 600. An dieser rückläufigen Entwicklung waren Mädchen stärker beteiligt als Jungen: Die Zahl der ungelernten Mädchen beträgt nur noch ein Sechszehntel des entsprechenden Wertes aus dem Jahre 1973 / 74, die der ungelernten Jungen ein Achtzehntel. Entsprechend ging auch der Mädchenanteil von 64 % im Jahre 1973 auf nunmehr knapp 55 % zurück; doch waren mit Ausnahme der Schuljahre 1986 / 87 und 1987 / 88 stets mehr Mädchen als Jungen in dieser Schülergruppe vertreten. Ähnliches gilt für die Nichtbeschäftigten. Deren Zahl hatte 1975 / 76 und 1978 / 79 mit 6 000 bzw. 5 900 Schülern jeweils einen Höchststand erreicht und geht seit 1979 zurück. Im laufenden Schuljahr sind es nur noch 784 Schüler, wobei der Anteil der Mädchen (1973 / 74 mit 73 % am höchsten) von einigen Ausnahmen abgesehen stets über 50 % lag. Im laufenden Schuljahr liegt er bei 57 %.

#### In Berufsfachschulen dominieren die Mädchen

Doch nicht nur in den vollzeitschulischen Bildungsgängen der Berufsschule sind die Mädchen überrepräsentiert, sie sind es auch in den Berufsfachschulen. Berufsfachschulen vermitteln entweder eine berufliche Grundbildung, wie die zweijährigen Bildungsgänge (z. B. für Wirtschaft, Elektrotechnik), die zu einem qualifizierten Sekundarabschluß I führen, oder aber einen beruflichen Abschluß, wie die zweijährigen höheren Bildungsgänge (z. B. für Wirtschaft, Chemie, Physik, Biologie), oder wie die dreijährigen Bildungsgänge der Berufsfachschule (z. B. für Elektromechaniker, Maschinenbauer) einen beruflichen Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Hier dominieren Mädchen in den Bildungsgängen für Wirtschaft, und zwar sowohl in denjenigen, die zu einem qualifizierten Sekundarabschluß I führen als auch in den zweijährigen höheren Bildungsgängen, wo sie fast zwei Drittel der Schülerzahl ausmachen. In den hauswirtschaftlichen Bildungsgängen sind 94 % der Schüler weiblichen Geschlechts, ebenso sind in der Berufsfachschule für Kinderpflege Jungen nur Einzelfälle. Auch in den von der zahlenmäßigen Besetzung her nur wenig ins Gewicht fallenden zweijährigen höheren Bildungsgängen für Chemie, Physik und Biologie machen die Mädchen seit Jahren zwei Drittel der Schülerschaft aus. Dagegen werden die zweijährigen Bildungsgänge für Metalltechnik, Elektrotechnik und Landwirtschaft nur von wenigen Mädchen besucht, und auch in den zweijährigen höheren Bildungsgängen für Informatik / Datenverarbeitung machen sie nur 20 % der Schüler aus. In den dreijährigen gewerblich-technischen Bildungsgängen sind nur gut ein Drittel der Schüler Mädchen. In allen Bildungsgängen der Berufsfachschulen zusammen liegt der Anteil der Mädchen bei rund 61 %.

In zwei Schulformen des berufsbildenden Bereiches mit (überwiegend) vollzeitschulischer Ausbildung sind Mädchen weniger stark vertreten als Jungen: an den



Fachoberschulen und an den beruflichen Gymnasien. An Fachoberschulen kann, aufbauend auf einem qualifizierten Sekundarabschluß I und in der Regel einer beruflichen Ausbildung oder Tätigkeit, die Fachhochschulreife erworben werden. Sie berechtigt zum Studium an einer Fachhochschule. Die meisten Bildungsgänge der Fachoberschule werden als einjährige Vollzeitausbildung angeboten, einige auch als Teilzeitausbildungsgänge mit Abend- bzw. Samstagsunterricht, die dann zwei Jahre dauern. An den Fachoberschulen sind seit ihrer Einrichtung in Rheinland-Pfalz im Schuljahr 1969/70 traditionell die männlichen Schüler in der Mehrzahl. Der Mädchenanteil war 1969 mit 14 % am niedrigsten, 1976 mit 30 % am höchsten. Im laufenden Schuljahr liegt er bei 28 %.

Etwas höher ist der Mädchenanteil an den beruflichen Gymnasien. An diesen Schulen erwerben Schüler mit einem qualifizierten Sekundarabschluß I in dreijähriger Vollzeitausbildung das Abitur. Diese Schulform besteht in Rheinland-Pfalz seit 1963/64. Der niedrigste Mädchenanteil wurde hier 1966/67 mit 16 % registriert, der höchste 1985/86 mit 39 %. Zur Zeit liegt er bei 38 %. Er hat sich an den beruflichen Gymnasien in den vergangenen 15 Jahren mit einigen Schwankungen bei Werten über 35 % stabilisiert. Eine entsprechend eindeutige Entwicklung läßt sich für die Fachoberschulen nicht feststellen. Doch bei beiden Schulformen entspricht der Mädchenanteil nicht dem Anteil der Frauen an der gleichaltrigen Bevölkerung.

#### **Frauenquote in einzelnen Bildungsgängen unterschiedlich**

Anders stellt sich die Situation an den Fachschulen dar. Diese Schulen bauen entweder auf einer beruflichen Ausbildung auf und führen zu einer Spezialisierung des Fachwissens. Oder sie vermitteln, wie die Fachschulen für Sozialberufe, nach einer berufspraktischen Tätigkeit oder einem Praktikum eine berufliche Erstqualifikation.

Der Frauenanteil an den Fachschulen stieg seit 1950/51 (26 %), von kleinen Schwankungen abgesehen, kontinuierlich und erreichte 1979/80 mit 58 % einen Höchststand. Seither geht er wieder zurück. Derzeit beträgt er 45 %.

Dabei ist die Entwicklung je nach dem Inhalt der Fachschulausbildung unterschiedlich. In den am stärksten besetzten Bildungsgängen der Fachschulen, denen für Sozialwesen, sind neun von zehn Auszubildenden Frauen. Dieser Bereich der Fachschulen expandierte stark: Gemessen an der Gesamtschülerzahl an Fachschulen nahm der Anteil der Fachschüler in Sozialberufen von 2 % im Jahr 1950 auf 37 % im laufenden Schuljahr zu. Mit dieser überproportionalen Zunahme der Schülerzahl an Fachschulen für Sozialwesen ist der Anstieg des Frauenanteils an dieser Schulform insgesamt erklärt. In den Fachschulen für Technik, den mit derzeit 2 900 Schülern am zweitstärksten besetzten Bildungsgängen der Fachschulen (Zunahme des Anteils der Schüler an den Fachschülerzahlen insgesamt von 1950 bis 1990 von 16 auf 34 %), liegt der Frauenanteil mit zur Zeit 3 % sehr niedrig.

Wegen der unterschiedlichen Zuordnung einzelner Bildungsgänge ist hier eine eindeutige Entwicklung nicht zu ermitteln. Es läßt sich lediglich feststellen, daß der Frauenanteil in diesen Bildungsgängen stets sehr niedrig war. 1971/72 hatte er mit 1,1 % einen Tiefstand erreicht.

Gemessen an der Schülerzahl spielen die übrigen Bildungsgänge der Fachschulen keine sehr große Rolle. Doch ist die Betrachtung des Frauenanteils auch hier aufschlußreich. Er liegt am höchsten an den Fachschulen für Hauswirtschaft, die nur vereinzelt von Männern besucht wurden. An den Fachschulen für Wirtschaft wurde für das laufende Schuljahr ein Frauenanteil von 40 % registriert, an landwirtschaftlichen Fachschulen von 10 % und an den Meisterschulen von 6 %.

Als „frauenspezifisch“ können demnach die eine Erstqualifikation vermittelnden Fachschulen für Sozialwesen angesehen werden, außerdem die Fachschulen für Hauswirtschaft und, eingeschränkt, auch die Fachschulen für Wirtschaft. In den Bildungsgängen für Technik, für Naturwissenschaften, in den Meisterschulen und in Fachschulen für Landwirtschaft, die alle der Weiterqualifizierung dienen, sind die Frauen in der Minderheit.

Und so wie die Bildungsgänge für Sozialwesen von Fachschulen oder die Ausbildungsberufe Arzthelferin und Zahnarzthelferin weibliche Domänen waren und sind, ist dies auch bei den Ausbildungsgängen an den Schulen des Gesundheitswesens festzustellen. An diesen Schulen lag der Frauenanteil in den Jahren seit 1950 nie niedriger als 79 % (1976/77). Im laufenden Schuljahr beträgt er 84 %. Dabei ist der Frauenanteil am höchsten an den Schulen für Kinderkrankenpflege (98 %), an den zahlenmäßig weniger ins Gewicht fallenden Bildungsgängen für Hebammen (100 %), Diätassistentinnen und Diätassistenten (93 %) und für Logopädistinnen / Logopäden (97 %) sowie bei den Berufen für medizinisch-technische und pharmazeutisch-technische Assistentinnen und Assistenten (94 %). Auch an den Krankenpflegesschulen ist der Frauenanteil mit 85 % sehr hoch. Am niedrigsten liegt er mit 51 % an den Schulen für Masseure / medizinische Bademeister und Masseure und an den Schulen für Beschäftigungstherapeuten (74 %).

Aus den Daten der Statistik der berufsbildenden Schulen und der Schulen des Gesundheitswesens zeigt sich, daß der Einstieg in eine berufliche Grundbildung oder Ausbildung bei Mädchen wesentlich häufiger über vollzeitschulische Bildungsgänge erfolgt als bei Jungen. An den vollzeitschulischen Bildungsgängen, die eine Erstqualifikation vermitteln oder den Berufseinstieg vorbereiten, lag 1980/81 der Frauenanteil bei 70,7 %. Er veränderte sich in den Folgejahren nur unwesentlich: 1990/91 belief er sich auf 68,9 %. In allen Bildungsgängen, die eine berufliche Qualifikation vermitteln (also einschließlich Teilzeitunterricht an Berufsschulen), machte der Frauenanteil 1980 46,3 % aus, 1990 dann 48,5 %. Von allen Mädchen in beruflicher Erstausbildung bzw. Grundbildung befanden sich 1980 34,6 % in vollzeitschulischen Bildungsgängen, 1990 waren es 32,8 %. Für die Jungen wurden entsprechende Quoten von 12,3 (1980) bzw. 14,0 % ermittelt.



## Teilnehmer an Prüfungen der beruflichen Fortbildung 1980 - 1990

Jahr	Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen				darunter: Teilnehmer an Meisterprüfungen			
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl		%		Anzahl		%	
1980	4 733	3 415	1 318	27,8	2 656	2 419	237	8,9
1981	5 032	3 444	1 588	31,6	2 908	2 485	423	14,5
1982	4 670	3 313	1 357	29,1	2 834	2 484	350	12,4
1983	4 733	3 265	1 468	31,0	2 891	2 497	394	13,6
1984	5 001	3 589	1 412	28,2	3 293	2 951	342	10,4
1985	5 005	3 499	1 506	30,1	2 937	2 618	319	10,9
1986	5 592	4 309	1 283	22,9	3 500	3 262	238	6,8
1987	6 526	4 506	2 020	31,0	4 029	3 606	423	10,5
1988	6 679	4 836	1 843	27,6	4 047	3 704	343	8,5
1989	7 398	5 380	2 018	27,3	4 487	4 028	459	10,2
1990	7 473	5 655	1 818	24,3	4 774	4 366	408	8,5

### Frauen in der beruflichen Fortbildung selten

Entsprechend den Feststellungen über den niedrigen Frauenanteil in den weiterqualifizierenden Bildungsgängen an Fachschulen verdeutlichen auch die Daten der Berufsbildungsstatistik, daß Frauen im Fortbildungsbereich unterrepräsentiert sind. 1990 waren von den 7 470 Teilnehmern an Fortbildungsprüfungen in der beruflichen Bildung nur 24 % weiblich. Im Zeitraum 1980 bis 1990 lag diese Quote nie über 32 % (niedrigste Quote: 23 %).

Ein Großteil der Fortbildungsprüfungen sind Meisterprüfungen, und hier lag der Anteil der Frauen 1990 gerade bei 9 % (Schwankungsbreite von 1980 bis 1990 im Bereich zwischen 7 und 15 %).

Bei den Fortbildungsprüfungen, die nicht Meisterprüfungen waren, befanden sich die meisten Frauen bei den fremdsprachlichen Fachkräften (84 %), bei den Fachkräften für Schreibtechnik (Frauenquote: 95 %), den Fachwirten (36 %), den Fachkaufleuten (57 %) und den Sekretariatsberufen (100 %). Dagegen waren unter den Fachkräften für Datenverarbeitung die Frauen ebenso unterrepräsentiert wie bei den Fortbildungsprüfungen des Handwerks (z. B. Betriebswirt / in des Handwerks). Keine Frau nahm an einer Fortbildungsprüfung zur „EDV-Fachkraft des Handwerks“, zur „CNC-Fachkraft“ oder zum „Operateur / in – Chemische Technik“ teil.

Bei den Meisterprüfungen war ein hoher Frauenanteil lediglich im Friseurhandwerk sowie bei den Meisterprüfungen in der städtischen Hauswirtschaft sowie zum Hörgeräteakustikmeister zu verzeichnen. Auf diese drei Meisterprüfungen konzentrierten sich die Hälfte der 410 weiblichen Teilnehmer an derartigen Abschlüssen, die übrigen verteilten sich auf weitere 34 Meisterberufe. Die 4 370 männlichen Meisteraspiranten nahmen in 58 Berufen an den Prüfungen teil, wobei die Meisterprüfungen zum Industriemeister, für Kraftfahrzeugmechaniker, Elektroinstallateur, Dachdecker und Tischler die Spitzenposition in der zahlenmäßigen Besetzung einnahmen. Auf diese fünf Meisterberufe verteilten sich 46 % der männlichen Meisterprüfungsteilnehmer.

Interessant ist, daß bei den Fortbildungsprüfungen (ohne Meisterprüfungen) die Erfolgsquote, der Anteil der bestandenen Prüfungen, bei den Männern mit 85 % wesentlich höher ist als bei den Frauen (74 %), bei den Meisterprüfungen dagegen die Frauen 1990 mit 75 %

eine höhere Erfolgsquote aufwiesen als die Männer (70 %).

Im Gegensatz zu den allgemeinbildenden Schulen haben die Frauen in der beruflichen Bildung die Männer also keineswegs „überholt“. Und dies gilt auch für den Bereich der Hochschulen.

### 40 % aller Studenten sind Frauen

Von den im Wintersemester 1949 / 50 an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Theologischen Fakultät Trier insgesamt gezählten 5 900 Studenten waren 28 % Frauen. In den beiden folgenden Wintersemestern ging dieser Anteil leicht zurück, stieg danach aber kontinuierlich an, abgesehen von einem kurzzeitigen Rückgang Anfang bis Mitte der 60er Jahre. Der Anstieg der Frauenquote verlief nahezu parallel zur steigenden Zahl von Studenten an den pädagogischen Hochschulen, die ab dem Wintersemester 1950 / 51 in die Studentenstatistik einbezogen wurden. Im Wintersemester 1970 / 71 lag schließlich die Frauenquote an den Universitäten Mainz, Trier und Kaiserslautern, der aus den pädagogischen Hochschulen hervorgegangenen Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz und der Theologischen Fakultät Trier bei 40 %. Mit der Überleitung der Ingenieurschulen, höheren Wirtschaftsfachschulen, höheren Fachschulen für Sozialwesen, Werkkunstschulen und des pädagogischen Fachinstituts Rengsdorf in die Fachhochschule Rheinland-Pfalz, die dem Hochschulbereich angehört, ging diese Quote zunächst stark zurück (Wintersemester 1971 / 72: 33,5 %), stieg danach jedoch erneut und pendelte sich ab dem Wintersemester 1979 / 80 bei Werten um 40 % ein. Auch zur Zeit liegt sie bei 40 %.

Differenziert nach Hochschulen ergibt sich in der Entwicklung der Frauenquote ein sehr unterschiedliches Bild. An der Johannes Gutenberg-Universität waren im Wintersemester 1950 / 51 von den 4 900 Studenten 26 % weiblich. Diese Quote erhöhte sich bis zum Wintersemester 1957 / 58 auf 31 % (von 4 300 Studenten), nach einem Rückgang dann bis zum Wintersemester 1970 / 71 wieder auf 32 % (11 400) und stieg danach kräftig an, so daß sie im Wintersemester 1980 / 81 bei 44 % (22 300) lag. Im Wintersemester 1990 / 91 erreichte sie knapp 50 % (26 000).

Ähnlich ausgeglichen ist die Geschlechterrelation auch an der Universität Trier, die 1975 aus der 1970



gegründeten Doppeluniversität Trier-Kaiserslautern hervorgegangen ist. Der Frauenanteil unter den 329 Studenten betrug im Wintersemester 1970/71 noch 44 % und stieg auf nunmehr ebenfalls knapp 50 % an, und zwar bei einer Studentenzahl von 8 900. An dieser Hochschule werden überwiegend geisteswissenschaftliche Studiengänge angeboten.

Ganz anders stellt sich die Situation an der Universität Kaiserslautern mit ihren überwiegend natur- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen dar. Mit 7 % stellten die Frauen im Wintersemester 1970/71 nur einen Bruchteil der Studentenschaft (173 Studenten). Dieser Anteil stieg bis zum Wintersemester 1980/81 rasch auf 17,2 % der 3 700 Studenten. Nach einem kurzzeitigen weiteren Anstieg verharrt er nun wieder bei 17,2 %.

Die Universität Koblenz-Landau dagegen verzeichnet im Wintersemester 1990/91 bei 4 200 Studenten eine Frauenquote von 61 %. An dieser Hochschule, die aus der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Rheinland-Pfalz hervorging, werden etwas mehr als die Hälfte der Studenten in Lehramtsstudiengängen ausgebildet. Im Wintersemester 1980/81 war hier der Frauenanteil mit 65 % mit am höchsten, aber auch 1970/71 mit 62 % bereits sehr hoch. An den Vorgängereinrichtungen, den pädagogischen Hochschulen, lag der Anteil der weiblichen Studenten im Wintersemester 1950/51 mit 43 % ebenso wie 1952 bis 1954 unter 50 %, ansonsten wies er Werte zwischen 53 und 64 % auf.

Die übrigen wissenschaftlichen Hochschulen spielen von ihrer Studentenzahl her gesehen keine große Rolle. Der Frauenanteil war im Wintersemester 1990/91 am niedrigsten an der wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung. Von den 212 Studenten dieser Hochschule waren nur 17 % Frauen. Bei Aufnahme des Studienbetriebs 1984 hatte der Frauenanteil noch 21 % betragen. An der Hochschule für Verwaltungswissenschaften ist dagegen ein Anstieg des Anteils weiblicher Studenten zu beobachten. Unter den ersten 294 Einschriebenen an dieser Hochschule im Wintersemester 1978/79 waren 17 % Frauen, im Wintersemester 1990/91 waren es 39 % von 496 Studenten. An der Theologischen Fakultät in Trier war vom Wintersemester 1950/51 bis zum Wintersemester 1963/64 überhaupt keine Studentin eingeschrieben. Erstmals immatrikulierte sich im Sommersemester 1964 eine Frau an dieser Hochschule (Frauenanteil damit 0,4 % von 228 Studenten), und dies änderte sich bis zum Wintersemester 1969/70 nicht. Danach kamen, zunächst zögernd, mehr weibliche Studenten an diese Hochschule. Im Wintersemester 1990/91 immatrikulierten sich 36 (18 % von 200) Frauen an der Theologischen Fakultät Trier. An der Theologischen Hochschule in Vallendar lag der Frauenanteil bei 28 % (19 von 69 Studenten).

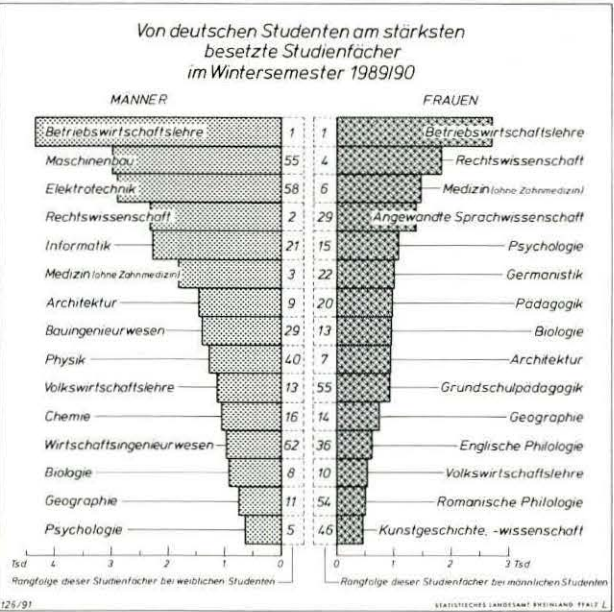
Seit über zehn Jahren nahezu unverändert blieb der Prozentsatz weiblicher Studenten an den Fachhochschulen in Rheinland-Pfalz. Mit 30,3 % im Wintersemester 1990/91 (bei insgesamt 19 400 Studenten) entspricht er fast der im Wintersemester 1980/81 mit 30 % (8 900 Studenten) festgestellten Quote. Zuvor war er kräftig angestiegen von 12 % im Wintersemester 1971/72 (5 200 Studenten) über 22 % im Winterseme-

ster 1973/74 bis 29 % im Wintersemester 1979/80. Weit unter diesem Prozentsatz liegt der Frauenanteil an den überwiegend ingenieurwissenschaftlichen Abteilungen der Fachhochschule Rheinland-Pfalz in Bingen und Kaiserslautern, aber auch in Koblenz. Höher dagegen lag er an den Abteilungen Mainz I mit den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften (überwiegend für Architektur) sowie Kunst und Mainz II (Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften). Und an den Fachhochschulen in freier Trägerschaft mit ihrem Angebot an Studiengängen für Sozialwesen sowie Theologie/Religionspädagogik mit zusammen 860 Studenten im Wintersemester 1990/91 machen Frauen sieben Zehntel der Studentenschaft aus.

Unter den Verwaltungsfachhochschulen weist die Fachhochschule für Finanzen in Edenkoben mit 43 % den höchsten Frauenanteil auf, gefolgt von der Fachhochschule der Deutschen Bundesbank in Hachenburg mit 42 % und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung mit 31 % sowie der Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Eisenbahnwesen, mit 25 %.

Unterschiedlicher Trend in den Fächergruppen

Der unterschiedliche Frauenanteil an den Hochschulen ist vor allem auf die jeweils angebotenen Studiengänge zurückzuführen. Für den zur Zeit praktizierten Datennachweis nach Fächergruppen liegen hierüber Daten ab dem Wintersemester 1979/80 vor. Danach stieg der Frauenanteil in der am stärksten belegten Fächergruppe, den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, von 1979 bis 1990 von 34 auf 38 %. Zu dieser Fächergruppe zählen Studienfächer wie Rechtswissenschaft, Volkswirtschaftslehre, Betriebswirtschaftslehre und Politikwissenschaft. Wesentlich höher lag und liegt der Frauenanteil in der am zweitstärksten besetzten Fächergruppe Sprach- und Kulturwissenschaften. Er stieg hier zwischen 1979 und 1990 von 59 auf 66 %. Dabei dominieren Frauen insbesondere in den sprachwissenschaftlichen Fächern, in Psychologie und Pädagogik.





In den ebenfalls sehr stark besetzten Fächergruppen Ingenieurwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften wiederum dominieren die Männer. Während in den Ingenieurwissenschaften der Frauenanteil im Betrachtungszeitraum von 11 auf 17 % stieg, sank er in Mathematik / Naturwissenschaften von 34 auf 31 %. Dabei fallen in den Ingenieurwissenschaften Frauen zahlenmäßig nur in Architektur, Textiltechnik sowie Raum- und Umweltplanung ins Gewicht. Im Maschinenwesen, der Elektrotechnik oder im Bauingenieurwesen spielen sie dagegen kaum eine Rolle. In der Fächergruppe Mathematik / Naturwissenschaften werden die Fächer Pharmazie, Biologie und Geographie / Erdkunde noch relativ häufig von Frauen belegt, dagegen selten die Fächer Informatik, Mathematik, Physik, Chemie und Geologie.

In der Fächergruppe Medizin können in Rheinland-Pfalz lediglich Humanmedizin und Zahnmedizin studiert werden. In diesen beiden Numerus clausus-Fächern stieg der Frauenanteil seit 1979 von 34 auf 43 %. In der Fächergruppe Kunst, Kunstwissenschaft mit den

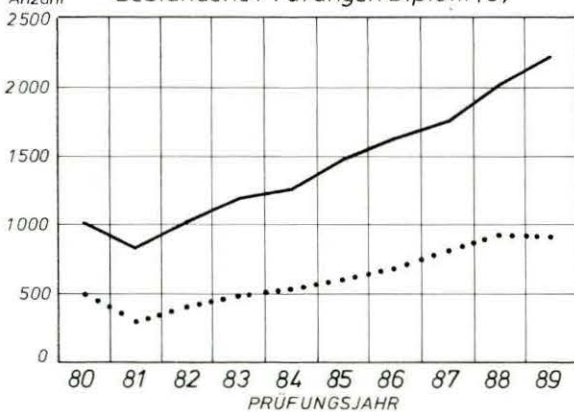
Fächern Kunstgeschichte, Bildende Kunst und Design stieg er im selben Zeitraum von 55 auf 66 %.

Bezogen auf die angestrebte Abschlußprüfung waren und sind die Lehramtsprüfungen Domänen der Frauen. Im Wintersemester 1972 / 73, als noch 43 % aller Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen ein Lehramt anstrebten, waren 54 % der Lehramtsstudenten weiblich. Im abgelaufenen Wintersemester haben sich nur noch 11 % aller Studenten an wissenschaftlichen Hochschulen für ein Lehramt als Abschlußprüfung entschieden. Unter ihnen waren mit 67 % die Frauen weit überrepräsentiert. Mit den zunehmenden Problemen, nach dem Studium als Lehrer eine Stelle zu erhalten, sanken also Zahl und Anteil der Studenten in Lehramtsstudiengängen drastisch, gleichzeitig erhöhte sich der Frauenanteil unter diesen Studenten.

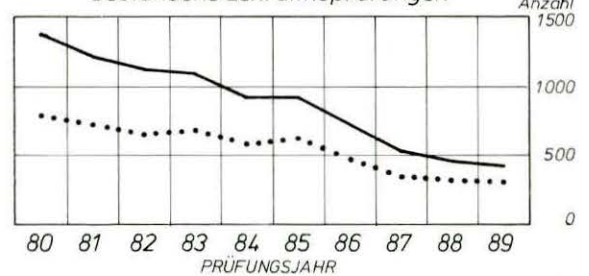
Die gesunkene Attraktivität des Lehrerberufs läßt sich auch aus den Daten über bestandene Abschlußprüfungen an Hochschulen ablesen. Im Prüfungsjahr 1976 hatte jeder Dritte von allen erfolgreichen Hochschulab-

### Bestandene Prüfungen 1980-1989 in ausgewählten Prüfungsgruppen

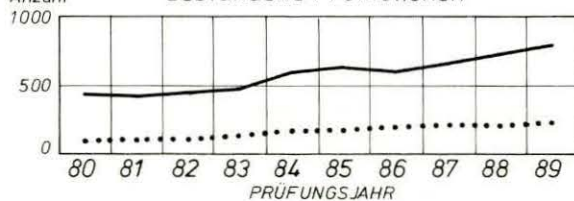
Bestandene Prüfungen Diplom (U)



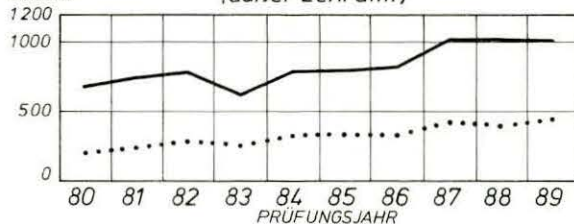
Bestandene Lehramtsprüfungen



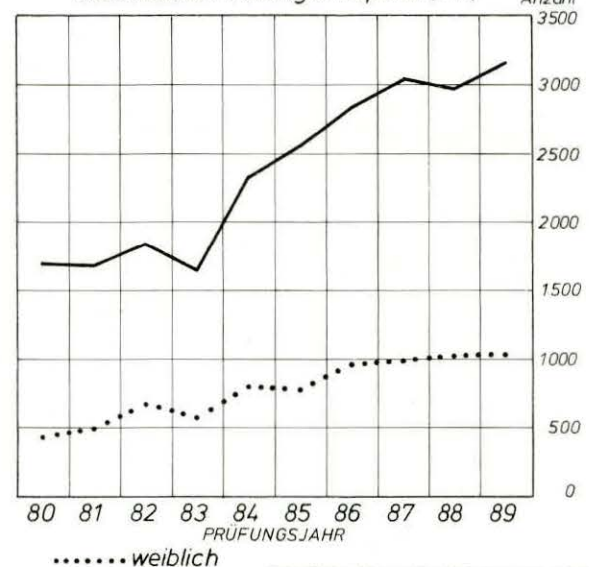
Bestandene Promotionen



Bestandene Staatsexamen (außer Lehramt)



Bestandene Prüfungen Diplom (FH)



127/91

— insgesamt

..... weiblich

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L



solventen eine Lehramtsprüfung abgelegt, 1989 war es nur noch jeder Achtzehnte. Ausschließlich auf Frauen bezogen zeigen die Daten, daß 1976 jede zweite erfolgreiche Hochschulabsolventin eine Lehramtsaspirantin war, 1989 nur noch jede Zehnte. Da der Rückgang hier bei den Frauen nicht so stark war wie bei den Männern, stieg damit auch der Frauenanteil bei den erfolgreich abgeschlossenen Lehramtsprüfungen, und zwar von 55 % im Prüfungsjahr 1976 auf 72 % im Jahr 1989.

Noch stärker war der Anstieg des Frauenanteils bei den Staatsexamen, die nicht Lehramtsprüfungen sind (beispielsweise Rechtswissenschaft, Pharmazie). Er betrug 1976 noch 23 %, 1989 aber 43 %. Auch in den Diplom(U)- und entsprechenden Hochschulprüfungen ist eine Zunahme festzustellen (von 39 auf 45 % in 1988, 41 % in 1989).

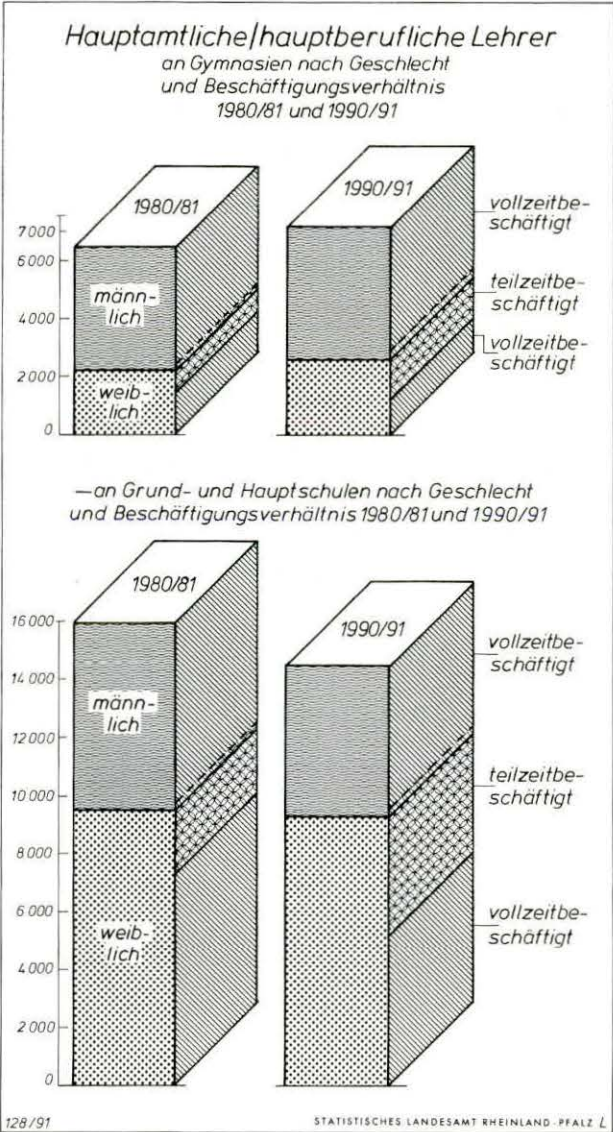
### Lehramt ja, Promotion nein ?

Doch diese Entwicklung ist offensichtlich primär auf den arbeitsmarktbedingten Rückzug aus Lehramtsstudiengängen zurückzuführen. Denn bei den Hochschulabsolventen insgesamt hat sich seit dem Prüfungsjahr 1976 an der Frauenquote nichts Wesentliches geändert. 1976 waren 37 % aller bestandenen Abschlußprüfungen an Hochschulen von Frauen abgelegt worden. Nach einem kurzzeitigen Anstieg bis auf 41 % im Jahr 1983 ging er inzwischen wieder etwas zurück. 1989 erreichte er 38 %. Darunter fallen auch die Promotionen, bei denen der Frauenanteil von 1976 (16 %) bis 1987 (31 %) stark anstieg, inzwischen aber wieder leicht rückläufige Tendenzen aufweist (1989 : 27 %).

Die Quote von 38 %, mit denen Frauen an den erfolgreichen Abschlußprüfungen an Hochschulen beteiligt sind, korrespondiert in etwa mit dem Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Studenten. Sie ist etwas geringer als der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Studienanfänger, der bis zum Studienjahr 1981 immerhin auf 46 % kletterte, seither allerdings wieder zurückfiel und derzeit wieder, wie schon Ende der 70er Jahre, bei 40 % liegt. Bei keiner dieser Quoten wird jedoch der entsprechende Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung erreicht.

Dies setzt sich noch stärker beim Hochschulpersonal fort. 1990 waren von den rund 5 060 zum hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personal an Hochschulen zählenden Personen 17 % Frauen.

Dieser Anteil hatte sich seit 1980 (12 %) langsam aufwärts entwickelt. Doch ist er nach wie vor bei den Professoren mit 4,9 % im Jahr 1990 (1980 : 5,1 %) sehr niedrig. Hier zeigt sich eine deutliche Abstufung : Unter den C4-Professoren waren 1990 gerade 1 % Frauen, bei den C2- und C3-Professoren lag der Frauenanteil bei 6,8 %. Wie aus den Ergebnissen der 1989 durchgeführten Individualerhebung des Hochschulpersonals hervorgeht, waren nur 3,9 % des habilitierten wissenschaftlichen und künstlerischen Hochschulpersonals Frauen. Daran wird sich in absehbarer Zeit nur wenig ändern : Unter den 333 Personen, die sich in den zehn Jahren von 1981 bis 1990 in Rheinland-Pfalz habilitierten, waren nur 16 (4,8 %) Frauen.

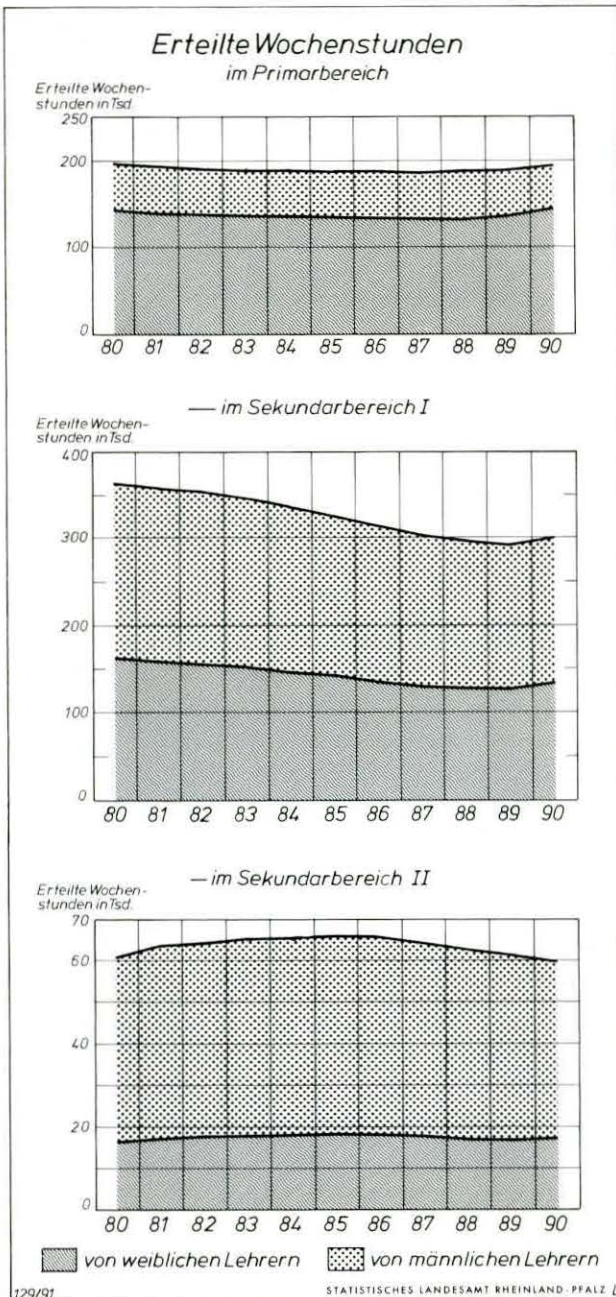


Etwas günstiger ist die Geschlechterrelation bei der zahlenmäßig größten Gruppe des Hochschulpersonals, den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern mit einem Frauenanteil von 22 % im Jahr 1990 (1980 : 16 %).

Völlig anders als an den Hochschulen mit nur wenig Frauen in Forschung und Lehre ist die Situation an den Schulen in Rheinland-Pfalz. Für die Erziehung und Unterricht der Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen waren im Schuljahr 1990/91 rund 32 000 hauptamtliche/hauptberufliche Lehrer eingesetzt. Wenig mehr als die Hälfte davon sind Frauen. Knapp unter der Hälfte waren es 1970 bei insgesamt 23 200 hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrern, ebenso 1980/81 bei 32 000 Lehrern.

Der Frauenanteil war und ist dabei je nach Schulart sehr unterschiedlich. An den Grund- und Hauptschulen lag er im Schuljahr 1990/91 bei 64 %, an den Realschulen bei 56 % und an den Sonderschulen bei 49 %. An den Gymnasien machten Frauen nur noch 36 % aus und an den berufsbildenden Schulen 30 %. Gegenüber dem Schuljahr 1980/81 haben sich diese Quoten geringfügig





gig erhöht, doch ist die Abstufung zwischen den Schularten geblieben. 1980/81 lag der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl hauptamtlicher / hauptberuflicher Lehrer an den Grund- und Hauptschulen bei 60 %, an Realschulen bei 54 %, an Sonderschulen bei 46 %, an Gymnasien bei 34 % und an berufsbildenden Schulen bei 28 %. Eine wesentliche Veränderung hat sich also nicht ergeben.

### Verlagerung von Voll- zur Teilzeitbeschäftigung

Im Betrachtungszeitraum vollzog sich eine deutliche Verlagerung von der Voll- zur Teilzeitbeschäftigung von Lehrern. Hiervon waren überwiegend Frauen betroffen. So sank der Frauenanteil an den Vollzeitbeschäftigten an den Schulen deutlich. Gleichzeitig stieg die Zahl der teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen enorm an.

Wesentlich aufschlußreicher sind die Veränderungen bei den erteilten Wochenstunden. Die „zunehmende Feminisierung des Lehrerberufes“ zeigt sich dabei in wesentlich abgeschwächter Form: 1980/81 wurden von allen 661 000 erteilten Lehrerwochenstunden an allgemeinbildenden Schulen (ohne vorschulische Einrichtungen) 51 % von Frauen erteilt. 1990/91 waren es von 591 000 Stunden 53 %. An den berufsbildenden Schulen sind für diese Zeitspanne nur marginale Veränderungen erkennbar. 1980/81 erteilten Frauen 27,5 % der 101 000 Stunden an berufsbildenden Schulen, 1990/91 waren es 27,8 % von 97 000 Stunden.

Noch deutlicher als bei der Analyse der schulartspezifischen Frauenanteile unter den Lehrern zeigen sich die Unterschiede bei der Betrachtung nach Schulstufen. In der Primarstufe wurden von allen Wochenstunden hauptamtlicher und nebenamtlicher Lehrer im Schuljahr 1990/91 74 % von Frauen erteilt (1980/81: 72 %), in der Sekundarstufe I waren es 44 % (45 %), und in der Sekundarstufe II der allgemeinbildenden Schulen entsprach die Frauenquote nahezu der an berufsbildenden Schulen, nämlich 29 % (1980/81: 27 %).

Noch stärkere Unterschiede weist die Geschlechterrelation bei den Schulleitern auf. Daten darüber werden in der amtlichen Statistik zwar nicht erhoben. Doch kann aus der Zahl der Fälle, in denen Anrechnungsstunden für Schulleiter geltend gemacht werden, auf die Zahl der Schulleiter geschlossen werden.

Im abgelaufenen Schuljahr wurden 227 Grundschulen, Hauptschulen sowie organisatorisch verbundene Grund- und Hauptschulen von Frauen geleitet. Das entspricht einer Frauenquote von 19 % an dieser Schulart, an der 51 % aller vollzeitbeschäftigten Lehrer Frauen sind (in der Regel werden Schulleitungsaufgaben nur vollzeitbeschäftigten Lehrern übertragen). Hier wird im Zeitablauf eine Veränderung erkennbar: 1980/81 waren bei einem Anteil von 54 % Frauen an der Gesamtzahl der vollzeitbeschäftigten Lehrer nur 13 % der Schulleiter weiblich, 1985/86 waren es 14 %, und seither steigt die Quote stärker. Aus einer für das Schuljahr 1989/90 durchgeführten Analyse geht hervor, daß die Frauenquote bei den Schulleitern an Grundschulen doppelt so hoch ist wie an Hauptschulen sowie organisatorisch verbundenen Grund- und Hauptschulen. Am häufigsten, nämlich in 34 % der Fälle, leiteten Frauen kleine Schulen mit bis zu 49 Schülern. Auch an den Schulen mit 50 – 99 Schülern war die Frauenquote mit 22 % noch überdurchschnittlich hoch. An den größeren Schulen lag sie dagegen unter dem Durchschnitt.

Nicht verändert hat sich der Anteil weiblicher Schulleiter an den Sonderschulen. Im Schuljahr 1990/91 standen ebenso wie schon 1980/81 knapp 12 % der Sonderschulen unter weiblicher Führung. Der Frauenanteil an den vollzeitbeschäftigten Lehrern liegt hier bei 40 %. Dagegen werden inzwischen mehr Realschulen von Frauen geleitet als noch im Schuljahr 1980/81. Damals waren 9 von 100 Schulleitern weiblich, im abgelaufenen Schuljahr waren es 14 von 108 (13 %) bei einer Frauenquote bei den Vollzeitlehrern von 40 % (1980: 45 %).



An den Gymnasien des Landes zeigt sich sogar eine rückläufige Entwicklung. 1990/91 waren 15 der 138 Schulleiter weiblich (11 %), 1980/81 waren es noch 19 von 148 (13 %). Gut ein Drittel der Schulleiterinnen an Gymnasien stehen einem privaten Mädchengymnasium vor. An den Gymnasien ist das Potential, aus dem sich weibliche Schulleiter rekrutieren können, im Vergleich zu den anderen allgemeinbildenden Schulen relativ klein, da nur 33 % der Vollzeitlehrer Frauen sind. Auch 1980 hatte diese Quote mit 26 % sehr niedrig gelegen.

Obwohl die berufsbildenden Schulen bei Vollzeitlehrern eine noch niedrigere Frauenquote (21 %) aufweisen, liegt hier die Frauenquote bei den Schulleitern mit 20 % im Schuljahr 1990/91 relativ hoch.

## Fazit

Die zunehmende Bildungsbeteiligung in den 70er Jahren, von der vor allem Mädchen weit überdurchschnittlich profitierten, hat sich auf Berufsausbildung und Studium, aber auch im Lehrbereich für Frauen nur

wenig ausgewirkt. Dies gilt jedoch nicht nur für den Bildungsbereich. Qualifizierte Arbeitsplätze sind nach wie vor geschlechtsspezifisch verteilt, Frauen in Führungspositionen selten. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Mit der Wahl des Berufes oder des Studienganges werden bereits erste Weichen gestellt, sowohl von Frauen als auch von Männern. In vielen Berufen, insbesondere in den sogenannten Männerberufen, aber auch in Führungspositionen, ist die immer noch fast nur für Frauen notwendige Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht gegeben. Auch hindern die Rahmenbedingungen vielfach an einem verstärkten Einsatz von Frauen, seien es ganztägige Betreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersstufen oder auch individuell flexibler gestaltbare Arbeitszeiten. Nicht zuletzt dürften immer noch bestehende Vorurteile auf der einen, mangelndes Selbstvertrauen auf der anderen Seite nach wie vor eine große Rolle spielen. Mit zunehmendem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften ist zu erwarten, daß das vorhandene Potential an gut ausgebildeten (weiblichen) Personen zunehmend „genutzt“ werden muß und wird.

Diplom-Volkswirtin Gertraud Kernich-Möhringer

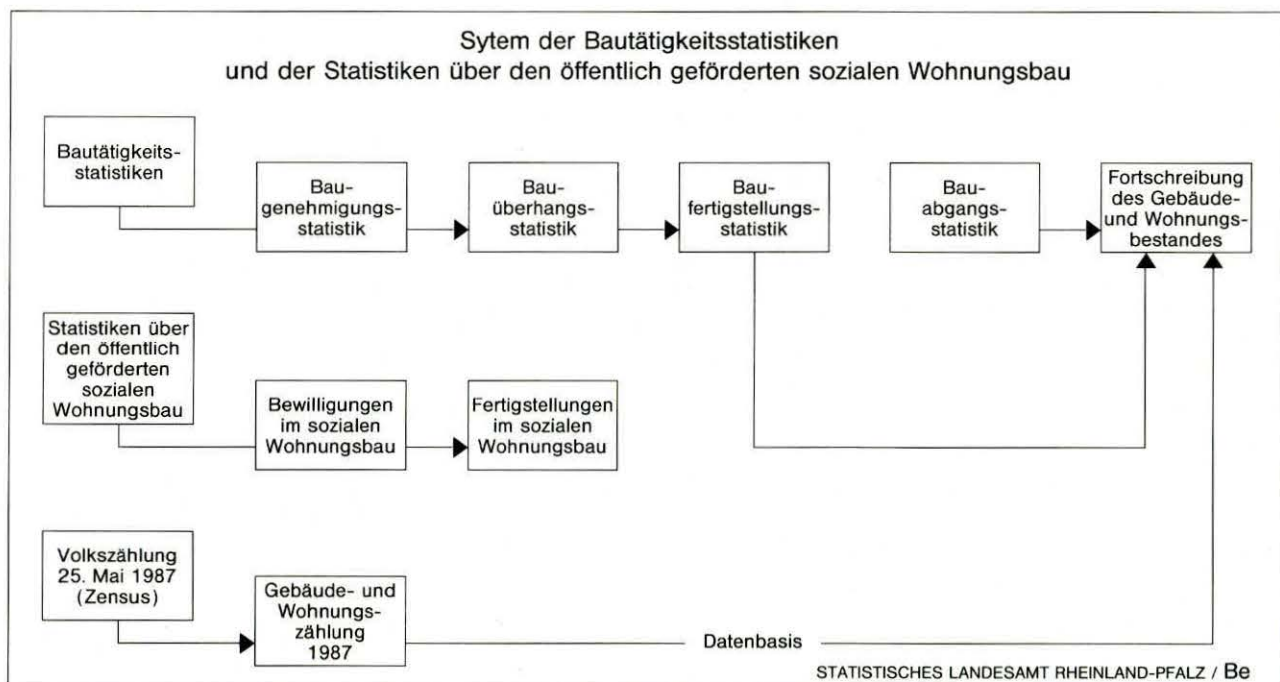
# Wohnungsbau 1990

## Datenquellen

Im Zusammenhang mit der Erteilung der für die Errichtung eines neuen Gebäudes oder die Durchführung einer Baumaßnahme an einem bestehenden Gebäude notwendigen Baugenehmigung werden statistische Daten durch die Statistischen Landesämter bei den Bauaufsichtsbehörden und den Bauherren erhoben.

Zwangsläufig können nur genehmigungspflichtige Baumaßnahmen erfaßt werden. Bei der Neuerrichtung

eines Gebäudes ist dies in der Regel jede Baumaßnahme, bei den Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden sind hingegen nur diejenigen Baumaßnahmen in den statistischen Ergebnissen enthalten, die nach baurechtlichen Vorschriften von der Bauaufsichtsbehörde zu genehmigen sind. Dabei handelt es sich nur um die baulichen Veränderungen, bei denen Wohn- oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird. Reine Instandsetzungsmaßnahmen werden nicht erfaßt, es sei denn, die Arbeiten werden in Verbindung mit einer genehmigungspflichtigen Baumaßnahme ausgeführt.





Baugenehmigungen und Baufertigstellungen 1990

Verwaltungsbezirk	Baugenehmigungen								
	Wohngebäude			Raum- inhalt	Wohnungen		Eigen- ge- nutzte Wohn- nungen	Wohn- räume	veran- schlagte Kosten der Bauwerke
	ins- gesamt	darunter mit			ins- gesamt	Wohn- fläche			
		1 Wohnung	2 Wohn- nungen						
	Anzahl			1 000 m <sup>3</sup>	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl		1 000 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	139	69	29	202	409	36,9	105	1 760	67 926
Landkreise									
Ahrweiler	391	280	68	379	649	68,2	312	3 117	129 391
Altenkirchen (Ww.)	408	318	60	385	606	66,6	363	3 056	125 952
Bad Kreuznach	538	387	109	541	1 111	94,9	357	4 436	186 031
Bad Kreuznach, St	133	81	33	188	502	34,8	74	1 586	65 662
Birkenfeld	206	139	38	236	385	40,0	175	1 910	77 229
Idar-Oberstein, St	71	42	11	98	183	18,3	56	839	33 228
Cochem-Zell	173	139	28	169	222	26,7	162	1 179	54 928
Mayen-Koblenz	565	401	103	567	884	98,1	492	4 427	196 818
Andernach, St	77	60	7	84	136	14,8	58	701	27 399
Mayen, St	38	23	10	43	65	7,2	31	310	14 669
Neuwied	423	309	73	436	710	75,3	373	3 665	140 101
Neuwied, St	200	135	38	231	399	41,2	158	1 945	73 393
Rhein-Hunsrück-Kreis	268	187	54	274	413	44,7	233	2 122	87 470
Rhein-Lahn-Kreis	386	280	66	404	634	67,7	355	3 140	130 130
Lahnstein, St	60	37	17	60	98	11,3	52	525	19 916
Westerwaldkreis	743	588	106	741	1 067	120,5	683	5 488	238 315
RB Koblenz	4 240	3 097	734	4 335	7 090	739,6	3 610	34 300	1 434 291
Kreisfreie Stadt Trier	160	100	20	201	433	39,0	130	1 864	63 694
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	271	211	43	257	377	40,7	248	1 994	85 025
Bitburg-Prüm	249	192	44	252	333	39,9	238	1 864	86 439
Daun	212	153	38	235	427	39,3	182	1 765	78 830
Trier-Saarburg	372	297	52	379	557	61,9	342	2 787	123 174
RB Trier	1 264	953	197	1 324	2 127	220,8	1 140	10 274	437 162
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	81	61	12	102	181	18,1	72	821	32 158
Kaiserslautern	87	52	18	146	260	18,6	64	1 134	58 305
Landau i. d. Pfalz	100	73	8	134	268	23,9	50	1 122	45 657
Ludwigshafen a. Rhein	400	332	16	405	929	75,2	202	3 587	131 607
Mainz	198	98	58	364	707	57,6	86	2 686	118 879
Neustadt a. d. Weinstr.	157	117	22	182	307	32,8	139	1 492	61 778
Pirmasens	33	22	5	36	58	6,4	23	298	12 478
Speyer	118	91	8	153	320	28,7	58	1 393	48 225
Worms	184	118	20	248	616	45,1	102	2 304	82 829
Zweibrücken	78	58	12	87	121	13,3	61	592	27 387
Landkreise									
Alzey-Worms	551	408	100	557	934	89,0	478	4 190	197 414
Bad Dürkheim	390	292	56	454	719	78,5	344	3 550	166 400
Donnersbergkreis	213	141	41	235	387	40,2	192	1 800	79 885
Germersheim	417	298	77	559	831	89,2	278	3 996	187 053
Kaiserslautern	385	247	106	401	590	69,6	313	3 120	135 729
Kusel	190	135	43	189	282	32,2	177	1 487	62 441
Südliche Weinstraße	306	234	52	356	530	60,5	263	2 724	124 775
Ludwigshafen	679	491	120	785	1 310	132,2	582	5 821	274 359
Mainz-Bingen	840	485	218	940	1 758	173,3	652	8 193	321 194
Bingen am Rhein, St	100	61	17	118	247	21,7	80	1 047	40 767
Ingelheim am Rhein, St	73	41	15	120	230	21,7	62	979	38 943
Pirmasens	308	249	47	325	419	51,0	279	2 312	107 981
RB Rheinhessen-Pfalz	5 715	4 002	1 039	6 659	11 527	1 135,8	4 415	52 622	2 276 534
Kammerbezirke									
Rheinhessen	1 773	1 109	396	2 109	4 015	365,1	1 318	17 373	720 316
Pfalz	3 942	2 893	643	4 550	7 512	770,6	3 097	35 249	1 556 218
Rheinland-Pfalz	11 219	8 052	1 970	12 318	20 744	2 096,1	9 165	97 196	4 147 987
Grenzregion Trier/Westpfalz <sup>2)</sup>	2 764	1 996	507	2 978	4 629	492,3	2 424	22 927	998 597
Kreisfreie Städte	1 735	1 191	228	2 262	4 609	395,8	1 092	19 053	750 923
Landkreise	9 484	6 861	1 742	10 056	16 135	1 700,4	8 073	78 143	3 397 064

1) Errichtung neuer Gebäude. - 2) Des Grenzraumes Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier / Westpfalz.

im Wohnbau<sup>1)</sup> nach Verwaltungsbezirken

Baufertigstellungen									Verwaltungsbezirke
Wohngebäude			Raum- inhalt	Wohnungen		Eigen- ge- nutzte Wohn- nungen	Wohn- räume	veran- schlagte Kosten der Bauwerke	
ins- gesamt	darunter mit			ins- gesamt	Wohn- fläche				
	1 Wohnung	2 Wohn- nungen							
Anzahl			1 000 m <sup>3</sup>	Anzahl	1 000 m <sup>2</sup>	Anzahl		1 000 DM	
128	80	28	150	247	25,7	96	1 195	48 853	Kreisfreie Stadt Koblenz
321	253	43	291	493	52,2	260	2 328	96 535	Landkreise
287	233	39	259	393	43,5	238	1 985	82 474	Ahrweiler
300	221	56	355	601	56,9	265	2 696	117 207	Altenkirchen (Ww.)
52	21	16	128	284	21,3	32	1 064	42 804	Bad Kreuznach
152	114	30	160	215	23,6	140	1 129	50 418	Bad Kreuznach, St
48	32	15	53	67	8,5	44	359	17 320	Birkenfeld
140	122	14	122	164	19,3	131	905	39 587	Idar-Oberstein, St
479	356	79	477	712	78,2	400	3 478	163 536	Cochem-Zell
61	47	11	68	82	9,6	47	431	22 373	Mayen-Koblenz
41	30	9	37	57	6,3	35	273	12 137	Andernach, St
337	260	53	327	502	54,8	304	2 607	102 169	Mayen, St
135	100	17	148	246	25,1	100	1 190	46 358	Neuwied
266	204	48	250	355	40,3	237	1 889	78 516	Neuwied, St
224	165	42	219	329	35,1	200	1 638	68 021	Rhein-Hunsrück-Kreis
31	18	10	28	50	5,1	27	250	9 382	Rhein-Lahn-Kreis
504	412	76	489	646	75,5	473	3 376	153 694	Lahnstein, St
									Westerwaldkreis
3 138	2 420	508	3 099	4 657	505,1	2 744	23 226	1 001 010	RB Koblenz
147	85	14	210	567	39,2	144	1 924	70 411	Kreisfreie Stadt Trier
296	254	35	225	357	35,4	235	1 845	741 583	Landkreise
226	175	44	213	293	33,0	202	1 526	72 773	Bernkastel-Wittlich
136	112	17	125	169	19,7	116	903	40 943	Bitburg-Prüm
251	214	30	230	303	36,5	229	1 720	73 212	Daun
									Trier-Saarburg
1 056	840	140	1 004	1 689	163,9	926	7 918	328 922	RB Trier
75	57	14	88	146	15,4	67	741	28 164	Kreisfreie Städte
73	40	14	133	410	23,1	51	1 155	48 388	Frankenthal (Pfalz)
107	85	15	115	181	17,7	83	972	36 837	Kaiserslautern
294	260	12	259	488	46,0	202	2 172	82 920	Landau i. d. Pfalz
359	251	54	658	1 438	102,1	268	5 021	208 937	Ludwigshafen a. Rhein
118	97	10	112	180	20,1	86	947	37 734	Mainz
25	20	3	24	32	4,0	18	188	8 169	Neustadt a. d. Weinstr.
99	78	7	123	240	21,5	91	1 015	38 136	Pirmasens
140	115	12	143	239	24,5	92	1 162	48 835	Speyer
55	41	8	51	80	8,4	24	374	15 880	Worms
									Zweibrücken
503	394	75	495	764	77,2	463	3 505	172 987	Landkreise
376	299	54	379	567	62,6	337	2 925	132 782	Alzey-Worms
190	133	37	203	308	32,4	178	1 479	67 451	Bad Dürkheim
420	332	63	491	667	73,4	359	3 350	153 808	Donnersbergkreis
296	195	88	282	421	47,9	269	2 159	92 790	Germersheim
166	139	24	153	200	24,2	154	1 123	49 623	Kaiserslautern
303	238	52	323	449	51,7	276	2 350	108 280	Kusel
485	388	73	452	651	74,2	394	3 346	153 534	Südliche Weinstraße
646	449	124	614	1 107	110,1	515	5 261	201 359	Ludwigshafen
59	30	19	68	155	12,1	52	617	22 374	Mainz-Bingen
68	50	6	74	132	13,1	47	613	23 420	Bingen am Rhein, St
248	191	48	255	336	39,7	216	1 792	81 948	Ingelheim am Rhein, St
									Pirmasens
4 978	3 802	787	5 353	8 904	876,4	4 143	41 037	1 768 562	RB Rheinhessen-Pfalz
1 648	1 209	265	1 910	3 548	314,0	1 338	14 949	632 118	Kammerbezirke
3 330	2 593	522	3 443	5 356	562,5	2 805	26 088	1 136 444	Rheinhessen Pfalz
9 172	7 062	1 435	9 456	15 250	1 545,5	7 813	72 181	3 098 494	Rheinland-Pfalz
2 261	1 713	392	2 265	3 691	367,3	1 976	17 317	743 589	Grenzregion
1 620	1 209	191	2 065	4 248	347,9	1 222	16 866	673 264	Trier/Westpfalz <sup>2)</sup>
7 552	5 853	1 244	7 391	11 002	1 197,6	6 591	55 315	2 425 230	Kreisfreie Städte Landkreise



Im einzelnen umfaßt der Bereich der Bautätigkeitsstatistiken die Baugenehmigungen, Baufertigstellungen, den Bauüberhang und den Bauabgang. Die Bauüberhangstatistik stellt die inhaltliche und organisatorische Verbindung zwischen Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsstatistik dar. Hier werden alle genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben am Jahresende nach ihrem Bauzustand registriert. Die Bauabgangsstatistik erfaßt alle Gebäude und Gebäudeteile, deren Nutzung sich verändert hat oder die durch Abbruch oder Schadensfälle der Nutzung entzogen wurden.

Mit den laufend erhobenen Daten der Bautätigkeitsstatistik werden die aus der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 gewonnenen Ergebnisse des Gebäude- und Wohnungsbestandes jeweils zum Jahresende fortgeschrieben. Eine Bestandsermittlung bzw. Fortschreibung für Nichtwohngebäude ist nicht möglich, da im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 der Nichtwohnbau nicht erfaßt worden ist.

Zu dem Komplex der Bautätigkeitsstatistiken können außerdem die Statistiken über den öffentlich geförderten Wohnungsbau (Bewilligungen bzw. Fertigstellungen im sozialen Wohnungsbau) gezählt werden. Es werden alle Förderungsfälle erfaßt, bei denen Mittel aus öffentlichen Haushalten für den Wohnungsbau bewilligt werden. Ein Nachweis über den Bestand an Sozialwohnungen kann nicht geführt werden, da sich die bewilligten und fertiggestellten Bauvorhaben auf das jeweilige Berichtsjahr beziehen.

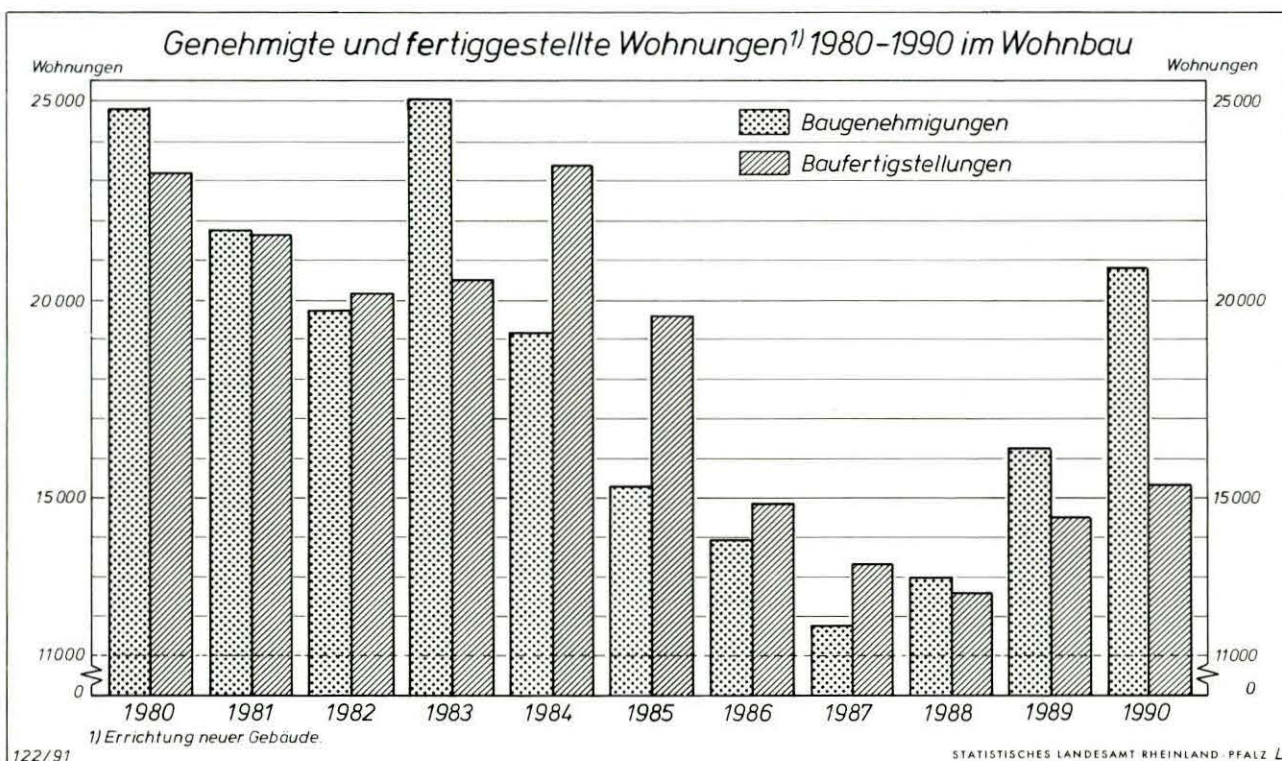
#### Wohnungsbau in der vergangenen Dekade Talsohle überwunden

Im Zeitraum von 1980 bis 1990 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt rund 116 000 neue Wohngebäude mit

200 000 Wohnungen zum Bau freigegeben. Im Jahre 1980 wurden 24 800 Wohnungsbaugenehmigungen registriert, in den beiden Folgejahren ließen sich die Bauherren jährlich etwa 20 000 Neubauwohnungen genehmigen. Die meisten Baufreigaben wurden 1983 (25 000) erteilt.

Eine spürbare Abwärtsentwicklung setzte im Jahre 1984 ein, in dem 6 000 Wohnungen weniger geplant wurden. Den vorläufigen Tiefpunkt markiert das Berichtsjahr 1987 mit nur noch rund 11 700 Wohnungsbaugenehmigungen. Im Vergleich zum Beginn der Dekade hatte sich die Bautätigkeit fast halbiert. Bei einer Differenzierung nach Gebäudearten stellt sich heraus, daß Eigenheime im Jahre 1987 mit 7 000 Genehmigungen gegenüber 1985 und 1986 (5 800 bzw. 6 400) gefragt waren, jedoch große Einbrüche bei Zweifamilienhauswohnungen und vor allem im Mehrfamilienhausbau zu verzeichnen waren. So wurden in diesen beiden Gebäudekategorien 1987 nur jeweils rund 2 300 Wohnungen geplant. Zum Vergleich: Im Spitzenjahr 1983 war die Errichtung von 6 700 Zweifamilienhauswohnungen und von 10 000 Mehrfamilienhauswohnungen vorgesehen gewesen. Im direkten Vergleich der Hochphase 1983 zu 1987 errechnen sich negative Veränderungsraten von 65 % für Zwei- und 77 % für Mehrfamilienhauswohnungen.

Mitverantwortlich für diese Entwicklung war unter anderem der eingeleitete Rückzug des Bundes aus dem sozialen Wohnungsbau. Im Vergleich zu 1983, als in Rheinland-Pfalz noch 5 800 Wohnungen öffentlich gefördert wurden, ging die Zahl der Wohnungsbaubewilligungen bis 1987 kontinuierlich bis auf 3 100 Wohnungen (-46 %) zurück. Parallel zur Entwicklung im gesamten Wohnungsbau war auch bei den geplanten Sozialwohnungen ein krasser Einbruch im Mietwohnungsbau festzustellen. So verringerten sich die Bewilli-





gungen der zur Vermietung vorgesehenen Sozialwohnungen von 1983 (2 746) um 70 % auf nur noch 825 Wohneinheiten im Jahre 1987.

Die Gründe hierfür sind in der damals als gesättigt anzusehenden Nachfrage nach Wohnraum zu sehen. Mangelnde Renditeaussichten im Mietwohnungsbau ließen die Investitionsneigung der gewerblichen Wohnungswirtschaft und der privaten Bauherren rasch absinken, obwohl die Rahmenbedingungen, insbesondere durch den zum damaligen Zeitpunkt niedrigen Kapitalmarktzins für Baugelder, äußerst günstig waren. Diese Tatsache machten sich in den Jahren 1985 bis 1987 offenkundig nur die zukünftigen Eigenheimbesitzer zu nutze.

Zudem war die Entwicklung des Wohnungsmarktes in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts so nicht vollständig voraussehbar. Der ursprünglich prognostizierte Bevölkerungsrückgang blieb durch die sich zunächst langsam, dann abrupt öffnenden Grenzen Osteuropas aus. Im Gegenteil: Durch Zuwanderer, Umsiedler und Asylanten stieg die Zahl der Haushalte vor allem in den Ballungsräumen rasch an. Weiter verstärkt wurde die Nachfrage nach Wohnraum durch die überdurchschnittliche Zunahme der Einpersonenhaushalte.

Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung vom 25. Mai 1987 erhärten diese These. Zu diesem Zeitpunkt waren von den knapp 1,5 Mill. Haushalten in Rheinland-Pfalz gut 420 000 Single-Haushalte (28,4 %).

Ferner darf nicht außer acht gelassen werden, daß ein Großteil der Wohnungsbautätigkeit nicht primär der Schaffung einer möglichst hohen Zahl zur Verfügung stehender Wohnungen dient, sondern auf eine rein quantitative Verbesserung der Wohnflächenversorgung je Person zielt. Im Vergleich der Totalerhebungen von 1968 und 1987 (Gebäude- und Wohnungszählung) stieg die je Person in Anspruch genommene Wohnfläche von knapp 24 m<sup>2</sup> um 57 % auf mehr als 37 m<sup>2</sup> an.

Zu Fehleinschätzungen über den zukünftigen Wohnraumbedarf kam es auch, weil keine brauchbaren Basisdaten vorlagen.

Nach Auswertung der Gebäude- und Wohnungszählung 1987 stellte sich heraus, daß die Ergebnisse der Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes auf der Basis der Totalerhebung von 1968 deutlich überhöht waren. Tatsächlich waren bundesweit rund eine Million und bezogen auf Rheinland-Pfalz fast 110 000 Wohnungen weniger vorhanden als angenommen. Diese Fehlbestände resultierten aus der nicht vollständigen Erfassung der Bauabgänge sowie aus der Tatsache, daß die zum Genehmigungszeitpunkt von den Bauherren aus steuerlichen Gründen konzipierten Einliegerwohnungen in Zweifamilienhäusern häufig nur noch als Einfamilienhaus genutzt wurden, weil der Gebäudeeigentümer sie nunmehr allein bewohnte. Die Dimension des seinerzeit zutage getretenen Fehlbestandes wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, daß die Zahl der Wohnungsbaufertigstellungen sich in einem Zeitraum von sieben Jahren – bei einer durchschnittlichen Jahresbauleistung von 14 300 bezugsreifen Wohnungen – verdoppeln müßte, um den eingetre-

tenen Fehlbestand zu beseitigen. Notwendige Baufertigstellungen dieser Größenordnung sind allerdings keine Utopie. In den Jahren 1972 bis 1974 wurden bereits vergleichbare Werte (1973: 35 500 fertiggestellte Wohnungen) erreicht.

Im Genehmigungszeitraum 1988 hatte sich die Investitionsneigung aller am Bau von neuen Wohnungen beteiligten Gruppen leicht verbessert. So stieg die Zahl der Baufreigaben von Wohnungen um 10 % erstmalig seit 1983 wieder an. In den Folgezeiträumen 1989 und 1990 festigte sich der Aufschwung zunehmend. Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahreszeitraum waren in beiden Jahren bei der Wohnungsanzahl Zuwachsraten von 25 bzw. 28 % zu beobachten.

### **Verstärkter Geschoßwohnungsbau für Aufschwung verantwortlich**

Mit Baugenehmigungen für 20 744 neue Wohnungen wurde im Jahre 1990 im rheinland-pfälzischen Wohnungsbau erstmals seit 1983 die Marke von 20 000 Baufreigaben wieder überschritten. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum errechnet sich eine Steigerung von 28 %.

Maßgeblich an der neuerlichen Aufwärtsentwicklung beteiligt war der geplante Bau von Mehrfamilienhauswohnungen. In dieser Gebäudekategorie ließen sich die Bauherren 8 419 Neubauwohnungen genehmigen, 83 % mehr als im Jahr zuvor, in dem 4 600 Einheiten geplant waren. Stark engagiert waren insbesondere die gemeinnützigen, gewerblichen und sonstigen Wohnungsbauunternehmen. Auf diese Bauherrngruppe entfielen 4 414 Baufreigaben, gefolgt von den privaten Bauherren mit 3 865 Wohnungen. Öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbscharakter waren nur geringfügig (140 Wohnungen) am Geschoßwohnungsbau beteiligt. Durchschnittlich wird jedes der 1 185 neuen Mehrfamilienhäuser sieben Wohnungen enthalten.

Auch im Zweifamilienhausbau – hier sollen 3 940 Wohnungen entstehen – verbesserte sich die Situation. Der entsprechende Vorjahreswert (3 010 Wohnungen) wurde um fast 31 % übertroffen. In dieser Gebäudekategorie dominierten die privaten Bauherren, auf die fast 90 % der geplanten Wohnungen entfallen.

Bei den Eigenheimen standen den 7 843 vorgesehenen Neuerrichtungen des Jahres 1989 im folgenden Genehmigungszeitraum 8 052 Baufreigaben gegenüber (+ 2,7 %). Seit 1985 weist der Einfamilienhausbau Jahr für Jahr positive Veränderungsraten auf. Wichtigste Investoren waren auch hier die Privathaushalte mit einer Quote von 85 %.

### **Mehr Wohnraum zur Vermietung vorgesehen**

Von insgesamt 20 411 Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern hatten die Bauherren im Jahre 1990 – Wohnheimwohnungen bleiben hier unberücksichtigt – 11 247 (55 %) zur späteren Vermietung vorgesehen. 1989 hatte diese Quote erst 46 % betragen.



Diese Steigerung ist auf den Rückgang der Eigennutzungsquote im Bereich Drei- und Mehrfamilienhaus zurückzuführen. Hier wollen nur noch 5 % der Bauherren eine der vorgesehenen 8 419 Wohnungen selbst nutzen. Im Zweifamilienhausbau, in dem naturgemäß die zweite Wohnung dem Mietwohnungsmarkt zugeführt wird, lag die Eigennutzungsquote bei 48 %. Von den neuen Einfamilienhäusern sollen 85 % vom Bauherren selbst bezogen werden.

Die hohe Vermietungsquote im Wohnbau insgesamt und im Geschößwohnungsbau im besonderen spiegelt deutlich das verbesserte Investitionsklima wider. Neben dem nach wie vor bedeutsamen Eigenheimbau haben binnen kurzer Zeit auch wieder die Investitionen in den Mietwohnungsbau einen hohen Stellenwert erlangt.

### Je Wohnung 100 Quadratmeter Wohnfläche

Mit 2,1 Mill. m<sup>2</sup> hatten die zukünftigen Gebäudeeigentümer gut 25 % mehr verfügbare Wohnfläche vorgesehen als 1989 (1,67 Mill. m<sup>2</sup>). Die durchschnittliche Wohnungsgröße lag bei 101 m<sup>2</sup>. Bei einer Differenzierung nach Gebäudearten errechnen sich bei der Wohnfläche quantitative Steigerungsraten von 6 % im Einfamilienhausbau (fast 1,1 Mill. m<sup>2</sup>), knapp 33 % in Zweifamilienhäusern (389 000 m<sup>2</sup>) und fast 80 % bei den Mehrfamilienhäusern (623 000 m<sup>2</sup>). In neuen Wohnheimen werden rund 10 000 m<sup>2</sup> neue Wohnfläche zur Verfügung stehen. Eigentümer und Mieter von Einfamilienhäusern werden im Schnitt 133 m<sup>2</sup> Wohnfläche nutzen können, in den neuen Zweifamilienhauswohnungen stehen 99 m<sup>2</sup> je Wohnung für Wohnzwecke zur Verfügung. Deutlich kleiner waren die geplanten Mehrfamilienhauswohnungen, die einen Mittelwert von 74 m<sup>2</sup> aufweisen.

Neben der Wohnfläche ist der Rauminhalt ein weiterer wichtiger Indikator für die Beurteilung der quantitativen Wohnungsbautätigkeit. Für das Jahr 1990 errechneten sich gegenüber 1989 analog zur Wohnfläche hohe Steigerungsraten: Insgesamt betrug der Rauminhalt aller genehmigten Wohnbauten 12,3 Mill. m<sup>3</sup>, 2,2 Mill. m<sup>3</sup> (+22 %) mehr als im vorangegangenen Berichtsjahr. Im Eigenheimbau bezifferte sich die Bau-

leistung auf knapp 6,8 Mill. m<sup>3</sup> umbauten Raumes (+5 %), Zweifamilienhäuser wiesen gut 2,2 Mill. m<sup>3</sup> auf (+31 %) und im Geschößwohnungsbau lag das Bauvolumen bei rund 3,2 Mill. m<sup>3</sup> (+77 %).

### Auftragsvolumen von mehr als 4 Milliarden DM

Bei der Betrachtung der veranschlagten Baukosten der Bauwerke wird die konjunkturelle Bedeutung des Wohnungsbaus deutlich. Mit einer Investitionssumme von gut 4,1 Mrd. DM für den Bau neuer Wohnungen hatten die Bauherren fast 900 Mill. DM mehr zu finanzieren (+26 %) als im Vorjahr, in dem fast 3,3 Mrd. DM in den Wohnungsbau flossen.

Unter Berücksichtigung aller Baumaßnahmen, also auch der Veränderungen an bereits bestehenden Gebäuden (Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen), beläuft sich das Finanzierungsvolumen 1990 auf rund 4,8 Mrd. DM (+28 %), gut 1 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. Bei den genannten Beträgen handelt es sich um reine Baukosten, d.h. Baunebenkosten, Kosten der Erschließung des Grundstücks sowie Grundstückskosten werden nicht in Ansatz gebracht.

Den größten finanziellen Anteil an den Neubauinvestitionen brachten wiederum die privaten Bauherren mit mehr als 3,2 Mrd. DM auf, gefolgt von den Unternehmen der Wohnungsbaubranche mit fast 870 Mill. DM. Eine untergeordnete Rolle spielten die Investitionen der öffentlichen Bauherren (32 Mill. DM) und der Organisationen ohne Erwerbscharakter (knapp 13 Mill. DM).

Allein für den Bau neuer Einfamilienhäuser, die in der Regel individuell und recht aufwendig gestaltet werden, hatten die zukünftigen Eigenheimbesitzer 2,26 Mrd. DM veranschlagt. Je Gebäude dieser Kategorie errechnete sich eine durchschnittliche Investitionssumme von 281 000 DM. Die Finanzmittel für den Zweifamilienhausbau bezifferten sich 1990 auf 750 Mill. DM; hier kostete ein Gebäude im Schnitt 100 000 DM mehr. Für Wohngebäude mit mehreren Wohneinheiten waren Mittel in Höhe von 1,08 Mrd. DM bereitzustellen. Die Baukosten je Mehrfamilienhaus waren mit 913 000 DM höher als im

Baugenehmigungen im Wohnungsbau<sup>1)</sup> 1982 – 1990 in Fertigteilbauweise

Jahr	Gebäude	Veranschlagte reine Baukosten	Wohnfläche	Veränderungen zum Vorjahr		
				Gebäude	Veranschlagte reine Baukosten	Wohnfläche
	Anzahl	1 000 DM	1 000 m <sup>2</sup>	%		
1982	1 344	325 530	174,9	- 26,9	- 21,4	- 28,0
1983	1 822	448 772	235,8	35,6	37,9	34,8
1984	1 493	375 868	202,1	- 18,1	- 16,2	- 14,3
1985	1 141	299 563	158,5	- 23,6	- 20,3	- 21,6
1986	1 380	351 626	180,1	20,9	17,4	13,6
1987	1 089	286 659	141,8	- 21,1	- 18,5	- 21,3
1988	1 297	340 862	167,6	19,1	18,9	18,2
1989	1 184	309 413	151,2	- 8,7	- 9,2	- 9,8
1990	1 236	355 854	173,4	4,4	15,0	14,7
1982 – 1990	11 986	3 094 147	1 585,4	X	X	X

1) Errichtung neuer Gebäude.



Vorjahr (846 000 DM) zu veranschlagen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß 1990 je Mehrfamilienhaus 7,1 Wohnungen vorgesehen waren, 1989 hingegen 6,6 Einheiten.

### Vorgefertigte Wohnungen mehr gefragt

An der gestiegenen Wohnungsbautätigkeit partizipierten auch die Hersteller von Fertighäusern. Im Wohnungsbau wurden 1 236 neue Gebäude mit 1 720 Wohnungen zum Bau freigegeben. Gegenüber dem Vorjahr errechnet sich eine Steigerung von 4,4 bzw. 26,6 %.

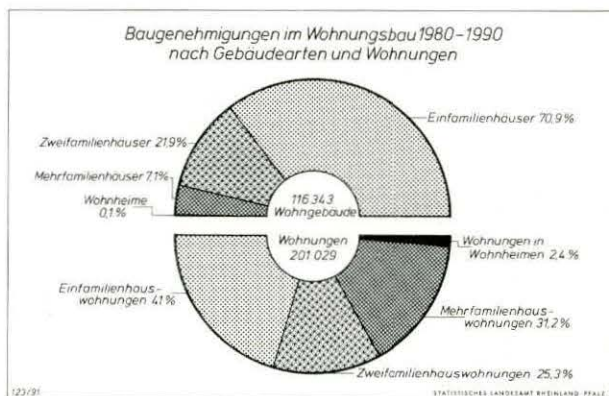
Diese Zuwachsraten reichten aus, die im Jahre 1989 erreichten Marktanteile der Fertighausbranche am gesamten Wohnungsbau in etwa zu behaupten. Bei den Gebäuden nahm der Fertighausanteil um 0,8 % auf nunmehr 11 % ab, bei den Wohnungen konnte der Marktanteil mit 8,3 % (Vorjahr 8,4 %) gehalten werden. Bei Eigenheimen mit einer Wohnung waren die Fertighaushersteller stärker vertreten. Hier erreichten sie einen Anteil von 12,7 % an allen Wohnungsbaufreigaben. Die entsprechenden Quoten für Zwei- und Mehrfamilienhäuser lagen bei 9,9 bzw. 3,6 %.

Insgesamt wollen die zukünftigen Fertighauseigentümer 356 Mill. DM in ihre Gebäude investieren, 46 Mill. DM mehr als ein Jahr zuvor. Bei einer durchschnittlichen Wohnfläche von 101 m<sup>2</sup> kostete eine vorgefertigte Wohnung im Schnitt 207 000 DM. Je Quadratmeter Wohnfläche waren 2 052 DM von den Bauherren zu kalkulieren, der Kubikmeter umbauten Raumes kostete 347 DM. In den ländlichen Gebieten sollen deutlich mehr Fertighäuser entstehen. So entfielen auf die rheinland-pfälzischen Landkreise 1 129 Baufreigaben (91 %), während in den kreisfreien Städten nur 107 Gebäude errichtet werden sollen. Allein für den Landkreis Alzey-Worms errechnet sich mit 116 Baugenehmigungen eine größere Anzahl als in allen kreisfreien Städten des Landes.

### Fossile Brennstoffe weiterhin Hauptenergielieferanten

Bei einer Untersuchung der vorwiegend verwendeten Energieträger für die Beheizung der genehmigten Gebäude stellt sich heraus, daß fossile Brennstoffe weiter dominieren und auf alternative Energiequellen als Hauptwärmelieferanten nach wie vor nicht zurückgegriffen wird oder werden kann. Da im Bauantrag ausdrücklich nach dem vorwiegenden Energieträger gefragt wird, bleiben Zusatzsysteme alternativer Prägung unberücksichtigt. Die totale Dominanz der konventionellen Energiequellen bedeutet daher nicht, daß auch ausschließlich mit diesen geheizt wird und nicht alternative Quellen unterstützend bzw. in anderen Bereichen (zum Beispiel Warmwasserversorgung) eingesetzt werden.

Mit dem Energieträger Gas wollen die Bauherren fast 60 % der neuen Wohngebäude beheizen, auf Ölheizungen entfielen gut 38 %. Bei nur noch 30 (0,3 %) der insgesamt 11 219 Wohnbauten finden Kohle bzw. Koks Verwendung. Stromheizungen werden nur zu einem kleinen Teil (1,6 %) zum Einsatz kommen.



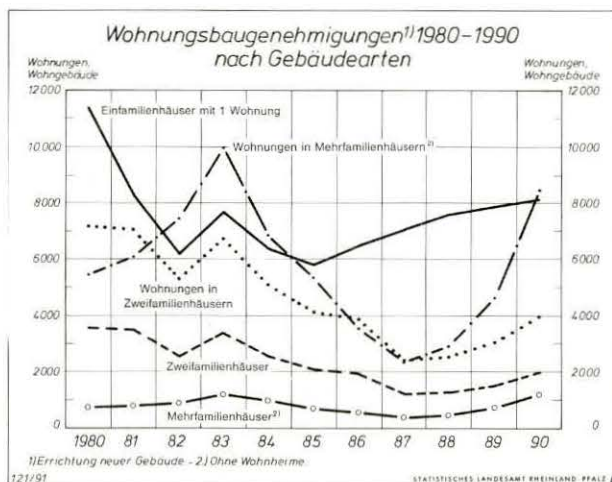
Bei der Differenzierung nach der Heizungsausstattung stellt sich heraus, daß die Bauherren der Zentralheizung (94,4 %) eindeutig den Vorzug gaben. In 4 % der Gebäude wird eine Etagenheizung installiert werden und in nur 1 % der Gebäude war eine Einzelraumheizung vorgesehen. Auf Blockheizungs- bzw. Fernwärmesysteme griffen 0,2 bzw. 0,3 % der Bauherren zurück.

### Ziegel und Mauersteine bevorzugte Baustoffe

Die Bautätigkeitsstatistik liefert auch differenzierte Daten über die im Wohnungsbau verwendeten Baustoffe. Dabei wird zunächst in die Merkmale Skelettbauweise bzw. Massivbauweise untergliedert. Diesen Konstruktionsmerkmalen werden dann die einzelnen Baustoffe zugeordnet. Im Skelettbau sind dies Stahl, Stahlbeton, Holz und sonstige Baustoffe. Bei der Massivbauweise werden Stahlbeton, Ziegel, sonstiger Mauerstein und sonstige Baustoffe unterschieden.

Für eine massive Bauweise haben sich im abgelaufenen Berichtsjahr fast 90 % aller Bauherren entschieden. Bei den 10 045 Wohngebäuden dieser Konstruktionsart sollen in 7 330 Fällen sonstige Mauersteine verbaut werden (73 %), es folgen 2 183 Ziegelbauten (21,7 %). In Stahlbetonausführung kamen 462 Wohngebäude (4,6 %) zur Genehmigung.

Bei der Skelettbauweise lagen die Präferenzen der Bauherren eindeutig beim Holz. Von 1 174 geplanten Wohnhäusern sollen 1 086 (92,5 %) in Holzbauweise ausgeführt werden.





Wohnungsbestand<sup>1)</sup> und Wohnungsversorgung  
in Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 1990

Verwaltungsbezirk	Wohnungsbestand	
	insgesamt	je 1 000 Einwohner <sup>2)</sup>
Kreisfreie Stadt Koblenz	51 292	474
Landkreise		
Ahrweiler	48 298	418
Altenkirchen (Ww.)	47 999	384
Bad Kreuznach	60 251	405
Bad Kreuznach, St	18 754	461
Birkenfeld	36 759	425
Idar-Oberstein, St	14 996	446
Cochem-Zell	24 865	405
Mayen-Koblenz	77 467	402
Andernach, St	11 507	414
Mayen, St	8 089	427
Neuwied	66 920	413
Neuwied, St	26 913	437
Rhein-Hunsrück-Kreis	37 187	403
Rhein-Lahn-Kreis	48 797	406
Lahnstein, St	8 487	461
Westerwaldkreis	67 072	379
RB Koblenz	566 907	408
Kreisfreie Stadt Trier	45 903	472
Landkreise		
Bernkastel-Wittlich	43 693	407
Bitburg-Prüm	36 516	401
Daun	24 087	412
Trier-Saarburg	47 144	371
RB Trier	197 343	410
Kreisfreie Städte		
Frankenthal (Pfalz)	20 374	437
Kaiserslautern	49 632	504
Landau i. d. Pfalz	16 089	435
Ludwigshafen a. Rhein	72 843	452
Mainz	87 507	492
Neustadt a. d. Weinstr.	22 801	442
Pirmasens	23 022	486
Speyer	20 267	440
Worms	33 056	436
Zweibrücken	15 364	455
Landkreise		
Alzey-Worms	39 507	380
Bad Dürkheim	51 305	414
Donnersbergkreis	27 380	396
Germersheim	41 692	386
Kaiserslautern	43 837	445
Kusel	30 036	395
Südliche Weinstraße	39 277	390
Ludwigshafen	54 242	403
Mainz-Bingen	68 314	401
Bingen am Rhein, St	10 414	441
Ingelheim am Rhein, St	8 767	414
Pirmasens	40 055	401
RB Rheinhessen-Pfalz	796 600	428
Kammerbezirke		
Rheinhessen	228 384	432
Pfalz	568 216	426
Rheinland-Pfalz	1 560 850	418
Grenzregion Trier / Westpfalz <sup>3)</sup>	463 428	425
Kreisfreie Städte	458 150	467
Landkreise	1 102 700	401

1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden. - 2) Einwohner am 30. 6. 1990. - 3) Des Grenzraumes Saarland-Lothringen-Luxemburg-Trier / Westpfalz.

Steigende Zahl bezugsreifer Wohnungen

Die in den Jahren 1988 und 1989 sprunghaft angestiegene Zahl der Baugenehmigungen hat sich bereits im Jahre 1990 positiv auf die Zahl der Baufertigstellungen ausgewirkt. Da bei Wohngebäuden in der Regel von einer Bauzeit von ein bis zwei Jahren bis zur Bezugsreife ausgegangen werden muß, deuten die weiter steigenden Baufreigaben darauf hin, daß der anhaltend hohen Wohnungsnachfrage der kommenden Jahre voraussichtlich ein ausreichendes Angebot entgegen stehen wird. Eine wie bisher betriebene konsequente Eigentumsförderung, die bereits vorhandenen, oft preisgünstigeren Wohnraum freierwerden läßt, und ein verstärkter Mietwohnungsbau werden mittelfristig Angebot und Nachfrage am Wohnungsmarkt wieder in Einklang bringen können.

1990 konnten 15 250 Neubauwohnungen an die Eigentümer übergeben werden, 5,2 % mehr als 1989 (14 497 Wohnungen). Unter Berücksichtigung der Baumaßnahmen an vorhandenen Bauten erhöhte sich die Zahl der bezugsreifen Wohnungen noch einmal um mehr als 1 600 Einheiten auf insgesamt 16 906 Wohnungen. Zwar spielt der Nichtwohnbau im Bereich der Wohnungen nur eine untergeordnete Rolle, jedoch wird auch in Wirtschafts- und Öffentlichkeitsbauten Wohnraum geschaffen, der in den Wohnungsbestand mit einfließt. Im vergangenen Jahr wurden in Nichtwohnbauten 376 Wohnungen fertiggestellt (einschl. Baumaßnahmen), die den Rohzugang an Wohnungen in Rheinland-Pfalz auf insgesamt 17 282 erhöhten; damit lag der Rohzugang an Wohnungen um 7 % über dem Vorjahr.

In den kreisfreien Städten mit einer besonders starken Wohnungsnachfrage konnten 4 561 (Vorjahr 3 281) Wohnungen neu bezogen werden (+ 39 %), in den Landkreisen wurden 12 721 (12 874) Einheiten fertiggestellt (- 1,2 %). Von einer gegenteiligen Entwicklung kann trotz der unterschiedlichen Veränderungsraten nicht gesprochen werden. Bei näherer Betrachtung der großen Städte und der Landkreise stellt sich heraus, daß die Entwicklung der Baufertigstellungen in den Verwaltungsbezirken nicht homogen verläuft. So stehen im Kreis Kaiserslautern 834 Wohnungsbaufertigstellungen des Jahres 1989 im vergangenen Jahr nur noch 500 bezugsreife Wohnungen gegenüber (- 40 %). Das Absinken der Baufertigstellungen wird erklärt durch den geplanten bzw. bereits begonnenen Truppenabbau der amerikanischen Streitkräfte, deren Angehörige zu einem beträchtlichen Teil privatrechtlich gemietete Wohnungen bewohnen (GWZ 1987: 1 133 Wohnungen). Das Freiwerden vorhandenen Wohnraums vergrößert das bestehende Wohnraumangebot und führt zu einer Dämpfung der Wohnungsbauproduktion. Im Kreis Alzey-Worms verlief die Entwicklung umgekehrt: einem Rohzugang von 884 Wohnungen standen 1989 nur 671 Wohneinheiten gegenüber (+ 32 %). In anderen Gebieten wie dem Landkreis Mayen-Koblenz wurden 1989 (803) genau so viele Wohnungen bezugsreif wie 1990 (810).

Die meisten Wohnungen wurden 1990 in der Landeshauptstadt Mainz, wo auch die Nachfrage nach Wohnraum am größten ist, fertiggestellt. Hier hat sich der Roh-



zugang im Vergleichszeitraum von 730 auf 1 502 Wohnungen mehr als verdoppelt (+ 106 %).

**Zuzug nach Rheinland-Pfalz läßt Wohnungsversorgungsggrad stagnieren**

Trotz steigender Wohnungsbaufertigstellungen in den Jahren 1989 und 1990 stagniert die Wohnungsversorgung in Rheinland-Pfalz. Mit 418 Wohnungen je 1 000 Einwohner am 31. Dezember 1990 blieb der Versorgungsgrad seit Ende 1987 nahezu unverändert. Dies bedeutet, daß in den letzten vier Jahren die jährlichen Baufertigstellungen jeweils den zusätzlich entstandenen Wohnraumbedarf decken konnten, die Wohnraumversorgung insgesamt aber unverändert blieb. Hauptursache für die gestiegene Nachfrage nach Wohnungen ist der Zuzug von Personen in das Bundesland Rheinland-Pfalz. Allein vom 31. Dezember 1989 bis Mitte 1990 vergrößerte sich die Einwohnerzahl um 30 000 Personen. Bei einer durchschnittlichen Familiengröße

von rund 2,5 Personen oder einer angenommenen Zahl von etwa 30 % Einpersonenhaushalten (GWZ 1987 : 28,4 %) bedeutet dies – bezogen auf die ersten sechs Monate des Jahres 1990 – eine zusätzliche Nachfrage von etwa 10 000 Wohneinheiten durch Zuwanderer.

Der gesamte Wohnungsbestand in Wohn- und Nichtwohngebäuden bezifferte sich am Jahresende 1990 auf 1 560 850 Wohnungen mit 7,5 Mill. Räumen. Jedem Rheinland-Pfälzer standen damit 2 Wohnräume mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von zusammen fast 40 m<sup>2</sup> zur Verfügung. Dominierender Wohnungstyp waren zu 25 % Vierraumwohnungen (397 000) bzw. Fünfraumwohnungen (325 000), die zu knapp 21 % am Wohnungsbestand vertreten sind. Kleinere, gerade für Einpersonenhaushalte so wichtige Ein- bzw. Zweiraumwohnungen, weisen weit geringere Bestandsquoten von nur knapp 2 bzw. 4 % auf.

Diplom-Betriebswirt (FH) Arthur Hesseler

**Ernteerträge und -aussichten 1991**

Angaben zur Ertragsentwicklung landwirtschaftlicher Kulturen sind immer schon sehr frühzeitig gefragt. Erste Vorausschätzungen durchschnittlicher Hektarerträge bei Getreide entstehen auf der Grundlage von Trendberechnungen und Witterungsdaten. Sie basieren auf der Annahme, daß sich die Witterung in den kommenden Monaten im Rahmen der üblichen Schwankungen unseres Klimas bewegt. Selbstverständlich können solche Berechnungen nur für das Bundesgebiet erfolgen. Zudem sind diese Daten erfahrungsgemäß sehr unsicher, insbesondere auch in Jahren mit außergewöhnlichen Witterungsbedingungen.

**Erste Prognosen für Rheinland-Pfalz durch Ernteberichterstatte**

Erntevorausschätzungen für Rheinland-Pfalz liegen erst mit Beginn der Ernteberichterstattung durch die ehrenamtlich tätigen Sachverständigen vor. Diese geben ihre Beurteilungen des Wachstumstandes und die Ertragsschätzungen für die jeweiligen Kulturen zu

den in der nachstehenden Übersicht angegebenen Terminen ab.

Insgesamt berichten in Rheinland-Pfalz rund 1 200 Sachverständige, in erster Linie praktische Landwirte und Winzer, zumeist über die Verhältnisse in ihrer Wohngemeinde. Als Berichterstatte für den Berichtszweig Feldfrüchte und Grünland sind rund 600 Personen tätig, für Weinmost 400, für Gemüse und Erdbeeren 80 sowie für Baum- und Strauchbeerenobst 100.

Bei Getreide und Kartoffeln erfolgt noch zusätzlich die „Besondere Erntemittlung“ (BEE), aus der jedoch erst Ende August ein vorläufiges Ergebnis erstellt werden kann. Hierbei handelt es sich um Messungen der Erträge auf stichprobenartig ausgewählten Feldern. Sie werden in Form von Probeschnitten und auf einem Teil der Felder auch durch Verwiegung des gesamten Drusches vorgenommen. Durch dieses zusätzliche und relativ aufwendige, objektive Verfahren sind die Ergebnisse für Getreide als der wichtigen Fruchtart auf dem Ackerland und auch für Kartoffeln vergleichsweise

**Berichtstermine der Ernteberichterstattung**

Berichtssparte	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November
Feldfrüchte und Grünland	15.		30.	31.	31.	30.	31.	30.
Gemüse und Erdbeeren		15.	15.	20.	20.	20.	20.	
Obst		20.	10.	10.	30.		30.	
Weinmost		24.		5.u.30.	24.	24.	15.	20.



zuverlässiger als bei den übrigen Feldfrüchten, für die nur subjektive Schätzungen des Ertrages durch die Berichterstatter vorliegen. Bei den für Rheinland-Pfalz bedeutenden Obstarten, Sauerkirschen und Äpfel, sowie für Weinmost wird allerdings das endgültige Ergebnis auch noch durch aus Betrieben stammende Meldungen abgesichert, die von den befragten Erzeugern freiwillig abgegeben werden.

## Zu kühles Frühjahr

Nach drei milden Wintern in Folge, wobei es 1988/89 und 1989/90 allgemein zu warm und überwiegend zu trocken, 1987/88 dagegen bei überdurchschnittlichen Temperaturen zu naß war, wurde der letzte Winter erstmals wieder seinem Namen gerecht. Dafür blieb das Frühjahr jedoch überwiegend zu kühl und verursachte mit verspäteten Frosttagen erhebliche Entwicklungsstörungen und Schäden, insbesondere bei Sonderkulturen.

Für die Winterungen ermöglichte das Herbstwetter 1990 bei guter Wasserversorgung der Böden ein rasches und gleichmäßiges Auflaufen der Getreidesaaten. Auch der Aufgang von Winterraps Anfang September wurde durch Niederschläge begünstigt. Von Ende November an stellte sich dann allmählich eine Vegetationsruhe ein, die bis zum allgemeinen Vegetationsbeginn im März lediglich Anfang Januar etwas gelockert wurde. Die Wachstumsstände von Winterweizen, -roggen, -gerste und -raps wurden von den Ernteberichterstellern Anfang Dezember im Rahmen der Beurteilungsskala von 1 – 5 je nach Fruchtart mit 2,4 bis 2,6 benotet und damit besser als normal.

Während die mäßigen Fröste Mitte Januar durch ihre positive Wirkung hinsichtlich eines Schädlings- und Pilzbefalls nur von Vorteil waren, wurden erstmals Ende Januar / Anfang Februar Minusgrade erreicht, die Schäden an Raps und Gerste möglich machten. Schutz bot jedoch sehr schnell eine Schneedecke im Februar, die erst gegen Ende des Monats wieder bei einsetzenden frühlingshaften Temperaturen taute. Anfang März trockneten die Felder zügig ab, so daß die Aussaat der Sommerungen auf günstige Bedingungen traf. Ansteigende Temperaturen und unterschiedlich starke Niederschläge ermöglichten in der Regel einen zügigen Anfang. In der zweiten Aprilwoche wurde in der Pfalz der Mais ausgesät. Eine Woche später schon brachte ein Kälteeinbruch strenge Fröste, die vor allem im Obst- und Weinbau Schaden anrichteten. Auch hatte der Frost viele Zuckerrübenherzeuger in diesem Frühjahr gezwungen, ihre Felder neu einzusäen. In den beiden folgenden Monaten blieben die Temperaturen unter dem mehrjährigen Mittelwert, so daß nur eine verhaltene Vegetationsentwicklung zu beobachten war.

## Aussichten änderten sich mit dem Wetter

Durch die starken Fröste im Februar sind im Gegensatz zum letzten Jahr beim Getreide Auswinterungsschäden aufgetreten, die sich jedoch in Grenzen hielten. Lediglich beim Winterraps ist mit 2 % ein nennenswerter Flächenanteil ausgewintert.

Der Wachstumsstand der Wintersaaten Mitte April war noch zufriedenstellend. Mit Noten zwischen 2,5 und 2,9 wurde er nur wenig schlechter als 1990 beurteilt. Im weiteren Vegetationsverlauf bis Juni entwickelten sich die Pflanzen angesichts der niedrigen Temperaturen aber nur langsam. Hinzu kamen überwiegend unterdurchschnittliche Regenfälle, die trotz der witterungsbedingt geringeren Verdunstung überwiegend zu einer negativen Wasserbilanz führten. Die zwischenzeitliche Erwärmung Ende Mai war zwar von Vorteil, die gleichzeitig zurückgehende Bodenfeuchte konnte jedoch bei Getreide in der Phase des Ährenschiebens und der Blüte zum begrenzenden Faktor werden. Von daher waren erste Prognosen für die Getreideernte auch eher verhalten positiv. Erst die ansteigenden Temperaturen gegen Ende Juni begünstigten die Wachstumsprozesse wieder. Auch durch die ergiebigen Niederschläge in der zweiten Junihälfte bis Anfang Juli hatten sich die Kulturen deutlich erholt, so daß sich berechnete Aussichten auf eine normale Getreideernte ergaben.

## Getreideaufkommen kann Vorjahresniveau leicht übertreffen

Die Wintergerstenbestände begannen bei hochsommerlichem Wetter Anfang Juli abzureifen, so daß Ende der ersten Julidekade in den südlichen Landesteilen, wenn auch ca. 14 Tage später als normal, mit der Getreideernte begonnen werden konnte. Durch zwischenzeitliche Niederschläge wurden die Erntearbeiten jeweils nur kurz unterbrochen. Zieht man die Schätzungen der Ernteberichterstatter zum vergleichbaren Vorjahreszeitpunkt als Maßstab heran, wird lediglich bei der Wintergerste im Durchschnitt ein geringerer Hektarertrag erwartet. Ertragseinbußen dürften einerseits durch Trockenschäden, vor allem an leichten Standorten, andererseits in durch das Gelbverzwergungsvirus geschädigten Beständen auftreten. Nicht betroffene Bestände versprechen dagegen eher einen guten Ertrag.

Bei einem Vergleich der in der Tabelle angegebenen endgültigen Hektarerträge 1990 und der mehrjährigen Durchschnittswerte aus der BEE mit den subjektiven Vorschätzungen der Berichterstatter ist in der Regel

Anbaufläche und Hektarertrag für Getreide, Winterraps und Frühkartoffeln 1990 und 1991

Fruchtart	Anbaufläche		Hektarertrag			
	1990	vorläufig	D 1985/90	endgültig	vorläufig Anfang August	
		1991		1990	1990	1991
	1 000 ha			dt		
Winterweizen	90,6	87,1	56,3	55,9	51,4	52,3
Sommerweizen	1,5	1,7	-	44,3	42,2	42,7
Hartweizen (Durum)	4,2	4,3	-	46,3	42,9	43,9
Triticale	6,1	6,9	-	51,2	47,4	48,3
Roggen	24,8	18,5	43,6	46,3	43,4	44,0
Wintermenggetreide	1,3	1,1	43,8	45,8	42,8	43,8
Wintergerste	40,0	40,2	51,1	59,6	51,2	49,0
Sommergerste	96,5	101,0	42,8	45,5	40,9	42,0
Hafer	27,7	25,6	37,8	36,2	36,3	37,5
Sommermenggetreide	4,4	4,4	-	40,7	37,0	38,0
Winterraps	28,5	28,6	27,0	23,4	23,8	26,7
Frühkartoffeln	3,8	3,5	289,3	309,8	274,0	247,0



eine Unterschätzung der endgültigen Ertragslage anzunehmen. Findet dies Berücksichtigung, kann bei Wintergerste, -weizen und Roggen ein leicht überdurchschnittlicher Hektarertrag erwartet werden. Bei Wintergerste würde jedoch das gute Vorjahresergebnis anders als bei Winterweizen und Roggen deutlich unterschritten. Insbesondere bei Hafer wird der mehrjährige Durchschnittswert nach den bisherigen Schätzungen überschritten. Damit dürfte der Hafer nach zwei ertragschwachen Jahren erstmals wieder einen besseren Ertrag bringen. Für die in Rheinland-Pfalz bedeutendste Getreideart, die Sommergerste, lassen die Schätzungen der Ernteberichterstatte unter Berücksichtigung der möglichen Unterschätzung einen Durchschnittsertrag erwarten, der ebenfalls über dem mehrjährigen Vergleichswert aus der BEE liegt. Dies spricht gegen Befürchtungen, die Sommergerste habe unter der trockenen und kalten Witterung im April und Mai gelitten.

## Anbaufläche und Hektarertrag für Rohfutter 1990 und 1991

Fruchtart	Anbau- fläche (vor- läufig)	Hektarertrag <sup>1)</sup>			
		1. Schnitt			end- gültig
	1991	D 1985/ 90	1990	1991	1990
	1000 ha	dt			
Rohfutter	-	54,8	52,0	47,8	66,2
Wiesen	87,5 <sup>2)</sup>	53,2	50,8	46,3	63,8
Mähweiden	84,3 <sup>2)</sup>	55,9	52,4	48,8	68,2
Grasanbau auf dem Ackerland	3,4	58,0	56,3	51,1	69,2
Klee, Klee gras und Klee-Luzerne-Gemisch	3,9	61,2	59,5	54,5	70,3
Luzerne	1,1	61,2	60,3	57,0	70,5

1) Grünmasseertrag im Verhältnis 4 : 1 in Heu umgerechnet. - 2) 1990.

Das Ernteaufkommen wird vor allem beim Roggen durch den starken Rückgang der Anbaufläche (- 25 %) niedriger als im Vorjahr ausfallen. Selbst mögliche Ertragssteigerungen aufgrund des vermehrten Anbaus auf besseren Standorten und der zunehmenden Aussaat von Hybridsorten können dies nicht ausgleichen. Die erheblichen Ungleichgewichte auf dem Roggenmarkt, bedingt durch hohe Lagerbestände sowie nunmehr auch einen verminderten Qualitätszuschlag bei der Intervention, haben das Interesse am Roggenanbau zurückgehen lassen. Etwas eingeschränkt wurde der Anbau von Winterweizen (- 3,8 %), weiter ausgedehnt dagegen die Anbauflächen von Triticale (+ 14 %). Insgesamt betrachtet wird sich die diesjährige Getreideernte bei einem Rückgang der Anbaufläche von rund 2 % voraussichtlich um 1,5 Mill. t bewegen.

bisherigen Einschätzung durchschnittliche Erträge. Bei nahezu gleichgebliebener Anbaufläche wird somit die Erntemenge 1990 übertroffen. Damals war der Wintereraps vielerorts ins Lager gegangen und hatte, bedingt durch Trockenheit und hohen Schädlingsbefall, nur unterdurchschnittliche Hektarerträge erbracht.

Die Ertragserwartungen bei Frühkartoffeln, die aufgrund der BEE zumeist nach oben korrigiert werden müssen, fallen in diesem Jahr auch gegenüber den zeitgleichen Vorjahresschätzungen der Berichterstatte deutlich zurück. Im Gegensatz zur frühen Aussaat im Vorjahr erfolgte die Bestellung in diesem Jahr später. Mögliche Frostschäden im April konnten zum Teil durch Beregnung vermieden werden, aber auch der kühle Mai trug nicht gerade zur zügigen Entwicklung der Pflanzen bei, so daß sich die Ernte der nicht unter Folie gezogenen Freilandware gegenüber dem Vorjahr um ca. 14 Tage verzögerte. Hinzu kommt ein Niederschlagsdefizit, das eine Beregnung um so mehr erforderlich machte.

Das zu kühle und zu trockene Frühjahr minderte den Ertrag des ersten Grünlandschnittes. Somit blieben die Flächenleistungen dort, wo die wenigen warmen und sonnigen Tage für einen ersten Schnitt genutzt wurden, unter den Ergebnissen des Vorjahres und deutlich unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Allerdings waren viele Flächen noch nicht gemäht, als die Ertragsschätzung durch die Berichterstatte erfolgte. Überwiegend wurde mit der Heuwerbung erst mit Beginn der Schönwetterperiode im Juli begonnen. Auf den Flächen, die dann zur ersten Schnittnutzung anstanden und unter optimalen Bedingungen eingebracht werden konnten, dürfte der Grünmasseertrag höher liegen, die Qualität hinsichtlich der Nährstoffgehalte jedoch zu wünschen übrig lassen.

### Erster Grünlandschnitt ließ zu wünschen übrig

Ähnlich dem Getreide entwickelten sich auch die übrigen Ackerfrüchte im Frühjahr nur langsam. Noch Anfang Juli war bei Kartoffeln, Hülsenfrüchten, Rüben und insbesondere Mais ein deutlicher Wachstumsrückstand gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Vor allem der Mais profitierte dann von dem Temperaturanstieg im Juli. Schlecht waren die Wachstumsbedingungen insbesondere für die Sonnenblumen, die eine weitere Anbauausdehnung auf nunmehr über 9 000 ha (+ 15 %) erfahren haben. Die niedrigen Temperaturen im Frühjahr stellen wohl kaum die guten Ertragsleistungen der Vorjahre in Aussicht, zumal auch über einen starken Blattlausbefall berichtet wurde.

Der Wintereraps, dessen Blüte wegen der niedrigen Temperaturen etwas länger dauerte, liefert nach der

### Frost minderte Obsterträge

Nach dem milden März setzte die Obstblüte frühzeitig ein, jedoch haben die außergewöhnlich strengen Blütenfröste mit Minusgraden bis 8 ° in den Nächten vom 18. - 21. April die Ertragserwartungen stark reduziert. Aufgrund der niedrigen Temperaturen war außerdem der Insektenflug unbefriedigend, so daß die Beurteilung von Blüteverlauf und Fruchtansatz beim Kern- und Steinobst mit Bewertungen um 4,0 bei der von 1 bis 5 reichenden Skala weit schlechter als normal ausfiel.



# Ertragserwartungen und Erntemenge für Obst im Marktoftbau 1990 und 1991 nach Obftarten

Obftart	Ertragserwartungen			Erntemenge <sup>1)</sup>	
	D 1985/90	1990	1991	1990	1991
	kg/Baum			dt	
Süßkirschen	24,0	23,7	9,0 <sup>2)</sup>	17 635	6 678 <sup>2)</sup>
Sauerkirschen	20,2	21,5	9,8 <sup>2)</sup>	193 473	88 056 <sup>2)</sup>
Apfel	23,7	21,4	10,7	410 323	205 499
Birnen	18,4	17,6	9,6	22 700	12 390
Pflaumen/Zwetschen	27,2	23,8	13,7	59 749	34 290
Mirabellen/Renekloden	25,5	23,3	11,5	7 414	3 668
Aprikosen	14,9	15,1	7,0	1 017	471
Pfirsiche	14,6	14,1	6,2	2 757	1 217
Erdbeeren in dt/ha	76,9	78,6	75,3 <sup>2)</sup>	12 026	.

1) Berechnet mit Baumzahlen aus der Obftanbauerhebung 1987. – 2) Endgültige Ergebnisse.

Witterungsbedingt begann die Reife bei allen Obftarten ca. 14 Tage später als im Vorjahr.

Die Ernte der Erdbeeren hatte Anfang Juni mit kleinen Mengen eingesetzt. Nach den Schätzungen wird die durchschnittliche Flächenleistung der letzten 6 Jahre nur knapp unterschritten. Erst Mitte Juni gab es die ersten Süßkirschen. Der Behang war, bedingt durch die Spätfröste, sehr unterschiedlich. Im Schnitt konnten im Marktoftbau nur 9 kg je Baum geerntet werden, wogegen sich in Normaljahren der mittlere Baumertrag auf mehr als 20 kg beläuft. Die Ernte der frühen Sauerkirschen schloß sich Ende Juni an. Nur rund 10 kg konnten die Sauerkirschenerzeuger als durchschnittlichen Baumertrag erzielen. Dies ist nur knapp die Hälfte des Durchschnitts der letzten 6 Jahre. In Rheinland-Pfalz als bedeutendem Produktionsland wurden rund 88 000 dt, 54 % weniger als 1990, geerntet. Da zum Termin der endgültigen Ertragsschätzung aufgrund der verzögerten Ernte weniger Meldungen als in Normaljahren vorlagen, wird diese Schätzung zur Zeit noch unter der Maßgabe veröffentlicht, daß eine Korrektur zu einem späteren Zeitpunkt möglich ist.

Die Anfälligkeit für Blütenfröste hat auch bei den übrigen Steinobftarten die Ertragserwartungen im Vergleich zum mehrjährigen Durchschnitt auf die Hälfte oder sogar noch etwas weniger sinken lassen. Die derzeitigen Aussichten für die Apfel- und Birnenernte liegen, gemessen am Baumertrag, ebenso deutlich unter dem mehrjährigen Vergleichswert.

## Hektarertrag ausgewählter Gemüsearten 1990 und 1991

Gemüseart	Hektarertrag		
	D 1985/90	1990	1991
	dt		
Frühjahrsspinat	192,8	196,4	194,3
Frühkohlrabi	305,7	304,0	294,3
Frühjahrskopfsalat	234,7	258,5	250,0
Spargel	36,4	39,2	30,6
Frühweißkohl	327,0	330,8	319,6
Frührotkohl	307,7	316,7	313,7
Frühwirsing	262,1	275,2	275,9
Frühblumenkohl	261,5	270,9	273,7
Frühe Möhren	256,7	284,1	273,1
Winterzwiebeln	.	555,3	470,7 <sup>1)</sup>
Buschbohnen	99,8	92,7	92,1 <sup>1)</sup>
Stangenbohnen	143,8	126,4	122,3 <sup>1)</sup>

1) Vorschätzung.

## Sehr gute Gemüseerträge des Vorjahres nicht erreicht

Durch die kühle Witterung mit Nachfrösten verzögerte sich auch das Wachstum der Gemüsekulturen. Dadurch verlagerte sich der Erntehöhepunkt beim Spargel in die zweite Maihälfte. Mit nur gut 30 dt unterschritt der Hektarertrag das Vorjahresergebnis um 9 dt. Später als im vergangenen Jahr hat auch die Ernte der übrigen Frühgemüsearten eingesetzt. Im Juni waren Salat, Kohl, Zwiebeln und Möhren neben Spargel in der ersten Monatshälfte die Hauptprodukte. Die kühle Witterung hat, gemessen an den durchschnittlichen Hektarerträgen, nicht zu deutlichen Einbußen geführt. Bei den Frühgemüsearten wurden die sehr guten Erträge des Vorjahres jedoch überwiegend nicht erreicht. In der Regel wird allerdings der mehrjährige Vergleichswert übertroffen. Vereinzelt wurde über ein Auftreten der Kohlflye berichtet. Stärkere Probleme bereitete der Blattlausbefall beim Salat, aber auch in Möhren- und Kohlkulturen. Bei der warmen, trockenen Witterung Anfang Juli konnte es ohne entsprechende Bekämpfung zu einer raschen Vermehrung in den Beständen kommen. Deutlich niedriger als 1990 liegt die voraussichtliche Flächenleistung bei Winterzwiebeln, für die es im Oktober nach der Saat zu warm und trocken war, so daß der Aufgang nicht optimal verlief. Der Wachstumsstand der wärmeliebenden Bohnen und Gurken wurde im Juni mit Durchschnittsbenotungen um 3,5 deutlich schlechter beurteilt als im Vorjahr. Demzufolge fielen auch die Ertragserwartungen Ende Juli vergleichsweise niedrig aus. Der Wachstumsstand der mittelfrühen und späten Gemüsearten war Ende Juli weitgehend normal, da in der Regel die negative Wasserbilanz bei der ansonsten vorteilhaften warmen Witterung durch Beregnung ausgeglichen werden konnte. Wo dies allerdings nicht der Fall war, machte sich die Trockenheit deutlich bemerkbar.

## Unterdurchschnittliche Weinmosternternte

Durch die warme Märzwitterung begann der Austrieb in den Weinbergen bereits Mitte April. Im Gegensatz zum Vorjahr wurde er von den Berichterstattern, wenngleich überwiegend zufriedenstellend, deutlich schlechter beurteilt. Teilweise katastrophale Folgen hatten die Frostnächte in der zweiten Aprilhälfte. Schäden unterschiedlichen Ausmaßes wurden aus allen Anbaugebieten gemeldet. Die größten Beeinträchtigungen jedoch



## Beurteilung des Traubenansatzes 1990 und 1991 nach Bereichen

Anbaugebiet Bereich Land	Schlecht		Mittel		Gut	
	1990	1991	1990	1991	1990	1991
	% der eingegangenen Berichte					
<b>Ahr</b>	–	40	80	40	20	20
<b>Mittelrhein</b>	–	20	20	60	80	20
<b>Mosel-Saar-Ruwer</b>	–	19	47	61	53	20
Bernkastel	–	7	52	65	48	28
Obermosel	–	78	67	22	33	–
Saar-Ruwer	–	41	59	41	41	18
Zell / Mosel	–	–	19	86	81	14
<b>Nahe</b>	–	–	36	54	64	46
Bad Kreuznach	–	–	21	53	79	47
Schloß Böckelheim	–	–	45	55	55	45
<b>Rheinhessen</b>	–	2	53	49	47	49
Bingen	–	–	47	65	53	35
Nierstein	–	4	63	39	37	57
Wonnegau	–	–	50	37	50	63
<b>Rheinpfalz</b>	–	–	67	35	33	65
Südliche Weinstraße	–	–	67	25	33	75
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	–	–	67	49	33	51
Rheinland-Pfalz	–	7	52	50	48	43

hat es an Mosel-Saar-Ruwer gegeben, wo jeweils rund 25 % der Ertragsreblfläche mittlere oder starke Schäden an Laub und Knospen aufwiesen. Besonders betroffen waren hier die Bereiche Obermosel und Saar-Ruwer. Aber auch vom Mittelrhein und der Ahr wurde in beträchtlichem Umfang über Schäden dieses Ausmaßes berichtet, während sie an der Nahe etwas schwächer einzustufen waren. Mit über 60 % nicht betroffener Flächen sind die beiden großen Anbaugebiete Rheinpfalz und Rheinhessen erheblich besser weggekommen. Auch in der Folgezeit war die Witterung für die Reben zu kühl, so daß der Wachstumsstand im Juni mit einer Bewertung von 3,3 deutlich ungünstiger beurteilt wurde als im Vorjahr (2,4). Die Ausbildung der Gescheine war deutlich schlechter. Nur knapp ein Viertel der Meldungen enthielten die Einstufung „gut“ (Vorjahr 55 %). Zudem sind im Juni einige Gemeinden in Rheinhessen von einem verheerenden Hagelunwetter heimgesucht worden, das die dortigen Weinberge vernichtete.

Der Wachstumsrückstand der Reben hatte auch den Blütezeitpunkt deutlich verschoben. Nur ein Drittel der Berichterstatter vermeldete für den Beginn der Blüte ein

Datum vor dem 30. Juni. Soweit Angaben zum Verlauf gemacht werden konnten, war dieser zufriedenstellend bis gut. Auch sofern die Blüte erst später einsetzte, war sie Anfang Juli einer sommerlichen Witterung ausgesetzt, die ihren Ablauf begünstigte. Durch die warme Witterung ab Juli haben die Reben zudem den Vegetationsrückstand weitgehend aufgeholt.

Im Landesdurchschnitt wird der Traubenansatz kaum schlechter als 1990 eingestuft. Allerdings ist dies auf die vergleichsweise gute Lage in der Rheinpfalz zurückzuführen, während besonders an der Ahr, am Mittelrhein und an Mosel-Saar-Ruwer die Beurteilung durch die spürbaren Frostschäden deutlich schlechter ausfällt. Insgesamt gesehen wird daher die Weinmosternte im Land eher leicht unterdurchschnittlich ausfallen. Durch die günstige Witterung der vergangenen Wochen dürfte auch der Reiferückstand größtenteils aufgeholt sein. Dies führt zu einer positiven Einschätzung der qualitativen Erwartungen. Erste Angaben hierzu liegen aus der Ernteberichterstattung jedoch frühestens mit der Beurteilung der Güteaussichten Anfang Oktober vor.

Dr. Birgit Hübberts

## Kostenrechnung für die automatische Datenverarbeitung

Die öffentliche Verwaltung nutzt zur Produktivitätssteigerung in hohem Maße die Möglichkeiten der Informationstechnik. Der Produktivitätssteigerung auf der einen Seite stehen jedoch auch erhebliche Kosten für den Einsatz der Informationstechnik selbst gegenüber. Aus Rationalisierungsgründen werden deshalb die bereitgestellten maschinellen Kapazitäten und das speziell ausgebildete Personal in möglichst breitem Umfang

genutzt und für ganz unterschiedliche Aufgaben eingesetzt. So werden im Rechenzentrum des Statistischen Landesamtes in Bad Ems nicht nur die amtliche Statistik und das Landesinformationssystem mit Hilfe der Informationstechnik abgewickelt, sondern auch eine ganze Reihe von Verwaltungsaufgaben und die Automationsunterstützung für kommunale und staatliche Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz. Die Höhe der Kosten und die



breite Inanspruchnahme der Automationsleistungen verlangen Kostentransparenz zur Abrechnung der Leistungen und Kostenkontrolle.

## **Ziele**

Als Ziele einer Kostenrechnung werden in der Betriebswirtschaftslehre die Kontrolle der Wirtschaftlichkeit des Betriebsprozesses und die Gewinnung von Informationen zur Gestaltung des Angebotspreises genannt. Die letztgenannte Zielsetzung besitzt für eine Kostenrechnung im Statistischen Landesamt nur eine nachrangige Bedeutung, da die meisten ADV-Leistungen nicht „am Markt“ angeboten und verkauft werden und somit auch eine Feststellung der Preisuntergrenze nicht erforderlich ist. Das Konzept der ADV-Kostenrechnung wird deshalb in erster Linie durch die Zielsetzung der Wirtschaftlichkeitskontrolle bestimmt. Daneben dient die Kostenrechnung der Dokumentation der Kosten für die Inanspruchnahme der ADV-Leistungen durch die verschiedenen Nutzer.

## **Grundlagen**

Dem Konzept der Kostenrechnung für die ADV im Statistischen Landesamt liegen folgende Vorgaben und Forderungen zugrunde:

- Die Kostenrechnung ist als umfassende Vollkostenrechnung auszugestalten.
- Die Kosten sind vollständig zu erfassen und periodengerecht zuzuordnen.
- Die Personalkosten sind in tatsächlicher Höhe zu erfassen und den einzelnen Projekten direkt zuzuordnen.
- Bei der Zuordnung des Aufwandes für Arbeiten auf dem Großrechner ist zwischen Test/Entwicklung und Produktionsarbeiten zu unterscheiden.
- Die Kosten für zentrale Hardwareeinrichtungen sind anhand der tatsächlichen Nutzung den DV-Anwendungen zuzurechnen. Reservekapazitäten u.ä. sind anteilig zuzuordnen.
- Es sind kalkulatorische Abschreibungen für gekaufte Anlagegüter, Programmkosten u.ä. vorzunehmen.
- Es müssen Vergleichszahlen aus Vorjahren bereitgestellt werden.

## **Kostenartenrechnung**

Alle Kosten der Abteilung ADV werden nach Kostenarten erfaßt und bereitgestellt. Die Kostenartenrechnung gibt Aufschluß über die Kostenstruktur der Abteilung und die Entwicklung der einzelnen Kostenarten im Zeitablauf.

Den größten Kostenblock innerhalb der ADV-Kostenrechnung bilden die Personalkosten. Für sie ist nur eine Kostenart vorgesehen. Auf eine mögliche Differenzierung (z. B. Vergütung, gesetzliche Sozialabgaben, Überstunden usw.) wurde aus Aufwandsgründen verzichtet. Bei der Zuordnung der Personalkosten auf Projekte konnte auf ein seit mehr als zehn Jahren praktiziertes System von Zeitnachweisen, in dem jeder Mitarbeiter seine Arbeitszeiten pro Projekt festhält, zurückge-

griffen werden. Die Arbeitszeiten werden mit einem vor-kalkulierten Stundensatz bewertet. Die am Jahresende verbleibende Differenz zwischen den so verrechneten und den tatsächlich angefallenen Personalkosten wird anteilig nachverteilt, so daß im Jahresergebnis die effektiven Personalkosten enthalten sind.

Bei den Hard- und Softwarekosten wird unterschieden in Kostenarten für Miete, Wartung und Kauf. Die Wertgrenze bei Kauf wurde (aus Aufwandsgründen) auf 5.000,- DM festgelegt. Gekaufte Hard- und Software mit einem höheren Anschaffungswert wird abgeschrieben.

Bei den Kosten für DV-Material sind zeitliche Abgrenzungen erforderlich, da die Annahme, daß alle Materialzugänge eines Zeitraums in dieser Zeit auch verbraucht werden, nicht realistisch ist. In die ADV-Kostenrechnung fließen nur die bewerteten Materialverbräuche einer Periode ein, die anhand eines neu eingeführten Belegsystems von Materialentnahmescheinen ermittelt und einmal monatlich gebucht werden.

Für die beiden größten Verbrauchsstellen von Strom, nämlich Maschinensaal und Klimaanlage, existieren Zähler, so daß die Stromkosten hierfür exakt ermittelt und zugerechnet werden können. Die übrigen Stromkosten, eine ganze Reihe weiterer Kostenpositionen, die nicht oder nur mit einem unverhältnismäßig hohen laufenden Aufwand genau zu ermitteln sind, sowie die anteiligen Kosten für Leistungen der Zentralabteilung werden durch Pauschalbeträge in die Kostenrechnung einbezogen.

Grundlage der Ermittlung der Kosten für die übrigen Kostenarten sind vorhandene Kostenbelege wie z. B. Rechnungen von Lieferanten, Reisekostenabrechnungen u.ä.

## **Kostenstellenrechnung**

Gemäß der zugrunde liegenden primären Zielsetzung der Wirtschaftlichkeitskontrolle muß sich die Einteilung der Kostenstellen in erster Linie an den verschiedenen selbständigen Verantwortungsbereichen in der Abteilung ADV orientieren. Dies sind zum einen die einzelnen ADV-Referate, zum anderen können dies auch Teile eines Referates sein. Soweit verschiedene Funktionen zu einer Organisationseinheit zusammengefaßt sind, erfolgt eine weitergehende Untergliederung entsprechend den Funktionen. Auf diese Weise ergibt sich ein hierarchisches System von Kostenstellen, das eine weitgehende Zuordnung der Kostenarten zu den Kostenstellen als Einzelkosten ermöglicht. Dadurch wird die Kostenkontrolle verbessert.

Neben der Berücksichtigung des Verantwortungs- und Funktionsprinzips kommt dem Aspekt der Leistungsmessung besondere Bedeutung zu. Die Kostenstellenrechnung bildet die Vorstufe zur Zurechnung der Kosten auf die Kostenträger. Es müssen deshalb für jede Kostenstelle Bezugsgrößen für die Kostenverursachung gefunden werden. Die Möglichkeit der Messung der Kostenstellenleistung ist somit ein weiteres Kriterium für die Bildung von Kostenstellen.



Unter diesem Aspekt wurden in der ADV-Kostenrechnung eine ganze Reihe von Kostenplätzen entsprechend den vorhandenen Betriebsmitteln gebildet. Dies betrifft in erster Linie den eigentlichen Rechenzentrumsbereich mit den Kostenplätzen Zentraleinheit, zentrales Drucksystem, Magnetplatten, Magnetbandkassetten, Datenfernverarbeitungssteuereinheit, Lokalsteuereinheiten usw.

Neben den eigentlichen Kostenstellen im sachlich-betriebswirtschaftlichen Sinne gibt es zusätzlich „Kostenstellen“, die allein verrechnungstechnischen Zwecken dienen. Sie sollen lediglich die Kostenverteilungsmöglichkeiten des maschinellen Verfahrens nutzen helfen, um den laufenden Aufwand der Kostenberechnung zu reduzieren. Für die Kostenkontrolle spielen sie keine Rolle.

### **Innerbetriebliche Leistungsverrechnung**

Im Rahmen der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung werden die Kosten der Vorkostenstellen auf diejenigen Kostenstellen und Kostenträger weiterverrechnet, die Leistungen dieser Vorkostenstellen in Anspruch genommen haben. Gemäß dem Vollkostenprinzip werden schließlich alle Kosten den Kostenträgern zugerechnet, unabhängig davon, ob es sich um fixe oder variable Kosten handelt und ob sich verursachungsgerechte Maßgrößen für die Kostenverrechnung finden lassen.

Soweit eine direkte Leistungsmessung möglich ist und mit vertretbarem laufendem Aufwand praktiziert werden kann, wird diese in der ADV-Kostenrechnung für die Kostenverteilung zugrunde gelegt. Dies gilt für die Inanspruchnahme der maschinellen Leistungen des Rechenzentrums und der Datenerfassung. Hier werden durch das Betriebssystem bzw. durch das eingesetzte Datensammelsystem Daten über die Inanspruchnahme durch die verschiedenen Nutzer und Verfahren gesammelt. Mit Hilfe spezieller Überleitungsprogramme werden die für die Kostenrechnung benötigten Informationen automatisch zur Verfügung gestellt. Der Aufwand für die Bereitstellung dieser sehr differenzierten Daten ist somit äußerst gering.

Für die überwiegende Anzahl der Kostenstellen der ADV-Kostenrechnung kann jedoch nicht auf eine laufende Leistungserfassung zurückgegriffen werden, weil entweder die Definition der Kostenstellenleistung sehr schwierig oder eine Erfassung aus Wirtschaftlichkeitsgründen nicht vertretbar ist. In diesen Fällen muß für die Kostenverteilung auf meist grobe Umlageschlüssel wie z. B. die Anzahl der Mitarbeiter in einer Organisationseinheit, die Personalkosten oder eine im Wege der Schätzung ermittelte prozentuale Aufteilung zurückgegriffen werden.

### **Kostenträgerrechnung**

Kostenträger sind die von der Abteilung ADV für die verschiedenen Benutzer erledigten Automationsaufgaben (DV-Verfahren, Projekte). Benutzer sind dabei Stellen außerhalb der ADV, also die Fachabteilungen im

Statistischen Landesamt und externe Benutzer. Bei der Tiefengliederung der Kostenträger ist zu beachten, daß die Zuordnung der Kosten um so schwieriger und aufwendiger wird, je stärker die Gliederung verfeinert wird. Andererseits vermag eine tiefere Aufgliederung auch bessere Aussagemöglichkeiten zu bieten. Kompromisse sind hier unvermeidlich. So wird in der ADV-Kostenrechnung bei der amtlichen Statistik nicht jede einzelne maschinell geführte Statistik als eigener Kostenträger behandelt, sondern es werden Zusammenfassungen vorgenommen. Dennoch umfaßt die ADV-Kostenrechnung derzeit rund 250 Kostenträger.

Zu dieser großen Zahl von Kostenträgern trägt auch die Realisierung der Forderung nach einer kostenrechnerischen Trennung von Produktion und Entwicklung bei. Soweit eine DV-Aufgabe die Phase der Erstentwicklung verlassen hat und sich in der laufenden Produktion befindet, werden für sie jeweils ein Produktions- und ein Entwicklungskostenträger geführt, da ja die meisten Anwendungsprogramme gepflegt und weiterentwickelt werden müssen.

Die Kosten der Kostenträger ergeben sich durch unmittelbare Zuordnung von Kostenarten, soweit diese möglich ist, und durch Kostenzurechnungen im Rahmen der innerbetrieblichen Leistungsverrechnung.

### **Maschinelles Verfahren**

Eine differenzierte Kostenrechnung, deren Ergebnisse laufend genutzt werden sollen, läßt sich mit vertretbarem Aufwand nur mit Hilfe eines maschinellen Verfahrens erreichen. Da das im Rahmen der Krankenhausautomation vom Statistischen Landesamt für einen bundesweiten Einsatz in Krankenhäusern entwickelte und zentral gepflegte DV-Verfahren KOLK (Kosten- und Leistungsrechnung in Krankenhäusern) andernorts bereits zur Kostenrechnung auch von Datenverarbeitungsstellen genutzt wird, kann auf dieses Verfahren zurückgegriffen werden. Mit KOLK steht ein modernes Dialogverfahren zur Verfügung, das eine laufende Dateneingabe online am Bildschirm und jederzeit aktuelle Auskunftsmöglichkeiten über die auf Kostenstellen und Kostenträgern gebuchten Kosten bietet. Wegen der im Statistischen Landesamt bereits vorhandenen detaillierten programmseitigen und abwicklungstechnischen Verfahrenkenntnisse konnte dieses Verfahren vergleichsweise schnell und äußerst kostengünstig eingeführt werden. Die laufende maschinelle ADV-Kostenrechnung erfolgt problemlos im Rahmen der allgemeinen Abwicklung der Automationsverfahren für die kommunalen und staatlichen Krankenhäuser.

Beim Einsatz des Verfahrens KOLK ist jedoch eine Schwierigkeit zu überwinden. KOLK ist ein nicht isoliert einsetzbarer Baustein eines integrierten Gesamtsystems für ein betriebliches Rechnungswesen, das nach kaufmännischen Grundsätzen konzipiert ist. Dies hat im Rahmen des Statistischen Landesamtes, in dem die kamerale Haushaltsrechnung praktiziert wird, zur Konsequenz, daß zwar ein vollständiges kaufmännisches Rechnungswesen aufgebaut werden muß, jedoch die Teile einer Finanzbuchhaltung formal nachgebildet und bedient werden müssen, die für die Kostenrechnung



unbedingt erforderlich sind. Dies gilt insbesondere für das System der Doppelten Buchführung. Hier kommt es darauf an, dem notwendigen Formalismus von Buchung und Gegenbuchung zu genügen, wozu in den meisten Fällen ein generelles Gegenkonto ausreichend ist. Detaillierte Buchhaltungskenntnisse sind für den Anwender nicht erforderlich.

## Stand

Im Herbst 1988 wurde mit der Erarbeitung eines fachlichen Konzepts einer Kostenrechnung für die Abteilung ADV begonnen. Anfang 1989 konnten die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten eingeleitet werden. Hierzu gehörten

- der Aufbau eines Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerplans,
- die Festlegung der Verteilungsgrundlagen für die Kostenstellenrechnung (auf welche Kostenstellen und Kostenträger werden die Kosten einer Vor-kostenstelle verteilt und mit Hilfe welchen Schlüssels),
- die Ermittlung der Schlüsselwerte,

- die Erstellung von Überleitungsprogrammen für die innerbetriebliche Leistungsverrechnung und die Buchung der Personalkosten,
- der Aufbau eines Belegsystems für die genaue periodenbezogene Erfassung der Materialverbräuche,
- die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen für die laufende Kostenermittlung und -erfassung (z. B. Kontierungsbeleg, Arbeitsanweisungen),
- die Abbildung der fachlichen Festlegungen im maschinellen Verfahren KOLK (z. B. Einrichtung von Stammsätzen für Kostenarten, Kostenstellen, Kostenträger und Umlagestrukturen; Festlegung von Verdichtungen; Eingabe von Verrechnungspreisen usw.).

Seit April 1989 erfolgt die laufende Kostenerfassung, so daß seitdem Ergebnisse der Kostenrechnung für die Abteilung ADV zur Verfügung stehen.

Zeitlich versetzt wurde das der ADV-Kostenrechnung zugrunde liegende fachliche Konzept auf die besonderen Verhältnisse der Abteilung Landesrechenzentrum in Mainz angepaßt und mit den erforderlichen Einführungsvorbereitungen begonnen.

Diplom-Volkswirt Wolfgang Zanke



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
<b>Bevölkerung und Erwerbstätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 670	...	3 722	3 726	3 732	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	2 022	2 097 <sup>p</sup>	1 675 <sup>p</sup>	3 324 <sup>p</sup>	3 233 <sup>p</sup>	1 632 <sup>p</sup>	1 594 <sup>p</sup>	3 766 <sup>p</sup>	2 578 <sup>p</sup>
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,7 <sup>p</sup>	5,5 <sup>p</sup>	10,4 <sup>p</sup>	10,4 <sup>p</sup>	5,1 <sup>p</sup>	5,2 <sup>p</sup>	11,8 <sup>p</sup>	8,4 <sup>p</sup>
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 304	3 561 <sup>p</sup>	3 299 <sup>p</sup>	3 613 <sup>p</sup>	3 320 <sup>p</sup>	...	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	11,4 <sup>p</sup>	10,8 <sup>p</sup>	11,3 <sup>p</sup>	10,7 <sup>p</sup>	...	...	...	...
* Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 545	3 651 <sup>p</sup>	3 842 <sup>p</sup>	3 624 <sup>p</sup>	3 407 <sup>p</sup>	...	...	...	...
je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,7 <sup>p</sup>	12,5 <sup>p</sup>	11,3 <sup>p</sup>	10,9 <sup>p</sup>	...	...	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	25	29 <sup>p</sup>	26 <sup>p</sup>	22 <sup>p</sup>	24 <sup>p</sup>	...	...	...	...
* je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	7,7	8,1 <sup>p</sup>	8,1 <sup>p</sup>	6,3 <sup>p</sup>	7,3 <sup>p</sup>	...	...	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 241	- 90 <sup>p</sup>	- 543 <sup>p</sup>	- 11 <sup>p</sup>	- 87 <sup>p</sup>	...	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 0,3 <sup>p</sup>	- 1,8 <sup>p</sup>	- 0,0 <sup>p</sup>	- 0,3 <sup>p</sup>	...	...	...	...
<b>Wanderungen über die Landesgrenze</b>										
* Zugezogene	Anzahl	11 078	...	11 182	10 490	11 823	...	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	6 795	...	6 127	6 164	6 633	...	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 283	...	5 055	4 326	5 190	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	10 448	...	10 549	9 229	10 468	...	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	101 666	93 064	94 578	89 611	90 126	84 652	79 748	76 857	79 911
* Männer	Anzahl	51 504	45 652	45 910	42 512	42 398	43 783	40 160	38 379	39 597
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 974	.	.	.	3 958	5 067	.	.	3 584
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	34 227	.	.	.	29 274	28 008	.	.	26 067
Arbeitslosenquote	%	6,9	6,3	6,4	6,0	6,1	5,5	5,2	5,0	5,2
Offene Stellen	Anzahl	11 481	13 956	14 564	14 476	14 750	16 220	17 701	18 919	19 483
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	.	943	1 252	.	.	1 317
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	.	5 576	5 354	.	.	5 826
Kurzarbeiter	Anzahl	4 833	4 227	3 421	1 427	5 395	7 915	6 632	5 794	4 642
Männer	Anzahl	3 620	3 289	2 240	795	4 226	6 254	4 633	4 357	3 359
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen<sup>6)</sup></b>										
	t	14 014	14 754	14 093	14 145	13 425	16 069	16 070	15 611	14 130
* Rinder	t	4 151	4 786	4 297	4 262	4 366	5 936	5 954	6 080	4 974
* Kälber	t	21	26	26	16	14	70	44	42	33
* Schweine	t	9 703	9 788	9 569	9 731	8 926	9 894	9 946	9 368	8 981
<b>Milch</b>										
* Milchherzeugung	1 000 t	71	69	74	80	75	66	70	76	73
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	94,9	95,4	95,8	92,8	95,0	95,5	96,1
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>7)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 581	2 614	2 608	2 606	2 584	2 670	2 668	2 665	2 665
* Beschäftigte	1000	373	386	381	382	372	393	393	393	394
* Arbeiter <sup>8)</sup>	1000	254	263	260	260	253	267	267	267	268
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	34 617	35 196	34 409	36 453	36 254	35 343	36 908	34 846	35 067
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 497	1 608	1 472	1 574	1 527	1 257	1 597	1 727	1 757
* Löhne	Mill. DM	854	917	826	921	864	879	899	1 009	973
* Gehälter	Mill. DM	643	691	646	654	663	678	698	719	784
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 100	1 121	1 001	1 148	1 118	1 163	1 143	1 120	1 120
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 976	8 555	8 118	8 781	8 393	9 050	9 396	8 951	9 258
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 142	3 133	3 113	3 364	3 062	3 146	3 224	2 983	3 050

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Produktionsindex</b> (Kalender- und saisonbereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1985 = 100	107	116	112	115	...	119	120	118	...
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	107	117	113	115	...	119	121	119	...
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	115	119	117	118	...	118	119	117	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	105	111	110	114	...	110	116	108	...
Chemische Industrie	1985 = 100	118	122	119	120	...	121	121	119	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	96	111	106	108	...	111	112	110	...
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	80	118	103	109	...	117	108	113	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	93	91	95	93	...	87	96	87	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	116	113	116	...	125	130	127	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	67	63	61	67	...	62	67	63	...
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	114	132	119	131	...	155	166	157	...
Bauhauptgewerbe	1985 = 100	112	114	111	118	...	115	120	112	...
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	399	421	432	391	373	482	428	412	379
Strombezug <sup>1)</sup>	Mill. kWh	2 394	2 484	2 373	2 425	2 417	2 521	2 505	2 458	2 405
Stromlieferungen <sup>1)</sup>	Mill. kWh	878	883	844	862	872	1 239	1 270	980	957
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 888	1 994	1 934	1 929	1 892	1 736	1 634	1 732	1 800
Gasverbrauch	Mill. m <sup>3</sup>	413	419	403	345	327	495	414	373	332
<b>Handwerk <sup>2)</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	91	...	.	.	88	87	.	.	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	158	...	.	.	167	158	.	.	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>										
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
* Beschäftigte	Anzahl	60 288	61 218	61 009	61 199	62 601	60 530	60 871	61 234 <sup>p</sup>	62 147 <sup>p</sup>
Facharbeiter	Anzahl	31 393	31 745	31 131	31 315	35 949	30 965	30 956	30 771 <sup>p</sup>	35 824 <sup>p</sup>
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 422	14 907	15 380	15 388	12 339	14 796	15 126	15 714 <sup>p</sup>	11 853 <sup>p</sup>
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	7 071	7 077	7 065	7 857	7 352	6 704	7 553	7 209 <sup>p</sup>	7 544 <sup>p</sup>
Privater Bau	1000	4 449	4 635	4 549	5 063	4 729	4 312	4 906	4 716 <sup>p</sup>	4 860 <sup>p</sup>
* Wohnungsbau	1000	2 509	2 659	2 587	2 931	2 684	2 503	2 826	2 739 <sup>p</sup>	2 824 <sup>p</sup>
Landwirtschaftlicher Bau	1000	56	55	25	25	43	19	13	40 <sup>p</sup>	75 <sup>p</sup>
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 884	1 921	1 937	2 107	2 002	1 790	2 067	1 937 <sup>p</sup>	1 961 <sup>p</sup>
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 622	2 442	2 516	2 794	2 623	2 392	2 647	2 493 <sup>p</sup>	2 684 <sup>p</sup>
Hochbau	1000	625	523	543	586	541	568	535	512 <sup>p</sup>	554 <sup>p</sup>
Tiefbau	1000	1 997	1 919	1 973	2 208	2 082	1 824	2 112	1 981 <sup>p</sup>	2 130 <sup>p</sup>
Straßenbau	1000	1 062	995	991	1 155	1 065	875	1 037	1 040 <sup>p</sup>	1 130 <sup>p</sup>
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	212	198	218	212	201	220	235 <sup>p</sup>	226 <sup>p</sup>
* Löhne	Mill. DM	161	173	163	181	173	162	180	193 <sup>p</sup>	180 <sup>p</sup>
* Gehälter	Mill. DM	35	39	35	37	39	39	40	42 <sup>p</sup>	46 <sup>p</sup>
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	609	661	576	660	689	609	670	731 <sup>p</sup>	801 <sup>p</sup>

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	837	933	1 097	1 201	1 089	878	1 067	876	1 099
* mit 1 Wohnung	Anzahl	653	670	827	854	757	608	781	601	731
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	125	164	193	222	210	163	171	158	216
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	100	77	125	122	107	115	117	152
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	839	1 025	1 090	1 303	1 269	1 010	1 194	1 019	1 369
* Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	140	175	183	222	215	174	205	177	244
Wohnräume	Anzahl	6 482	8 100	8 500	10 305	9 971	7 971	9 371	8 099	11 451
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	274	345	360	432	432	355	418	355	492
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	3	-	2	8	5	7	3	6
Unternehmen	Anzahl	153	151	171	207	142	125	116	105	139
Private Haushalte	Anzahl	682	779	926	992	939	748	944	768	954
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	169	137	167	195	151	168	189	243
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	828	915	649	743	758	781	1 350	718	1 490
* Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	137	144	112	136	125	135	221	117	238
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	148	177	126	142	156	181	276	163	324
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	24	25	18	20	25	10	34	35	40
Unternehmen	Anzahl	139	139	117	140	165	134	132	147	194
Private Haushalte	Anzahl	3	5	2	7	5	7	2	7	9
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 518	2 036	1 936	2 426	2 446	2 023	2 342	2 083	3 327
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	3 013	2 974	3 269	2 962	3 126	2 956	...	...
* EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 668	1 655	1 717	1 754	1 612	1 597	1 668	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	223	223	236	239	202	226	235	...	...
Dänemark	Mill. DM	45	45	49	49	47	48	51	...	...
Frankreich	Mill. DM	432	446	487	446	431	408	437	...	...
Griechenland	Mill. DM	29	30	29	35	33	29	29	...	...
Großbritannien	Mill. DM	314	285	272	290	272	227	249	...	...
Irland	Mill. DM	12	12	13	13	9	13	13	...	...
Italien	Mill. DM	274	273	271	332	284	269	287	...	...
Niederlande	Mill. DM	209	210	217	210	212	232	220	...	...
Spanien	Mill. DM	106	108	116	115	102	121	119	...	...
Portugal	Mill. DM	23	23	26	25	20	25	29	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	204	205	212	242	212	202	199	...	...
Japan	Mill. DM	70	66	58	68	62	72	57	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	351	397	297	441	385	453	365	...	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	147	120	122	128	124	101	110	...	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 873	2 047	1 986	2 008	2 025	2 440	2 444	...	...
EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 042	1 155	1 132	1 130	1 142	1 434	1 390	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	203	224	227	229	235	320	318	...	...
Dänemark	Mill. DM	26	30	28	30	26	49	43	...	...
Frankreich	Mill. DM	241	282	284	283	265	322	318	...	...
Griechenland	Mill. DM	8	8	11	6	8	7	18	...	...
Großbritannien	Mill. DM	88	96	87	95	94	109	98	...	...
Irland	Mill. DM	8	11	11	11	16	13	14	...	...
Italien	Mill. DM	177	195	180	179	200	232	219	...	...
Niederlande	Mill. DM	212	213	209	204	213	250	236	...	...
Spanien	Mill. DM	63	80	79	80	69	109	108	...	...
Portugal	Mill. DM	17	17	18	12	16	23	17	...	...
USA und Kanada	Mill. DM	146	142	164	150	144	132	194	...	...
Japan	Mill. DM	108	100	96	105	104	150	155	...	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	266	287	233	290	271	297	321	...	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	62	78	84	76	70	96	100	...	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	104	103 <sup>r</sup>	102	102	102	106	104	104	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113	119	116	121	114	130	125	124	...
<b>Großhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	98	107 <sup>r</sup>	106	107	107	109	110	111	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	108	116	112	120	117	126	131	129	...
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	102	96	98	101	100	94	95	98	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	110	99	102	107	103	99	97	102	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	106	103	116	113	94	114	119	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	111	107	128	122	92	107	123	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	103	101	109	107	95	120	117	...
<b>Fremdenverkehr</b> in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	506	516	448	739	633	367	460	624	...
* Ausländer	1000	120	122	103	168	166	76	94	131	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 719	1 757	1 512	2 269	2 062	1 275	1 560	2 095	...
* Ausländer	1000	382	386	288	465	466	232	293	420	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang	1000 t	1 505	1 509	1 536	1 588	1 591	...	...	...	...
* Güterversand	1000 t	935	931	890	1 025	921	...	...	...	...
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 665	15 289	17 269	17 627	15 786	24 085	22 809	20 945	21 792
Krafträder	Anzahl	501	564	1 111	1 011	657	1 901	1 388	1 069	915
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 215	13 731	15 003	15 462	14 022	20 821	19 970	18 651	19 565
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	662	692	683	712	802	931	803	863
Zugmaschinen	Anzahl	202	197	252	295	248	277	292	213	238
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	10 594	10 466	10 133	11 382	10 768	8 952	9 998 <sup>p</sup>	9 915 <sup>p</sup>	10 123 <sup>p</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	1 651	1 601	1 484	2 084	1 837	1 353	1 582 <sup>p</sup>	1 544 <sup>p</sup>	1 684 <sup>p</sup>
Verunglückte Personen	Anzahl	8 943	8 865	8 649	9 298	8 931	7 599	8 416 <sup>p</sup>	8 371 <sup>p</sup>	8 439 <sup>p</sup>
* Getötete	Anzahl	2 230	2 194	2 079	2 801	2 496	1 869	2 157 <sup>p</sup>	2 010 <sup>p</sup>	2 321 <sup>p</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	42	44	37	49	65	37	44 <sup>p</sup>	36 <sup>p</sup>	39 <sup>p</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	25	28	20	32	41	20	28 <sup>p</sup>	15 <sup>p</sup>	19 <sup>p</sup>
Radfahrer	Anzahl	6	7	11	10	14	5	7 <sup>p</sup>	9 <sup>p</sup>	9 <sup>p</sup>
Fußgänger	Anzahl	2	2	1	2	5	2	2 <sup>p</sup>	2 <sup>p</sup>	4 <sup>p</sup>
Schwerverletzte	Anzahl	8	6	5	4	4	9	7 <sup>p</sup>	8 <sup>p</sup>	5 <sup>p</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	606	575	551	735	670	487	603 <sup>p</sup>	573 <sup>p</sup>	629 <sup>p</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	348	336	325	370	376	304	...	...	...
Radfahrer	Anzahl	110	97	102	181	148	79	...	...	...
Fußgänger	Anzahl	60	57	57	92	72	44	...	...	...
	Anzahl	70	64	52	65	51	49	...	...	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Konkurse <sup>1)</sup>	Anzahl	56	57	48	51	52	62	63	75	63
Angemeldete Forderungen	1000 DM	22 644	21 884	34 450	6 915	26 162	16 278	62 125	33 193	34 239
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	1	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	454	356	298	360	414	328	403	333	331
* Wechselsumme	1000 DM	3 117	3 163	2 129	3 186	3 379	3 828	3 876	3 757	3 767

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	94 423	100 419	96 018	96 049	96 867	95 090	94 979	95 296	96 096
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	92 039	97 964	93 853	93 943	94 765	93 033	92 884	93 225	93 973
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 130	17 679	16 801	16 661	17 271	18 399	18 140	18 455	18 963
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 933	17 388	16 301	16 063	16 894	18 047	17 744	17 877	18 635
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	197	291	500	598	377	353	396	578	327
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 278	8 838	7 625	7 730	7 869	9 147	9 274	9 285	9 451
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 070	6 729	6 185	6 210	6 293	6 936	6 954	7 054	7 094
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 207	2 109	1 440	1 520	1 576	2 211	2 321	2 231	2 357
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	68 630	71 447	69 427	69 552	69 625	65 487	65 470	65 486	65 559
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	57 557	59 818	58 033	58 215	58 421	57 198	57 205	57 255	57 315
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 073	11 628	11 394	11 337	11 204	8 289	8 265	8 231	8 244
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	87 693	92 721	87 320	87 821	87 908	91 542	91 606	91 865	92 005
* Sichteinlagen	Mill. DM	12 941	14 511	12 289	12 305	12 473	12 800	13 037	13 251	13 449
* Termineinlagen	Mill. DM	34 394	39 025	36 643	37 517	37 675	40 458	40 606	40 842	40 938
* Spareinlagen	Mill. DM	40 358	39 184	38 388	37 998	37 761	38 284	37 963	37 772	37 617
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 961	3 659	1 830	1 703	1 527	2 082	2 128	1 817	1 709
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 092	1 901	2 240	2 093	1 765	2 271	2 449	2 007	1 864
<b>Steuern <sup>3)</sup></b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 684 151	1 619 863	936 408	1 563 481	1 912 165	1 835 477	1 119 160	1 676 292	2 084 576
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	1 198 337	1 120 714	483 956	1 051 457	1 466 990	1 412 543	592 747	1 129 410	1 549 585
* Lohnsteuer	1000 DM	810 867	812 781	549 297	936 658	597 613	580 997	625 648	1 077 313	730 454
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1000 DM	147 927	148 868	—	374 684	—	—	—	423 433	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	129 669	115 837	— 74 513	— 50 363	380 872	431 238	— 43 576	— 43 396	429 865
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	42 405	41 749	12 705	17 566	23 539	20 136	11 557	29 159	24 549
* Körperschaftsteuer	1000 DM	215 397	150 346	— 3 533	147 596	464 966	380 172	— 882	66 334	364 717
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1000 DM	4 580	19 563	—	104 634	—	—	—	50 286	—
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	485 813	499 150	452 452	512 024	445 175	422 934	526 413	546 882	534 991
* Umsatzsteuer	1000 DM	304 982	339 379	294 590	346 469	292 029	239 381	350 299	356 851	361 909
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	180 832	159 771	157 862	165 555	153 146	183 553	176 114	190 031	173 082
* Zölle	1000 DM	15 982	11 877	13 074	14 439	11 532	10 746	14 075	16 343	13 027
* Bundessteuern	1000 DM	119 811	80 544	65 190	73 602	70 425	83 098	62 739	84 924	82 181
Kapitalverkehrssteuern	1000 DM	2 501	1 859	1 843	2 107	1 453	1 946	557	1 518	887
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1000 DM	115 073	76 260	61 072	69 403	66 962	79 055	59 933	80 971	79 011
* Landessteuern	1000 DM	99 837	91 563	86 470	136 250	60 316	81 785	94 990	147 042	80 399
* Vermögensteuer	1000 DM	24 161	21 432	4 115	56 418	1 287	5 940	9 013	61 655	4 650
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	48 635	42 963	57 752	53 025	30 387	49 045	55 314	43 326	41 995
* Biersteuer	1000 DM	6 349	6 392	5 879	6 526	7 901	8 209	2 748	10 652	8 019

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften. — 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	1 000 DM	657 925	639 479	-	-	619 390	632 408 <sup>D</sup>	-	-	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 297	8 102	-	-	8 926	7 752 <sup>D</sup>	-	-	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	101 130	104 286	-	-	114 488	103 846 <sup>D</sup>	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	491 393	466 448	-	-	432 717	451 962	-	-	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	41 661	45 384	-	-	42 303	52 859	-	-	-
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>2)</sup></b>										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	975 505	908 052	597 223	865 934	1 019 924	988 513	690 496	927 735	1 117 699
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	528 629	490 710	206 370	459 257	660 109	630 354	252 717	487 162	687 769
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	315 783	324 453	294 099	332 821	289 369	274 911	342 173	355 478	347 748
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	857 267	841 589	546 722	848 028	983 832	938 658	614 109	883 005	1 006 765
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	523 922	486 496	199 500	456 467	657 476	627 815	248 533	482 569	685 196
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	222 226	251 184	229 188	255 057	266 019	228 908	237 719	253 223	241 169
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	1 000 DM	1 009 201	989 035	-	-	906 740	1 022 954 <sup>D</sup>	-	-	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>3)</sup>	1 000 DM	419 514	398 194	-	-	369 177	383 359	-	-	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	423 154	417 809	-	-	350 891	459 149	-	-	-
<b>Preise</b>										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1985 = 100	104,2	107,0	106,5	106,7	106,8	109,0	109,5	109,9	110,5
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	105,9	106,3	106,2	107,6	108,2	108,7	109,3
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk <sup>4)</sup>	1985 = 100	109,4	116,4	-	116,2	-	-	-	124,3	-
<b>Löhne und Gehälter</b>										
<b>Arbeiter</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	19,04	20,01	19,64	-	-	-	20,79	-	-
* Männliche Arbeiter	DM	19,94	20,97	20,59	-	-	-	21,76	-	-
* Facharbeiter	DM	20,94	22,05	21,64	-	-	-	22,87	-	-
* Angelernte Arbeiter	DM	19,19	20,15	19,75	-	-	-	20,92	-	-
* Hilfsarbeiter	DM	17,29	18,05	17,85	-	-	-	18,69	-	-
* Weibliche Arbeiter	DM	14,03	14,71	14,41	-	-	-	15,33	-	-
* Hilfsarbeiter	DM	13,95	14,60	14,30	-	-	-	15,12	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,5	39,9	40,0	-	-	-	39,7	-	-
* Männliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	40,4	-	-	-	40,1	-	-
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,9	38,4	38,4	-	-	-	37,9	-	-
<b>Angestellte</b>										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 731	4 942	4 854	-	-	-	5 141	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 251	4 443	4 377	-	-	-	4 628	-	-
* männlich	DM	5 096	5 311	5 248	-	-	-	5 516	-	-
* weiblich	DM	3 300	3 474	3 398	-	-	-	3 624	-	-
Technische Angestellte	DM	5 131	5 346	5 238	-	-	-	5 546	-	-
* männlich	DM	5 252	5 468	5 357	-	-	-	5 674	-	-
* weiblich	DM	3 723	3 924	3 856	-	-	-	4 096	-	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 215	3 389	3 367	-	-	-	3 562	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	3 197	3 366	3 352	-	-	-	3 520	-	-
* männlich	DM	3 801	3 983	3 951	-	-	-	4 162	-	-
* weiblich	DM	2 676	2 824	2 823	-	-	-	2 945	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Ohne Baunebenleistungen.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes<sup>1)</sup>

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 103	...	63 002	63 074	63 148	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>2)</sup>	Anzahl	33 109 <sup>p</sup>	34 504 <sup>p</sup>	28 003 <sup>p</sup>	28 643 <sup>p</sup>	54 559 <sup>p</sup>	15 751 <sup>p</sup>	25 675 <sup>p</sup>	26 778 <sup>p</sup>	...
Lebendgeborene <sup>3)</sup>	Anzahl	56 451 <sup>p</sup>	60 303 <sup>p</sup>	59 189 <sup>p</sup>	56 237 <sup>p</sup>	61 344 <sup>p</sup>	56 336 <sup>p</sup>	57 828 <sup>p</sup>	60 785 <sup>p</sup>	...
Gestorbene <sup>4)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 727 <sup>p</sup>	59 142 <sup>p</sup>	60 367 <sup>p</sup>	58 260 <sup>p</sup>	58 104 <sup>p</sup>	59 432 <sup>p</sup>	58 886 <sup>p</sup>	59 595 <sup>p</sup>	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 1 276 <sup>p</sup>	1 161 <sup>p</sup>	- 1 178 <sup>p</sup>	- 2 023 <sup>p</sup>	3 240 <sup>p</sup>	- 3 096 <sup>p</sup>	- 1 058 <sup>p</sup>	1 190 <sup>p</sup>	...
Arbeitslose	1000	2 038	1 883	2 013	1 915	1 823	1 869	1 731	1 652	1 604
Männer	1000	1 070	968	1 054	977	918	1 041	938	871	842
Arbeitslosenquote	%	7,9	7,2	7,7	7,3	7,0	7,0	6,5	6,2	6,0
Offene Stellen	1000	251	314	318	324	335	314	341	349	358
Kurzarbeiter	1000	108	56	99	65	44	131	139	145	111
Männer	1000	91	45	86	52	33	109	115	118	85
<b>Produzierendes Gewerbe<sup>5)</sup></b>										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalen-derunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1985 = 100	112	118	123	113	116	115	127	123	118
ohne Baugewerbe	1985 = 100	111	117	123	113	115	118	127	122	117
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	112	118	123	113	116	117	127	123	118
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	109	111	117	110	113	106	117	116	112
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	123	131	118	122	122	133	128	122
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	118	126	114	115	123	132	125	116
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	105	120	112	104	112	121	129	126	127
Baugewerbe	1985 = 100	118	123	123	126	133	68	130	140	134
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</b>										
Beschäftigte	1 000	7 213	7 412	7 341	7 334	7 354	7 505	7 514	7 506	7 500
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	655	666	708	648	687	668	671	697	649
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142 021	152 000	157 571	142 455	153 778	152 367	163 204	167 500	155 794
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 766	44 389	49 755	43 436	46 961	41 770	44 096	45 501	41 518
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	31 452	...	34 548	31 285	30 436	...	...	...	...
Gaserzeugung	Mill. m <sup>3</sup>	2 739	2 730	3 053	2 759	2 412	3 266	3 266	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen</b>										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	999	1 034	1 015	1 029	1 037	997	1 023 <sup>p</sup>	1 045 <sup>p</sup>	1 050 <sup>p</sup>
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	109	112	118	113	128	61	111 <sup>p</sup>	128 <sup>p</sup>	117 <sup>p</sup>
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	10 378	11 639	9 758	10 170	11 824	7 292	9 840 <sup>p</sup>	11 919 <sup>p</sup>	12 646 <sup>p</sup>
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 355	12 747	15 137	14 114	15 134	10 089	11 521	12 956	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 254	10 912	13 378	12 293	13 210	8 479	9 786	11 016	...
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	2 018	2 572	2 867	2 762	2 882	2 162	2 427	2 713	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 793	2 904	2 877	2 723	3 161	2 243	2 658	3 009	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 002	32 612	34 633	33 303	35 095	28 100	30 574	34 589	...
<b>Handel</b>										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113,6	125,6	117,6	120,2	124,7	98,0	141,9	137,6	...
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	110,5	116,3	105,8	112,0	129,2	97,6 <sup>p</sup>	113,9 <sup>p</sup>	118,6 <sup>p</sup>	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 4) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes <sup>1)</sup>

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990			1991			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	53 420	53 554	60 949	52 019	55 783	...	...	...
EG-Länder insgesamt <sup>2)</sup>	Mill. DM	29 389	29 188	33 959	29 122	30 537	...	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 832	3 980	4 423	3 867	3 993	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	7 026	6 981	8 262	6 650	6 970	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	4 947	4 559	5 196	4 782	4 992	...	...	...
Italien	Mill. DM	4 984	4 998	5 904	5 172	5 503	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	4 533	4 523	5 186	4 542	4 665	...	...	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	42 205	45 881	47 545	44 820	43 745	...	...	...
EG-Länder insgesamt <sup>2)</sup>	Mill. DM	21 555	23 882	24 920	23 287	22 546	...	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 914	3 313	3 417	3 187	3 267	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	5 034	5 425	5 931	5 216	4 712	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	2 891	3 087	3 197	2 851	2 903	...	...	...
Italien	Mill. DM	3 766	4 319	4 525	4 290	4 226	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	4 325	4 662	4 783	4 788	4 516	...	...	...
<b>Geld und Kredit <sup>3)</sup></b>									
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)									
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 411	2 815	2 446	2 453	2 461	2 819	2 851	2 866
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 863	2 210	1 896	1 903	1 908	2 216	2 245	2 257
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	548	604	550	551	553	603	606	609
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 766	2 066	1 735	1 750	1 762	2 047 <sup>1)</sup>	2 023	2 020
Spareinlagen	Mrd. DM	706	756	683	678	673	744	742	737
<b>Steuern</b>									
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	33 521	34 127	39 298	25 292	25 120	...	...	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	22 122	21 253	29 569	12 778	13 249	...	...	...
Lohnsteuer	Mill. DM	15 153	14 799	11 969	12 495	12 937	...	...	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 067	3 043	9 496	- 297	- 11	...	...	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	10 957	12 410	9 724	11 550	11 491	...	...	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 666	6 612	4 252	5 848	5 888	...	...	...
Zölle	Mill. DM	566	597	543	588	568	...	...	...
Bundessteuern	Mill. DM	5 112	5 490	5 456	4 872	5 307	...	...	...
Versicherungssteuer	Mill. DM	349	369	670	98	328	...	...	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 620	4 964	4 881	4 439	4 829	...	...	...
<b>Preise</b>									
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>4)</sup>	1985 = 100	96,4	95,7	96,7	96,6	96,7	97,3	96,8	97,1
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>4)</sup>	1985 = 100	99,8	94,7	97,7	98,2	98,7	94,4	94,9 <sup>p)</sup>	94,5 <sup>p)</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>4)</sup>	1985 = 100	99,3	101,0	100,2	100,7	100,8	102,3	102,0	102,9
Preisindex für Wohngebäude									
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	109,2	116,0	.	.	115,8	121,0	.	124,6
Bauleistungen am Bauwerk <sup>5)</sup>	1985 = 100	109,4	116,4	.	.	116,2	120,5	.	124,3
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	106,6	113,2	.	.	113,1	117,3	.	121,0
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	104,2	107,0	106,3	106,5	106,7	109,1	109,0	109,5
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	105,3	105,9	106,3	107,2	107,6	108,2
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	106,0	107,5	106,9	107,0	107,2	108,9	109,2	109,5
Wohnungsmieten	1985 = 100	108,8	112,5	111,3	111,7	112,0	115,1	115,7	116,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	82,0	85,5	83,5	83,4	83,1	91,7	86,8	87,3
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	104,9	107,3	106,5	106,8	107,1	108,9	109,3	109,6
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	108,6	110,3	109,9	110,0	110,1	112,1	112,5	112,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	103,3	106,1	104,6	104,7	104,7	108,0	107,7	109,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	103,8	106,1	106,5	105,8	106,1	107,7	107,8	107,8
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	113,1	115,3	115,9	115,9	115,8	116,4	116,5	116,2

Außenhandel: Ab Berichtsmonat Oktober 1990 einschl. der neuen Bundesländer, Monatsdurchschnitt nach Stand 2. 10. 1990.

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 5) Ohne Baunebenleistungen.



**Trend zur Selbständigkeit hält an  
5 400 neue Unternehmen**

Im 2. Quartal 1991 registrierten die rheinland-pfälzischen Gewerbeämter 6 923 Anmeldungen und damit 12 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Besonders hoch war der Anteil der Neuerrichtungen mit 5 403 Fällen (+ 12 %). Jede zweite Anmeldung betraf das Dienstleistungs- und Versicherungsgewerbe. Demgegenüber stehen 3 970 Abmeldungen mit 2 790 vollständigen Betriebsaufgaben. Der positive Saldo von An- und Abmeldungen liegt mit 2 953 Fällen um 24 % höher als im zweiten Vierteljahr 1990. hw

**Mehr Wohnraum zur Vermietung vorgesehen  
Verstärkter Geschoßwohnungsbau bringt weiteren  
Aufschwung**

Von insgesamt 20 411 Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern (ohne Wohnheime) hatten die Bauherren im vergangenen Jahr 11 247 (55 %) zur Vermietung vorgesehen. 1989 hatte diese Quote nur bei 46 % gelegen.

Die Steigerung ist zurückzuführen auf den verstärkten Bau von Mehrfamilienhäusern. In dieser Gebäudekategorie ließen sich die Bauherren 1990 insgesamt 8 419 Neubauwohnungen genehmigen, 83 % mehr als ein Jahr zuvor, in dem 4 600 Einheiten geplant waren.

Stark im Mietwohnungsbau engagiert waren insbesondere die gewerblichen, gemeinnützigen und sonstigen Wohnungsbauunternehmen. Auf diese Bauherrengruppe entfielen 4 414 Wohnungsbaufreigaben, rund 52 % aller Wohnungen in Mehrfamilienhäusern.

Auch im Zweifamilienhausbau war 1990 erneut eine verbesserte Nachfrage zu beobachten. Es sollen 3 940 neue Wohnungen entstehen, rund 30 % mehr als im Vorjahr. Der Bau von Eigenheimen hat von seinem Stellenwert nichts eingebüßt. 8 052mal konnten die Bauaufsichtsbehörden ein Einfamilienhaus zum Bau freigeben, gegenüber 1989 (7 843 Gebäude) war eine weitere leichte Aufwärtstendenz von +2,7 % zu verzeichnen. hes

Mehr über dieses Thema auf Seite 185

**Juni: Rekord bei den Baugenehmigungen  
Fast 50 % mehr neue Wohnungen**

Im Juni 1991 genehmigten die rheinland-pfälzischen Baubehörden den Neubau von 2 973 Wohnungen. Das sind 45 % mehr als im Juni des Vorjahres. Ein so hohes Ergebnis war zuletzt Anfang der 70er Jahre erreicht

worden. In den aktuellen Ergebnissen sind auch 621 Wohnungen in Wohnheimen berücksichtigt, die hauptsächlich in drei Mainzer Studentenwohnheimen gebaut werden sollen.

Im 1. Halbjahr 1991 wurden Baufreigaben für 11 620 Neubauwohnungen in Wohngebäuden erteilt. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist das ein Plus von 9,8 %. Zugenommen hat der Anteil der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern von 35 auf 42 %, während der Neubau von Einfamilienhäusern an Bedeutung verloren hat. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres wurden 3 820 Eigenheime (Anteil 33 %) genehmigt, ein Jahr zuvor waren es 4 499 (43 %) gewesen. hw

**Exportrückgang seit März  
Importe steigen kräftig an**

Von Januar bis April 1991 wurden für 12 Mrd. DM Waren aus Rheinland-Pfalz ins Ausland geliefert. Das sind 3,2 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im Januar und Februar nahm der Export zu, danach ging er zurück. Dagegen erreichte der Import mit kräftigen Zuwachsraten einen neuen Höchststand. In den ersten vier Monaten dieses Jahres wurden für 9,5 Mrd. DM Waren aus dem Ausland bezogen, was einem Plus von 20 % entspricht. Die Außenhandelsbilanz der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ist damit zwar nach wie vor positiv, der Ausfuhrüberschuß verringerte sich aber von 4,5 Mrd. DM im vorjährigen auf 2,5 Mrd. DM im diesjährigen Beobachtungszeitraum. sr

**Erneut weniger Straßenverkehrsoffer**

Im Juni 1991 wurden im rheinland-pfälzischen Straßenverkehr rund 630 Personen schwer und 1 650 Personen leicht verletzt. Das sind jeweils 6 % weniger als im Juni 1990. Die Zahl der getöteten Verkehrsteilnehmer ging im gleichen Zeitraum von 65 auf 39 zurück. Damit setzt sich der, mit Ausnahme des Monats April, seit Dezember 1990 zu beobachtende Rückgang der Verletzungen und Todesfälle im Straßenverkehr auch im Juni fort. Von den tödlich verletzten Unfallopfern verunglückten 19 als Fahrer oder Mitfahrer von Personenkraftwagen, neun als Benutzer von Motorrädern und -rollern und fünf als Fußgänger. Bei rund 8 440 Unfällen (Vorjahr: 8 931) entstand nur Sachschaden. gr

**Personenkraftwagen-Bestand deutlich gestiegen  
Kombis erfreuten sich großer Beliebtheit**

Am 1. Juli 1991 waren in Rheinland-Pfalz 1 937 000 Personenkraftwagen zum Verkehr zugelassen. Das sind 1,9 % mehr als im Juli des Vorjahres. Erneut kräftig war die Nachfrage nach Kombis, deren Bestand binnen Jahresfrist um 9,1 % zunahm.

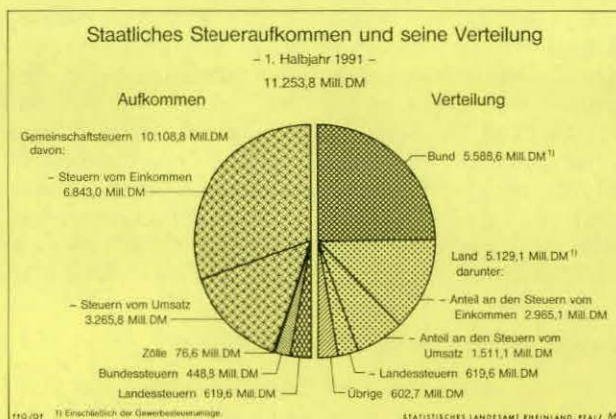


## kurz + aktuell

In den einzelnen Hubraumklassen nahm der Bestand in der Kategorie bis 1 l um 2,3 % und von 1 bis 1,4 l um 0,4 % ab, während sich der Bestand hubraumstärkerer Wagen mit 1,4 bis 2 l um 3,1 % und der Fahrzeuge mit mehr als 2 l um 4 % erhöhte. gr

### Staatliches Steueraufkommen um mehr als 1 Milliarde Mark gestiegen

Im ersten Halbjahr 1991 haben die Finanzkassen in Rheinland-Pfalz rund 11,3 Mrd. DM an staatlichen Steuern vor Steuerverteilung vereinnahmt. Das sind 10,1 % mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die stärkste Zuwachsrate verzeichneten die Steuern vom Umsatz mit 17,2 %. Sie erhöhten sich um 480 Mill. DM auf fast 3,3 Mrd. DM. Mit einem Aufkommen von 6,8 Mrd. DM lagen die Einnahmen bei den Steuern vom Einkommen um 7 % (450 Mill. DM) über dem Ergebnis der ersten beiden Quartale des Vorjahres.



Die Steuereinnahmen des Landes erhöhten sich nach Steuerverteilung um 280 Mill. DM (5,8 %) auf über 5,1 Mrd. DM, im wesentlichen getragen von der Zunahme beim Landesanteil an den Steuern vom Einkommen mit fast 178 Mill. DM (6,4 %) und dem Landesanteil an den Steuern vom Umsatz in Höhe von 75 Mill. DM (5,2 %).

Die Kraftfahrzeugsteuer verringerte sich von 297 Mill. DM in der ersten Hälfte des Vorjahres auf 279 Mill. DM in diesem Jahr (– 6 %). bu

### Stadt-Land-Gefälle bei den Sozialhilfeaufwendungen

Die Bruttoausgaben der Sozialhilfe beliefen sich im Jahre 1990 in Rheinland-Pfalz auf 1 485 Mill. DM. Auf den überörtlichen Träger entfielen 792 Mill. DM und

693 Mill. DM auf die kreisfreien Städte und Landkreise als örtliche Träger. Der Ausgabenschwerpunkt liegt beim Land auf den in Einrichtungen gewährten Leistungen; die örtlichen Träger hingegen leisten vornehmlich Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Im Vergleich der Sozialhilfebelastung bei den örtlichen Trägern zeigt sich ein differenziertes Bild. Die Landkreise verausgabten 418 Mill. DM (151 DM je Einwohner), bei den kreisfreien Städten betrug der Aufwand 275 Mill. DM (279 DM je Einwohner). Die drei Landkreise mit den niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben sind Pirmasens (93 DM), Ludwigshafen (99 DM) und Cochem-Zell (101 DM). Die kreisfreien Städte mit den höchsten Pro-Kopf-Ausgaben sind Trier (352 DM), Pirmasens (324 DM) und Kaiserslautern (312 DM). Die Sozialhilfebelastung der örtlichen Träger je Einwohner hat sich seit 1982 verdoppelt. us

### Weniger Wohngeldempfänger, aber mehr Wohngeld

Ende Juni 1991 erhielten in Rheinland-Pfalz 67 334 Haushalte Wohngeld. Die Zahl der Wohngeldempfänger verringerte sich gegenüber dem 2. Quartal des Vorjahres um 2 700 oder 3,8 %. 59 207 Antragsteller erhielten einen Miet- und 8 127 einen Lastenzuschuß.

Die Höhe des Wohngeldes belief sich im 2. Vierteljahr 1991 auf rund 44,8 Mill. DM und übertraf die Ausgaben des Vorjahreszeitraums um 7,9 %. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Empfänger lag im Juni 1991 mit 145 DM um 3 DM über dem Vergleichswert des 2. Quartals 1990. us

### Kostenrechnung für die automatische Datenverarbeitung

Der Einsatz der automatischen Datenverarbeitung trägt zwar wesentlich zur rationellen Leistungserbringung im öffentlichen Bereich bei, er verursacht aber auch selbst erhebliche Kosten. Um diese Kosten transparent zu machen und ein Instrument zur besseren Wirtschaftlichkeitskontrolle zu erhalten, wurde für die Datenverarbeitung im Statistischen Landesamt eine Kostenrechnung auf betriebswirtschaftlicher Grundlage eingeführt.

Der Aufbau der Kostenrechnung folgt der klassischen Einteilung in Kostenarten-, Kostenstellen- und Kostenträgerrechnung. Als Automationsverfahren wird das auch für Krankenhäuser eingesetzte Verfahren KOLK genutzt. za

Mehr über dieses Thema auf Seite 197



### Zeichenerklärungen

- |  |                        |
|--|------------------------|
| - = nichts vorhanden   | D = Durchschnitt       |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe  |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich   | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an   | s = geschätzte Angabe  |
| ( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist   |                        |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.